Kriegsziele und öffentliche Meinung Englands 1914/16

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt von der
philosophischen Fakultät der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

Von

Friederike Recktenwald
aus Saarbrücken

Stuttgart 1929
Druck von W. Kohlhammer

Berichterstatter:
Professor Dr. Kern
Tag der Promotion:
15. Dezember 1928

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN.

Geleitwort.

Diese Schrift will keine Wunden aufreißen, die im Vernarben sind. Sie ist aber ein unentbehrlicher Beitrag zur Vorgeschichte und zum Verständnis des Versailler Vertrags.

In erschütternder Deutlichkeit zeigen die von der Verfasserin mit hingebendem Fleiß gesammelten und geordneten Dokumente der englischen öffentlichen Meinung aus den ersten Kriegsjahren (bis zum deutschen Friedensangebot), wie die unheimlichen Friedensbedingungen sich im Volksbewußtsein gestalteten und das heute über Europa lagernde Unheil Schritt für Schritt erstand.

England hat seine „Kriegsziele" erreicht. Auch es leidet als ein Teil Europas unter ihrer Erfüllung, und außerhalb Europas hat England die Verselbständigung der Glieder seines Weltreichs ungewollt beschleunigt, indem es den Krieg bis zur Verwirklichung der äußersten Ziele durchkämpfte. Ihr gewaltigster Prophet, Lloyd George, hat die Kriegsziele, mit denen sein Volk entflammt worden war, nach geschlossenem Waffenstillstand zum Teil wider besseres Gewissen durchsetzen müssen, gemäß den von ihm im Siegesrausch veranstalteten Khakiwahlen, und unter dem Druck seiner romanischen Verbündeten wie seines eigenen Temperaments. Es wäre interessant, in einer zweiten Schrift aus den Äußerungen dieses wandlungsfähigsten Deuters der englischen öffentlichen Meinung zwischen Versailles und Locarno die Ernüchterung und Enttäuschung festzustellen, welche durch die erfüllten Kriegsziele ausgelöst worden ist.

Trotz dieser späteren Erfahrung, daß der Sieg zu „vollständig" war, spricht auch aus der öffentlichen Meinung Englands in den Kriegsjahren immerhin der Geist eines durch und durch politischen Volks. Sie sah zwar nicht vorher, daß der „Knock out" das Gleichgewicht Europas allzusehr erschüttern und sorgenvolle Aussichten auf neue Weltkrisen eröffnen würde; aber sie erkannte klar und mit bewunderungswürdigem Instinkt die seelischen wie die realpolitischen Mittel, um das englische Volk geschlossen und gläubig zum Sieg zu führen.

Der Besiegte von gestern hat noch immer sich bemüht, aus den Leistungen des Siegers von gestern positiv wie negativ zu lernen.

Im März 1928.

Fritz Kern.

Inhalt

Seite

Geleitwort, Inhalt, Quellen, Literatur . . . . . III—VIII

Vorbemerkungen:

Kriegsziele und ihre Formulierung 1
Die für England wichtigsten außen- und innenpolitischen Ereignisse . . 3
Richtungen innerhalb der Presse 5

Erster Teil: **Kulturelle Ziele.**

A. Allgemeine Propagandaziele des Kriegsanfangs 7
Kampf für die Heiligkeit der Verträge 10
Kampf für das Nationalitätenprinzip 13

B. Kampf gegen den preußischen Militarismus 16
Niederlage oder dauernde Entwaffnung 17
Absetzung der Dynastie oder Verfassungsänderung 17
„Straffriede" für das ganze Volk 23
Mittel zur Vernichtung des Militarismus 26

C. Kampf für demokratische Freiheit 28

D. Pazifistische Ziele 31
„Angelsächsischer" Pazifismus 31
Schiedsgericht 36
Abrüstung 38
Völkerbund 41

Zweiter Teil: **Materielle Ziele.**

A. Ziele vorimperialistischer Art 47
Unmittelbare Schädigung des Gegners 48
Finanzielle Schädigung 56
Ziele mit Rücksicht auf die Verbündeten 61
Politische Konstellation nach dem Kriege 83

B. Imperialistische Ziele 87
Aufrechterhaltung der Seeherrschaft 88
Beherrschung der Erde 94
Beherrschung der Weltwirtschaft 107

Schlußwort 143

Register 145

Lebenslauf 148

Quellen:

Nachrichten der Auslandspresse. (N.d.A.), zusammengestellt bei der Auslandsstelle des Kriegspressеamtes. Jahrgänge 1914/16.

Im Original: „Times", „Morning Post", „Pall Mall Gazette", „Daily Expreß", „Daily Mail", „Westminster Gazette", „Manchester Guardian", „Financial News", „Labour Leader", „Daily Telegraph", „Nineteenth Century", „Candid Quarterly Review", „Spectator", „Statist", „Fortnightly Review", „Nation", „New Statesman", „Contemporary Review".

Flugschriften der Union of Democratic Control (U. of D. C.). Nr. 1: The Morrow of the War. 1914. Nr. 2: Shall this War end German Militarism? (Norman Angell) 1914. Nr. 3: War, the Offspring of Fear. (Bertrand Russel) 1914. Nr. 4: The Origins of the Great War. (Brailsford) 1914. Nr. 5: Parliament and Foreign Policy (A. Ponsonby) 1914. Nr. 6: The National Policy. 1914. Nr. 7: The International Industry of War. 1914. Nr. 8: War and the Workers, a Plea for Democratic Control. (R. Macdonald) 1914. Nr. 9: Why we should state Terms of Settlement. 1914. Nr. 10: Towards an International Understanding. 1914. Nr. 11: Women and War. 1914. Nr. 12: The Polish Problem. 1914. Nr. 13: The Prussian in our Midst. 1914. Nr. 14: The Balance of Power. 1914. Nr. 14a: The Balance of Power 1915. Nr. 18a Turkey and the roads of the East. (Brailsford) Juli 1916. Nr. 19a: Economic War after the War. 1916. Nr. 21a: The War to End War. 1916. Nr. 22a The African Problem and the Peace Settlement. (E. D. Morel) 1917. Nr. 23a: The Races of Austria Hungary. (G. P. Gooch) 1917.

The War on German Trade, 2nd ed. London 1915. W. Heinemann.

King Albert's Book, A Tribute to the Belgian King and People from Representative Men and Women Throughout the World. „The Daily Telegraph" in Connection with „The Daily Sketch", „The Glasgow Herald", and Hoddler and Stoughton. Vorwort von Hall Cain (Hauptorganisator) 1914.

King Albert's Book, französische Ausgabe, April 1915. Vorwort ohne Namen.

War Speeches by British Ministers. London 1917 (W. Sp.)

Smuts, War Time Speeches, London 1917.

Angell, Norman, War Aims, the Need for a Parliament of the Allies. London 1917.

Armstrong, George, Our Ultimate Aim in the War. London 1916.

Asquith, Englands Kriegsziele. London 1916 (deutsch).

Brooke-Canby, War Aims and Peace Ideals. Selections in Prose and Verse. New Haven 1919.

Cook, Sir Edw., Why Britain is at War, the Causes and the Issues. London 1915.

Lloyd George, British War Aims. 1918 (publ. by Authority of the British Government).

Scott, Official Statements of War Aims and Peace Proposals. 1916/1918. Washington 1921.

Seton-Watson, The Balkans, Italy, and the Adriatic. London 1915.

Warren, G. B., For the Sceptre of the Sea. London 1916. (Gedichte.)

Thompson, Rob. J., England and Germany in the War, Letters to the Department of State. Boston 1915.

Asquith, Der Ursprung des Krieges. 1924. Verlag für Kulturpolitik.

Marten Wilh., Die Lüge im Solde Englands. Aus dem Bryce-Komitee-Bericht: Die deutsche Schreckensherrschaft in Belgien; bearbeitet und widerlegt von W. M. Entscheidung und Protest eines amerikanischen Prüfungskomitees. Weltbund der Wahrheitsfreunde. Sonderdruck 2. Ohne Jahresangabe.

(Der englische Originalwortlaut des Bryce-Berichtes nach dem „Boston Evening Transcript" vom 12. 5. 1915 lautete: The German Reign of Terror in Belgium. (From Bryce Commission Report.)

Niemeyer und Strupp, Urkunden des Weltkrieges. München, Leipzig 1916.

Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. (E.G.K.) N. F. Bd. 2 der Jahrgänge 1914/16.

Grey, Sir Edw., Twenty-Five Years. 2 Bde. London 1925.

Literatur:

Barnes, Harry Elmer, The Genesis of the World War. New York 1926.

Baschwitz, Kurt, Massenwahn. München (ohne Jahr).

Bauer, Wilh., Die öffentliche Meinung und ihre geschichtliche Grundlage. Tübingen 1914.

Bernhardi v., Fr., Deutschland und der nächste Krieg. Stuttgart 1913.

Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg. 2 Bde. Berlin 1917.

Bissing, Freiherr v., Die Kriegsziele unserer Feinde. Dresden, Leipzig 1916.

Bratter, C. A., Amerika von Washington bis Wilson. Berlin 1917.

Carrière, Ludwig, Die Kriegsziele der kämpfenden Völker. Berlin 1917.

Chamberlain, H. Stewart, Kriegsaufsätze. München 1915.

Claparède-Spir, Helene, Völkerverständigung; Stimmen aus Frankreich, Deutschland, England (Frankfurt a. M. 1925).

Dibelius, Wilh., England. 2 Bde. Berlin 1924.

Fülster, Hindernisse der überstaatlichen Organisation. 1924.

Galli, Gottfr., Die deutsch-englische Auseinandersetzung als Kernpunkt des Weltkrieges, Berlin 1916.

Hahn, Curt, Englands Kriegswille im Lichte der Presse. 1917. (Prß. Jahrb. Bd. 167.)

Headlam, J. W., Die Kriegsziele der Alliierten. Bern 1917.

Herre, Paul, Weltpolitik und Weltkatastrophe. 1890/1915. Berlin 1916.

Hettner, Englands Weltherrschaft und der Krieg. 2. Aufl. Berlin 1915.

Jagow, Kurt, Daten des Weltkrieges. Berlin, Leipzig 1916.

Kjellen, Rud., Die politischen Probleme des Weltkrieges. Leipzig 1922.

Lenz und Fabian, Die Friedensbewegung, ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart. Berlin 1922.

Liszt, Franz v., Das Völkerrecht. 10. Aufl. Berlin 1915.

Luckwald, Fr., Politische Geschichte des Weltkrieges. 2 Bde. Berlin und Leipzig 1919. (Sammlung Göschen.)

Marcks, Erich, Der Imperialismus und der Weltkrieg. Dresden, Leipzig 1916.

Max v. Baden, Prinz, Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart 1927.

Meinecke, Fr., Die Idee der Staatsraison. München, Berlin 1924.

Melamed, Sam. Max, Theorie, Ursprung und Geschichte der Friedensidee. Stuttgart 1909.

Meyer, Ed., England, seine staatliche und politische Entwicklung und der Krieg gegen Deutschland. Berlin 1915.

Naumann, Fr., Mitteleuropa. 1915.

Neumann, J. Frohnau. Die Zerschmetterung Deutschlands, die Kriegsziele unserer Feinde im Spiegel ihrer eigenen Äußerungen. Berlin 1915.

Reventlow, Graf E., Heucheleien englischer Minister in ihren Kriegsreden. 1914/15. Berlin 1915.

Schmitt, Carl, Die Kernfrage des Völkerbundes. Berlin 1926.
Sil Vara, Englische Staatsmänner. Berlin 1919.
Steffen, Gustav, Weltkrieg und Imperialismus. Sozialpsychologische Dokumente und Beobachtungen vom Weltkrieg. 1914/15. Jena 1915.
Stülpnagel, Otto v., Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen. Berlin 1920.
Tirpitz Alfred v., Erinnerungen. Leipzig 1919.
Troeltsch, Ernst, Deutscher Geist und Westeuropa.
Deutschland und der Völkerbund. 1926. Herausgegeben von der deutschen Liga für Völkerbund.
Das englische Gesicht. Wien-Berlin 1915. (Beiträge von Frischeisen, Köhler, Jastrow, v. d. Goltz, Roloff, Valentin, v. Liszt.)

Vorbemerkungen.

Kriegsziele und ihre Formulierung.

Die Verbandsmächte hatten bei der öffentlichen Erörterung ihrer Absichten gegenüber den Mittelmächten zwei bedenkliche Punkte zu überwinden, nämlich: die Verschiedenheit und die übermäßige Begehrlichkeit ihrer Kriegsziele, abgesehen von ihrem angeblichen und öffentlich verkündeten Hauptinteresse, sich

> „gegen die bewaffnete Sklaverei zu schützen, mit der Deutschland seine Nachbarn bedroht“ [1]).

Unstimmigkeiten herrschten im Verbandslager, die anscheinende Einmütigkeit der Mittelmächte, die sich unter dem Zwange geographisch-politischer Notwendigkeit zusammengeschlossen hatten, wurde mit einem gewissen Neid empfunden.

Bei einer Weltkoalition bestanden Schwierigkeiten nicht allein in der gemeinsamen Führung, sondern auch die Ziele mußten zum Teil lange unklar und vieldeutig bleiben aus dauernder Rücksichtnahme des einen auf den andern.

In einer Zeit der Massenaufgebote war auch die Form der Verkündigung von Kriegszielen wichtig. „Alte Kabinettspolitik ließ sich zur Not ohne historische Idee, mit Söldnern, Rechenstift, politischer Technik und List gestalten, aber seitdem die Massen auf dem Boden der irdischen Schicksalsbestimmung zu Mitwirkenden geworden sind, brauchen sie Gedanken, Ziele, Deutungen dessen, was werden will [2]).“ So müssen die Ziele, die eine Regierung aufstellt, volkstümlich anmuten, einen erwärmenden Grundgedanken, edlen Schwung haben.

> „Es ist allgemein bekannt, daß ein Volk nicht gerne kämpft, wenn das Ziel des Krieges eines idealistischen Anflugs entbehrt [3]).“

1) „Candid Quarterly Review“, November-Heft 1915.
2) Naumann, „Mitteleuropa“. 1915. S. 37.
3) Macdonald am 30. 8. 1914.

Das Volksempfinden muß auch für ihm fremde Aufgaben und Wünsche gewonnen werden, die sich hinter der idealen Form und dem ansprechenden Ziel zu verbergen suchen. Ist ein Volk erst gewonnen, dann kämpft es ehrlich für das ideale Ziel, mag dessen Hintergrund noch so anrüchig sein. Ein Ringen aber wie der Weltkrieg zwang schließlich jedes Volk, sich bis zum Letzten einzusetzen. Steht ein Volk im Verteidigungskampf, dann bedarf es keiner verbrämten Ziele, und weil nur das Bewußtsein, der Überfallene zu sein, ein Volk zu freiwilligem und freudigem Opfern bringt, darum wurde in allen Ländern der Krieg möglichst als Verteidigungskampf hingestellt. Wo aber einem Volke die Notwendigkeit der Verteidigung nicht von Beginn an einleuchten konnte, war es schwerer, Gründe zu finden und Ziele aufzustellen, die seine Teilnahme sicherten.

Gerade das englische Volk, in seinem Dasein lange nicht so bedroht wie manches festländische, war daher schwer zu gewinnen. Die englische Politik liebte es stets, andere Staaten für sich kämpfen zu lassen, sobald es sich um Angriff und Eroberung handelte. In gewisser Weise hatte nun freilich das Jahrzehnt der Ententen- und Einkreisungspolitik (1904/14) den Boden vorbereitet, auf dem Deutschland dem „man in the street" als der Angreifer glaubhaft gemacht werden sollte. Die in den Vorkriegsjahren immer wiederkehrenden Flottenpaniken (naval scares) hatten das Gespenst der deutschen Invasion an die Wand gemalt. Aber trotz allem, was geschehen war, um das Empfinden des britischen Volkes von den alten Feinden Rußland und Frankreich gegen den neuen Gegner Deutschland umzulenken, galt im Jahre des Kriegsausbruchs durchaus, was die „Times" am 16. 4. 1914 sagte: daß die Demokratie des britischen Reiches nur in einem „gerechten Streite" mannhaft und hartnäckig kämpfen würde, aber „Notwendigkeit und Gerechtigkeit des Konfliktes" müßten einleuchtend sein. „Präventiv- und Angriffskriege" würden nicht „sanktioniert". „Nur der positive Beweis, daß andere Unrecht getan haben, wird sie veranlassen, das Schwert zu ziehen."

Beim Erscheinen des österreichischen Ultimatums war die Stimmung in London durchaus nicht konfliktslüstern; "To hell with Serbia" war das vorherrschende Empfinden, das sich in Zeitungen und an den Plakatsäulen Luft machte. Ihm gab noch am 3. August 1914 der sachliche und gemäßigte „Manchester Guardian" Ausdruck, der die „lügenhafte Behauptung Englands", den Krieg „im Interesse von Völkerfreiheit, Zivilisation und Weltfrieden" zu führen, brandmarkte. England kämpfe für eine anrüchige Sache, denn Serbien habe sich am schmachvollsten mit Unehre bedeckt. Die Luft Europas würde reiner sein, könnte man Serbien packen, aufs Meer

schleppen und versenken. Die Abneigung des Publikums gegen das königsmörderische und vergrößerungshungrige Serbien war auch durch die Gegenstimmen nicht zu beseitigen, sie konnte nur durch die hereinstürmende Flut neuer Eindrücke verdrängt werden [4]).

Die für England wichtigsten außen- und innenpolitischen Ereignisse.

Die Entwicklung, die wir bei der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele feststellen können, bildet einen Barometer für die jeweilige Kriegslage. Erfolge steigerten die Begehrlichkeit, Mißerfolge wirkten hemmend auf die Wünsche. Die ersten Kriegswochen mit ihrer sich überstürzenden Fülle von Ereignissen, dem stürmischen Vormarsch der Deutschen im Westen, ließen zunächst wenig Stimmung und in den Zeitungen wenig Raum zu gemächlichen Erörterungen von konkreten Kriegszielen übrig. Aber der deutsche Durchmarsch durch Belgien lieferte den Stoff für Englands allgemeine Kriegspropaganda gegen Deutschland. Das brennende Interesse am Schicksal Belgiens wurde dann etwas abgelenkt, als nach der Marne- und Ypernschlacht 1914 der Stellungskrieg im Westen Dauerzustand wurde. Englands besorgte Blicke gingen bald auch nach dem nahen Osten, wo man seit Februar 1915 die Dardanellen zu erobern suchte. Als dann der Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte im Oktober 1915 und die Besetzung Serbiens die Herstellung der unmittelbaren Verbindung Deutschlands mit der Türkei sicherte, mußte England sein Dardanellenunternehmen im Dezember 1915 aufgeben. Während des aussichtslosen Kampfes sah sich die englische Regierung der heftigsten Kritik ausgesetzt [5]), und der allgemein schwer empfundene Mißerfolg im Kampfe um die Meerengen trug nicht zuletzt zur Umbildung des englischen Kabinetts in ein Koalitionsministerium bei. Auch dieses Kabinett unter dem Vorsitze Asquiths arbeitete nicht eigentlich zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung. Nur der Leiter des neugegründeten Munitionsministeriums, Lloyd George, er-

4) Vgl. die Äußerung des englischen Botschafters Sir George Buchanan zu Sasonow am Vorabend des Krieges: „Man darf nicht außer acht lassen, daß die britischen Interessen in Serbien gleich Null sind. Ein Krieg wegen Serbien wird niemals von der britischen öffentlichen Meinung gebilligt werden." Vgl. auch die Bestätigung durch Grey: Engl. Blaubuch Teil I. Niemeyer und Strupp. Urk. des Weltkrieges 1916 Bd. 1 Nr. CCXIX und CCXXXVI.

5) Lord Courtney am 8. 11. 1915 im Oberhaus: „Die Lage an den Dardanellen ist die eines unmöglichen Abenteuers." Winston Churchill trat am 13. 11. 1915 zurück. (Schulth. E. G. K. 1916. 2. Bd., S. 865.)

warb sich den Ruf „des geeignetsten Mannes" im Dienste des Vaterlandes[6]). Ihm gelang die Durchbringung des Munitionsgesetzes, das die persönlichen Rechte der Arbeiter in weitgehendem Maße beschränkte, aber die Herstellung riesenhafter Munitionsmengen sicherte. Das Jahr 1915 war eine schwere Belastungsprobe für England. Die beste Auskunft hierüber gibt Grey selbst in seinen Erinnerungen, und zwar in der dort angeführten Mantelnote zu dem von ihm und Colonel House verfaßten Memorandum vom 2. 2. 1916. Grey sagt: „Niemals fielen Würfel so ungünstig gegen die Diplomatie der Verbündeten wie im Jahre 1915[7]). Die große Offensive des Verbandes war fehlgegangen, das Dardanellenunternehmen kläglich gescheitert, der italienische Vorstoß festgefahren. Durch die Verbindung Deutschland-Türkei schien ein türkisch-deutscher Angriff auf Ägypten zu drohen. In Rußland standen die Dinge schlecht. Grey selbst wollte dorthin, um die russische Solidarität mit den Westmächten zu befestigen. In diese Zeit, in der die Gesamtlage keineswegs rosig war, fiel auch der Vorschlag Wilsons für eine Friedenskonferenz, der in dem House-Memorandum skizziert ist: Nur unter gewissen Bedingungen sollte der Krieg zu Ende gebracht werden. Falls sich Deutschland diesen Bedingungen verschlösse, wolle Amerika am Kriege teilnehmen. Wenn die Verbündeten dieses Angebot unbeachtet ließen oder durch eine unvorsichtige Äußerung über die eigenen Kriegsziele deren Maßlosigkeit enthüllten, konnten sie sich Wilsons Gunst verscherzen. Wir sehen, daß die Sachlage für England im Jahre 1915 äußerst heikel war, und so verstehen wir auch, daß die Spalten der Zeitungen seltener offen standen für Kriegszielerörterungen, abgesehen davon, daß die Einigkeit der Verbündeten in dem Hauptziele: Niederwerfung Deutschlands, immer wieder betont wurde.

Das Jahr 1916 brachte den irischen Aufstand und dessen blutige Unterdrückung durch die englische Regierung. Diese starke innenpolitische Belastung löste in der Presse viel Für und Wider aus. Neben den Berichten über diesen Kampf füllten den Raum der Zeitungen die Vorschläge und Auseinandersetzungen über die beiden Wirtschaftskonferenzen, die erste interparlamentarische (26./28. März) und die zweite amtlich beschickte (14./17. Juni). Damit drängten sich wirtschaftsimperialistische Ziele auch in der Presse neben den mehr idealistischen Propagandazielen in den Vordergrund. Gegen Ende des Jahres 1916 häuften sich wieder die Angriffe gegen die „Schlaffheit" und „Energielosigkeit" des Kabinetts Asquith[8]),

6) „Morning Post" vom 25. 11. 1916.
7) Grey, „Twenty-five Years", 2. Bd., S. 195.
8) Am 8. 12. 1916 in einer Versammlung der liberalen Partei.

ähnlich wie zur Zeit des Dardanellenunternehmens. Am 7. Dezember wurde Lloyd George Premierminister, „der große Kunstreiter der englischen Politik, der die beiden Rosse Toryismus und Sozialismus gleichzeitig reiten wollte“ [9]). Sein Auftreten bedeutete die Absage an alle deutschen Friedensbestrebungen. Die Langsamkeit der ministeriellen Entschlüsse fand ein Ende. Auch in Rußland und Frankreich änderte sich das Bild. Während die Kriegsentschlossenheit in den Ententeländern zunahm, erlahmte sie in Deutschland.

Neben der Beschäftigung mit diesen außen- und innenpolitischen Ereignissen brachte die Presse während der ganzen Zeit vom ersten Kriegsmonat ab seitenlange Auseinandersetzungen über die Wehrpflichtfrage, und Ende 1915, Anfang 1916 trat demgegenüber nahezu alles andere in den Hintergrund. Die Einführung eines „Zwangssystems“, das man beim Feinde als verabscheuungswürdigen Militarismus bekämpfte, löste immer wieder neue Betrachtungen über das ideale Kulturziel: Kampf gegen diesen „preußischen“ Militarismus aus. Und daß dieses mit dem ersten Kriegstag erweckte Kulturthema nicht einschlummerte, sondern für die Leserschaft in immer wieder neuen Beleuchtungen vorgeführt werden konnte, dafür sorgten u. a. die Erfolge der deutschen U-Boote. Die Fälle „Lusitania“ (7. 5. 1915), „Ancona“ (7. 11. 1915) und „Sussex“ (24. 3. 1916) forderten: „Rache“, „Strafe“, Zerschmetterung“.

Richtungen innerhalb der Presse.

Die englische Presse war stolz auf ihre Unabhängigkeit, die, wenigstens bei den großen Blättern, ihre Schranke nur in der nationalen Verantwortlichkeit fand. Finanziell war sie tatsächlich unabhängig, wodurch sie sich von der Presse der romanischen Länder vorteilhaft unterschied. Im Kriege freilich wurde die Selbstbestimmung der englischen Presse durch die Zensur beschnitten, und in Tagen heftigster Erregung der Öffentlichkeit schrieb ihr die sonst geführte Masse Ton und Haltung vor.

Unter den großen Rechtsblättern, die wie „Daily Telegraph“ oder „Times“ die imperialistischen Forderungen tonangebend vertraten, hetzte am unbefangensten die „Morning Post“. Obgleich von Landadel, Hofgesellschaft und Großindustrie gelesen, war ihre Haltung unvornehmer als etwa die der vom gebildeten Publikum ganz Englands gelesenen Zeitschrift „The Nineteenth Century“. Ausgesprochen imperialistisch, voll ehrlicher

9) „Nation“ vom 9. 12. 1916.

Feindschaft gegen Deutschland, doch ohne Hetze und Moralpredigten, schrieb die angesehene Zeitschrift „The Candid Quarterly Review". Auf die besser gestellten Kreise Londons beschränkte sich die Verbreitung der sehr antideutschen und im Ton scharfen Tageszeitung „Pall Mall Gazette". Die Zeitschriften „The Spectator", „The Statist", „The English Review" und „The Fortnightly Review" gehörten derselben Richtung an, ebenso der von den mittleren und niederen Klassen gelesene „Daily Expreß", der bei großem Deutschenhaß Österreich eine auffallend milde Behandlung zuteil werden ließ. Das imperialistisch-chauvinistische Blatt der großen Masse war die „Daily Mail", das Organ der extremsten Kriegshetzer.

Die gemäßigten liberalen Blätter der gebildeten Kreise hielten auf gemessenen Ton und sachliche Kampfesweise. So vor allem die ministerielle „Westminster Gazette" und der „Manchester Guardian", Gegner Lloyd Georges und Anhänger Asquiths bis zu dessen Sturz. Seit der Ära Lloyd Georges verschärfte sich auch hier der Ton gegen Deutschland. Eine vernünftige Haltung in nahezu allen Fragen zeigt das Wirtschaftsblatt „The Economist", das aber durch einen Redaktionswechsel im Juli 1916 zu deutschfeindlichen Kriegszielen herüberschwenkte, die das Hauptorgan der Börsenmakler und Spekulanten, „Financial News", von vornherein vertrat.

Die radikal liberale „Nation" nahm außenpolitisch einen sachlich-nüchternen Standpunkt ein. Deutschland gegenüber verständnislos gab sich das Fabianblatt „The New Statesman", das trotzdem bei grundsätzlichen Erörterungen wie „Militarismus" und „Wirtschaftskrieg" Vernunft bewahrte.

Das bedeutendste linksradikale Blatt, das als führendes Organ des Pazifismus galt, und sich daher am breitesten über Völkerbund usw. ausließ, war das Arbeiterblatt „The Labour Leader", das als politisches enfant terrible den Behauptungen der andern allzusehr auf den Grund ging und Verlegenheiten schuf. Dieselbe politische Farbe trug die von Mittel- und Kleinbürgertum und liberalen Arbeiterklassen gelesene „Daily News and Leader" mit pazifistischen Neigungen im Sinne des Quäkerstandpunktes.

Die imperialistisch-konservativ gerichteten Zeitungen befürworten von Anbeginn an die von der Regierung getroffene Entscheidung. Wohl wandelte sich im Verlaufe des Krieges ihre Beurteilung der regierenden Männer, aber die offiziellen Kriegsziele blieben anerkannt. Die gemäßigten liberalen Blätter stellten sich selbstverständlich hinter die eigene Regierung, nachdem einmal die Würfel gefallen waren, aber ihre Haltung

blieb ihrer politischen Einstellung gemäß kritischer bezüglich der verkündeten und neu auftauchenden Kriegsziele. Die radikalen Linksblätter dagegen verurteilten die Ziele der Rechtspresse und auch die der Regierung, soweit sie den Verteidigungszweck überschritten.

Erster Teil.

Kulturelle Ziele.

A. Allgemeine Propagandaziele des Kriegsanfangs.

Die öffentliche Meinung empfing bei Kriegsausbruch die ersten entscheidenden Stichworte durch die Regierung. Den Auftakt zu Englands Eintritt in den Krieg bildete Greys Rede im Unterhaus am 3. August 1914, jene dialektisch so elastische Selbstverteidigung seiner Politik, die deutlich alle Schwierigkeiten widerspiegelt, die sich dem Mitschöpfer der Ententepolitik in den Weg stellten. Sie sollte die Notwendigkeit der Teilnahme Englands am Kriege darlegen, die Bedingungen, in die England sich verstrickt hatte, rechtfertigen [1]). Grey wünschte, daß die Dinge „ohne Sentimentalität, vom Standpunkte englischer Interessen aus" betrachtet werden sollten. So ist auch die Reihenfolge seiner Gesichtspunkte, nämlich: Interesse, Ehre, Verpflichtungen nicht ohne Bedeutung. Grey war immer überzeugt, daß im Falle eines Krieges die Interessen Großbritanniens das Eingreifen in den Konflikt erforderten:

> „Ein Beiseitestehen hätte bedeutet: die Herrschaft Deutschlands, die Isolierung Englands, den Haß derer, die Englands Eingreifen in den Konflikt gefürchtet, und derer, die es gewünscht hatten. Und das Schwerwiegendste: Deutschland würde das Szepter über dem ganzen Festland schwingen. Wie würde es diese Macht England gegenüber gebrauchen? Konnte sich jemand bei dieser Frage behaglich fühlen?" [2]).

Über die „Ehrenverpflichtungen", die möglicherweise Belgien (und auch Frankreich) gegenüber in Frage kommen konnten, drückte er sich sehr gewunden aus. In seiner Rekapitulation der Geschichte der belgischen Neu-

1) W. Sp. S. 151/152.
2) Grey, „Twenty-five Years", Bd. 1, S. 336/37.

tralität hob er hervor, daß das britische Interesse in dieser Frage ebenso stark wäre wie 1870. England könnte seine Verpflichtung nicht minder ernst auffassen als Gladstone. Wenn die Unabhängigkeit Belgiens beseitigt wäre, dann ginge auch die Hollands verloren [3]). Die schöne Geste für Belgien konnte, da eine Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland noch nicht vorlag, erst angedeutet, noch nicht mit vollem Schwunge angewandt werden:

> „Ich will nur noch sagen, daß ich die belgische Frage etwas hypothetisch behandelt habe, da ich mich noch nicht im Besitze aller Tatsachen befinde . . . Der Gedanke an Belgien . . . macht eine unbedingte Neutralität unmöglich . . . Wir sind verpflichtet, vor dem Gebrauch aller unserer Macht nicht zurückzuschrecken [4])."

Der deutsche Einmarsch und Bethmann-Hollwegs unglückseliges Wort vom „Fetzen Papier" erleichterten ihm dann die Aufgabe, die große Mehrheit des Parlamentes und die Öffentlichkeit dem Kriege günstig zu stimmen, und gestatteten später Asquith, die Phrasen von der „Ehrenverpflichtung" und dem „Schutz der kleinen Nationen" kühner zu handhaben und mit ihnen die wirklichen Interessen zu bemänteln.

Die ganze Rede Greys ist so sehr auf die Darlegungen der gegebenen Lage und die für England daraus erwachsenden Notwendigkeiten zugeschnitten, daß von eigentlichen Zielsetzungen nicht die Rede sein konnte. Jedenfalls hatte der verantwortliche Staatsmann für alle Hörer etwas, was eine Entscheidung für den Krieg möglich machte und erleichterte, so daß Ponsonby, einer der unabhängigsten und selbständigsten liberalen Abgeordneten, in der Kriegssitzung des englischen Unterhauses am 6. 8. 1914 sagen konnte:

> „Bei dem starken Empfinden der Nation, wie es zur Zeit vorherrscht, und bei der großen und beinahe vollständigen Einstimmigkeit des Hauses ist es schwer, einen abweichenden Ton laut werden zu lassen [5])."

Als die Würfel gefallen waren, fand Asquith die geschmeidigere Form der öffentlichen Verkündigung der Kriegsgründe und Ziele. Durch ihn erhielt das englische Volk zum ersten Male eine verbrämte Antwort auf die berechtigte Frage: warum und wofür England eigentlich kämpfe. Er erklärte am 6. 8. 1914 im Unterhaus:

---

3) W. Sp. S. 155.
4) W. Sp. S. 157.
5) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1914. Bd. 2, S. 1088.

„Wir kämpfen erstens, um eine feierliche internationale Verpflichtung zu erfüllen, eine Verpflichtung, die, wenn sie im gewöhnlichen Leben zwischen zwei Personen eingegangen worden wäre, nicht nur als Recht, sondern auch als Ehrenpflicht angesehen worden wäre, und die kein sich selbst achtender Mann hätte mißachten dürfen. Zweitens kämpfen wir, um den Grundsatz zu verfechten, daß kleine Nationen nicht dem internationalen guten Brauch zuwider nach dem eigennützigen Willen einer starken und sich überhebenden Macht vernichtet werden dürfen [6]).“

Während Grey noch die eigenen Interessen betont hatte, hob Asquith hervor, daß es vor allem die „Ehrenpflicht“ Englands gewesen sei, für die Wiederherstellung der belgischen Neutralität einzutreten. England verfolge keine selbstsüchtigen Interessen, sei nicht aggressiv eingestellt, sondern kämpfe lediglich für die Aufrechterhaltung von Grundsätzen, die für die Zivilisation der ganzen Welt von Bedeutung seien.

Ein Kampf aber um Grundsätze bedeutete Kampf auf lange Sicht. Darum empfahl der Premierminister am 4. 9. 1914 seinem Volke, dem Beispiele der Vorfahren zur Zeit des jüngeren Pitt zu folgen, da England

„das Schwert nicht eher in die Scheide steckte, als bis, nach nahezu zwanzig Jahren des Kämpfens, der Friede Europas gesichert war. Laßt uns hingehen und desgleichen tun“ [7]).

Auf seiner Reise durch die Länder des Vereinigten Königreichs verstand er es glänzend, in den einzelnen Hauptstädten das hervorzuheben, was der seelischen und politischen Einstellung seiner Hörer entgegenkam. „Die Unabhängigkeit kleiner Staaten“, „die Heiligkeit zwischenstaatlicher Abmachungen“, „der Kreuzzug gegen die Anmaßung einer einzelnen Macht, die die Entwicklung Europas zu beherrschen sich anmaße“ [8]), das waren die Motive, die Asquith meisterhaft abzuwandeln verstand. Der Aufforderung, sich klarer über die Ziele zu äußern, begegnete er mit — ausgewählten — historischen Beispielen, die Englands professionellen Eifer für den Schutz von Vertragsrechten und sein leidenschaftliches Interesse für das Gedeihen und die Unabhängigkeit kleiner Nationen belegen sollten. Er betonte die völlige Uneigennützigkeit Englands.

In seiner Dubliner Rede vom 25. 9. 1914 [9]) hob Asquith geschickt den angeblichen Rechenfehler der Deutschen, die Gefolgschaft der Dominions werde

6) W. Sp. S. 7/8.
7) W. Sp. S. 24.
8) Am 18. 9. 1914 in Edinburgh. (W. Sp. S. 26.)
9) W. Sp. S. 35 ff.

ausbleiben, hervor. Das Ehrgefühl des Gentleman sei nun einmal das Ideal auch des Irländers. Gerade Irland könne und dürfe nicht taub bleiben gegenüber dem Rufe der kleinen Völker nach Hilfe im „Kampfe für die Freiheit gegen die Anmaßung, die allen Fortschritt lähme". Demgegenüber traten auch die im Juli 1914 gerade sehr frischen englisch-irischen Händel ganz in den Hintergrund:

> „Alte Unstimmigkeiten zwischen uns sind tot, verweht wie Herbstblätter in alle vier Winde [10])."

Kampf für die Heiligkeit der Verträge.

Betrachten wir nun die Stellungnahme der Presse zum Kriegsgrund: Belgien, und dem hieraus erwachsenden Ziele: Wiederherstellung.

Der tatsächliche Bruch der belgischen Neutralität durch Deutschland und die sich überstürzenden Ereignisse zu Beginn des Krieges ließen zunächst einen allgemeinen Zorn aufflammen, der auch in der gesamten Presse zum Ausdruck kam. Als dann kühlere Besinnung zurückkehrte, befaßte man sich etwas genauer mit dieser Frage, zumal die Regierung nicht aufhörte, das Thema Belgien in allen möglichen Schattierungen abzuwandeln. Nach und nach wurden einzelne Stimmen laut, die der Auffassung der Regierung von der belgischen Neutralität und den diesbezüglichen Verpflichtungen Englands entgegentraten. So zeigte der „Labour Leader" früh eine bemerkenswerte Selbständigkeit in der Auffassung und Untersuchung dieser Frage. Er läßt sich schon am 30. 8. 1914 folgendermaßen aus:

> „Sir Edward Grey hat versucht, sich den Folgen seiner Ententepolitik zu entziehen und den Frieden zu retten. Als ihm das jedoch mißlang, sah er sich genötigt, sein Land in den Krieg zu zerren. Die Versuche zur Rechtfertigung dieser Politik sind eitel Ausflüchte.
>
> Betrachten wir z. B. den Fall Belgiens näher: Seit Jahren war es bekannt, daß im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Rußland auf der einen Seite und Deutschland auf der andern für Deutschland die einzig mögliche Kriegstaktik darin bestehen könne, Frankreich geradeswegs anzugreifen und zu diesem Zwecke durch belgisches Gebiet zu ziehen, und danach seine Kräfte mit den Russen zu messen. Diese Pläne waren unserm Kriegsministerium bekannt. Sie wurden zur Zeit des Agadirhandels öffentlich besprochen und in einzelnen Zeitungen öffentlich behandelt."

10) Ebenda S. 44.

Auch Trevelyan, der frühere parlamentarische Unterstaatssekretär im Unterrichtsamt, der bei Kriegsausbruch zusammen mit Morley, dem Lordpräsidenten des Geheimen Rates, und Burns, dem Handelsminister, vom Amte zurückgetreten war, äußerte sich am 11. 9. 1914 in einem Briefe an seine Wähler:

„Ich mißbillige die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland, aber ich behaupte, daß, wenn Frankreich dieses Unrecht begangen hätte, wir in irgendwelcher Weise dagegen protestiert hätten, ohne unser Land in den Krieg zu stürzen[11])."

In seinen beiden Nummern vom 4. und 11. 2. 1915 rollt dann der „Labour Leader" die belgische Frage in aller Breite auf. Diesmal wird sie auf ihre historische Tragfähigkeit hin geprüft. Mit richtigem Blick wird die Stellungnahme der britischen Regierung zu Belgiens Neutralität im Jahre 1887 herausgegriffen. Der damalige Standpunkt der beiden großen englischen Parteien wird folgendermaßen dargelegt:

Es handelte sich um die Frage des Durchmarsches durch Belgien. In dem hochoffiziellen Leitartikel des „Standard" vom 4. 2. 1887 wurde die Frage dahingehend behandelt, daß die Torypartei es als höchst unklug betrachtete, wenn England im Falle der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland auf der Seite Frankreichs kämpfen würde. Es bedeute eine gänzliche Verschiebung der Hauptrichtung der englischen Politik. Ein bloßes Durchzugsrecht sei etwas anderes als eine dauernde und rechtswidrige Besetzung. Weitgehende Sicherheiten für die Integrität des belgischen Gebietes nach dem Kriege seien von Bismarck zu erhalten. Der verhängnisvolle Zustand, der darin bestehe, daß nur neutrale Zugänge von und nach Frankreich offen seien, deren Heiligkeit durch Verträge gesichert sei, habe sich erst n a c h diesen Verträgen herausgebildet.

Auch von liberaler Seite sei die Interventionsfrage abgetan worden mit der Bemerkung: Eine Neutralitätsbürgschaft unsererseits besteht nicht (Pall Mall Gazette v. 4. 2. 87). Der Vertrag von 1870 sei nur für den Kriegsfall ad hoc geschlossen worden und 12 Monate nachher außer Kraft getreten. Das aber bedeute, daß die Neutralität Belgiens wieder auf Artikel 1 des Fünfmächtevertrages von 1839 beruhen sollte. Dieser aber enthalte nur die Garantie der fünf Mächte für den Inhalt eines zwischen Belgien und Holland geschlossenen Vertrags. Danach habe Belgien die Verpflichtung, die Rolle

11) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1914. Bd. 2, S. 575.

eines neutralen und allen Staaten gegenüber neutralen Landes nicht aufzugeben. Eine Klausel des Vertrags von 1831, wonach auch Belgien gegenüber von seiten der Vertragsmächte eine Garantie übernommen wurde, war von Lord Palmerstone 1839 absichtlich nicht wieder erneut worden. Somit bestehe keine Garantie und damit keine Verpflichtung Englands Belgien gegenüber.

Diese hier nur kurz skizzierte Wiedergabe des führenden Arbeiterblattes schließt mit der Bemerkung, die Verschiedenheit des Standpunktes von 1887 und 1914 liege wohl in der Auffassung begründet, daß „nationale Ehre" nur Sache der Parteiopportunität sei. Auch aus anderen Gründen sei die Behauptung, daß man für die Heiligkeit von Verträgen kämpfe, unhaltbar. Englische Beispiele rechtfertigten jeden Akt von Gewalt, das bewiese die Neutralitätsverletzung Englands gegenüber Dänemark im Jahre 1807, und Ägyptens Geschichte sei ein Beweis, daß sich gerade England am meisten des Bruches zwischenstaatlicher Abmachungen schuldig gemacht habe. Überhaupt fand die Aufregung über den „Fetzen Papier" bei der links gerichteten Presse vielfach höhnische Beurteilung [12]). Und zur Zeit, als man Griechenland mit allen Mitteln in den Krieg zu locken suchte, Blätter wie die „Morning Post" [13]) aber nach wie vor mit dem Schlagwort von der „Heiligkeit der Verträge" hantierten, verlangten viele sachlich gerichteten Zeitungen, daß man im Falle Deutschland-Belgien gerechter denken müsse. Der Unterschied zwischen dem Bruch der belgischen und der griechischen Neutralität möge insofern gelten, als die griechische nicht wie die belgische von den sie verletzenden Staaten garantiert worden sei. Aber ganz gleich sei in beiden Fällen das Hinwegschreiten über das Recht des kleinen Staates. Mächte, die zu solchen Mitteln griffen, hätten nur die Staatsräson für sich. So erhoben sich Bedenken gegen die mehr und mehr als heuchlerisch empfundenen offiziellen Phrasen, die freilich von den Rechtsblättern hochgehalten wurden.

So lange der Eintritt Englands in den Krieg gerechtfertigt und die Sympathie der Neutralen gewonnen werden mußte, galt die belgische Neutralitätsverletzung als vornehmster Kriegsgrund. Erst als diese Absichten im Wesentlichen erreicht waren, hob man wieder mehr hervor, daß eigene Lebensinteressen England zum Kampfe gezwungen hätten und auch zum Aushalten zwängen. Grey selbst hält diesen Grund in seinen Erinnerungen aufrecht:

12) „Labour Leader" vom 26. 8. 1915.
13) „Morning Post" vom 16. 11. 1915.

„Als dann der Krieg die wirklichen Kräfte und Ziele aufgedeckt hatte, reifte in England allgemein die Erkenntnis, daß auch unsere Existenz auf dem Spiele stand [14])."

Haldane rief in einer der Oberhaussitzungen vom 7./10. Januar 1915: „Wir kämpfen um unser nationales Dasein."

Kampf für das Nationalitätenprinzip.

Asquith sprach ganz im allgemeinen vom „Kampf für die kleinen Nationen". In erster Linie war natürlich Belgien damit gemeint, obgleich hierbei weniger der Grundsatz der Nationalität in Frage kam, als daß sein Schicksal den Vorwand abgab, für „die Heiligkeit der Verträge" zu kämpfen. Man dachte außerdem aber an Serbien, wenngleich man es noch nicht mit Namen nannte, so lange die serbische Politik für die Öffentlichkeit den Makel des Anrüchigen trug. Jedoch bei Serbien war in ganz anderer Weise als bei Belgien wirklich ein Kampf für Einheit und Unabhängigkeit der Gesamtnation Ausgangspunkt der Kriegsverwickelung gewesen. Allmählich läßt sich dann auch ein Wandel in Englands Gefühlen für den kleinen Balkanbruder feststellen. Eine Äußerung Lloyd Georges, dem biblische Salbung leicht von den Lippen floß, gab schon am 19. 9. 1914 das Signal zu einer andern Beurteilung der serbischen Frage:

„Die Geschichte Serbiens ist nicht fleckenlos, aber wessen Geschichte unter den Nationen ist ohne Flecken? Die Nation, die ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf Serbien . . . Gott hat die kleinen Völker auserwählt zu Gefäßen, durch die er seinen reinsten Wein zu den Lippen der Menschheit führt, ihr Herz zu erfreuen, ihren Geist zu erheben und ihre Treue zu spornen und zu stärken [15])."

Ein Jahr später gab die Eroberung Serbiens durch die Mittelmächte den proserbischen Forderungen ein noch besseres Gesicht. Asquith hob am 2. 11. 1915 hervor:

„Wir können nicht erlauben, daß Serbien die Beute dieser unheilvollen und schändlichen Kombination wird . . . Serbiens Unabhängigkeit wird von uns als eine der wesentlichsten Aufgaben der Verbündeten betrachtet [16])."

---

14) Grey, „Twenty-five Years". Bd. 1, S. 339.

15) W. Sp. S. 219.

16) W. Sp. S. 90. — Ein Inserat in der „Morning Post" vom 22. 9. 1915 mag noch ein Licht auf die Propaganda für Serbien werfen. Dort liest man: „To-day is Serbia's Day. Please, Buy a Flag. Serbian Relief Fund. Patroness: Her Majesty the Queen."

Soweit die Befriedigung des Nationalitätsgrundsatzes nur die Zertrümmerung Österreich-Ungarns zur Voraussetzung hatte, waren Einsprüche der öffentlichen Meinung Englands kaum zu erwarten. Nun hegten aber Großmächte, auf deren Beistand England angewiesen war, Rußland und Italien, Ziele, die nicht unter den Generalnenner der „Selbstbestimmung der kleinen Völker" zu bringen waren, diesem schönen Grundsatz vielmehr kraß widersprachen. Das mit so viel Pathos unermüdlich verkündete edle Befreiungsziel wurde durch Geheimverträge Lügen gestraft, wie den, mit dessen Hilfe Italiens Eintritt in den Krieg erkauft worden war. An der Adria kamen die Ansprüche Italiens und der Balkanstaaten einander ins Gehege.

Eine der großen Friedensgesellschaften, die Union of Democratic Control, von der an anderer Stelle noch die Rede sein wird, hatte in ihr Programm als einen ihrer wichtigsten Punkte aufgenommen, daß:

> „kein Gebiet ohne Abstimmung der Bevölkerung oder auf andere Art von einer Regierung an eine andere übergehen darf [17])."

Aus den Reihen derselben Vereinigung wird dann später, am 19. 11. 1915 in Manchester die Einschränkung gemacht:

> „Was die Einzelforderungen der Verbündeten betrifft, soll England durch seinen Einfluß zu erreichen suchen, daß sie möglichst im Einklang mit dem Nationalitätengrundsatz stehen."

Schon früh sah sich die Regierung Angriffen gegen ihre Haltung in dieser Frage ausgesetzt. So beschuldigte der bekannte Balkankenner Seton-Watson bereits am 27. 4. 1915 in der „English Review" Sir Edward Grey des Abschlusses eines Geheimvertrages mit Italien, der nicht nur Tirol an Italien abträte, sondern auch rein slavische Inseln und Dalmatien. Damit aber sei das britische Programm zerrissen. Der Kampf für die Zivilisation und die Rechte der kleinen Völker habe mit alledem nichts zu tun. England habe sich damit des moralischen Rechts beraubt, den deutschen Einmarsch in Belgien zu verdammen. Deutschland habe auf Belgien und Holland eben so viel Rechte wie Italien auf Dalmatien. Beide Ansprüche beruhten lediglich auf strategischen Erwägungen, und gegen die italienischen spräche die wirtschaftliche Unvernunft sogar noch stärker.

Ein so im Zwielicht stehendes Problem wie die angebliche Durchführung des Nationalitätengrundsatzes mußte heftige Auseinandersetzungen aus-

17) Flugblatt 1. 1914.

lösen. Ein Bild dieser unklaren Haltung gibt ein Artikel des bekannten Schriftstellers H. G. Wells im „Daily Chronicle" vom 25. 9. 1916. Es heißt dort u. a.:

„. . . der jetzige Krieg habe die paradoxe Erscheinung hervorgebracht, als ob England für kleine Nationalitäten kämpfe. Tatsächlich kämpfe es gegen eine äußerst aggressive Nationalität. Es hieße Gefühle und Ziele Englands vollkommen falsch verstehen, wenn man es so hinstellen wolle, als entflamme sich der Engländer für italienischen, serbischen, belgischen Nationalismus. Sie erkennen dem Begriff „Nationalität" keinen absoluten Wert zu. Ihr Ideal ist gegenseitige Duldung, ein Ideal der Bündnisse, keine Vielheit nationaler Staaten. Ein Nationalegoismus Polens, ein italienischer Traum von den alten Grenzen der Venezianischen Republik, ein südslawischer Anspruch auf Istrien und Dalmatien, der ein Messer an der Kehle Italiens wäre, das alles habe wenig Anziehungskraft für das englische Volk. Kompromisse, Duldung, das sind die wesentlichen Ziele, die England verfolgt.

Der Grundsatz der Nationalität sei ein guter Führer, aber ein schlechter Lehrmeister. Die Einigung, nicht die Zerstückelung Europas auf der Grundlage der Nationalität sei Englands Ziel."

Die Möglichkeit einer strikten Durchführung des Nationalitätsgrundsatzes mußte bei den Verbandsgenossen selbst Unruhe bereiten. Bei den bekannten Aspirationen Italiens war es klar, daß man „nicht nach grob formalistischen Kriterien die Grenzen pharisäisch bestimmt wissen wollte [18]). Für Frankreich, dem der Gedanke an eine säuberliche Anwendung nationaler Maßstäbe auf Elsaß-Lothringen Unbehagen verursachen mußte, war es „gefährlich und für die Ruhe Europas verderblich, sich allzusehr auf diesen Grundsatz zu versteifen [19])."

Jedenfalls überwog in der englischen öffentlichen Meinung die Ansicht, daß die Idee der Einheit von Volkstum und Staat nicht restlos zu verwirklichen sei. Die Gründe für diese Ansicht sind je nach der politischen Herkunft verschieden. Auf chauvinistisch-imperialistischer Seite ist Machtpolitik oder besser Gewaltpolitik das treibende Element, bei der Linken dagegen die Anerkennung historisch gewordener Staatenbildung und geopolitischer bzw. wirtschaftspolitischer Vernunft.

18) „Avanti" vom 8. 4. 1916.
19) „Eclair du Midi" vom 5. 7. 1916. Nr. 504, 6 der N. d. A.

B. Kampf gegen den preußischen Militarismus.

Zu den beiden zuerst aufgestellten Zielen: „Kampf für die Heiligkeit der Verträge" und „Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker" kam ein drittes.

In der Dubliner Rede Asquiths vom 25. 9. 1914 tauchte in seiner Definition des „public right" dieses weitere Kriegsziel auf, das bis dahin noch keine klare Formulierung gefunden hatte und auch jetzt noch allgemein gehalten war. Bedeutet doch „public right":

> „die endgültige Abschaffung (repudiation) des Militarismus als des regierenden Faktors in den Beziehungen der Staaten und der zukünftigen Form Europas [20])."

Diese allgemeine Formulierung erhielt dann die besondere Deutung: „Nieder mit dem preußischen Militarismus", die der Premier am 9. 11. 1914 in seiner Guild-Hall-Rede unumwunden aussprach. England wolle so lange kämpfen, bis die preußische militärische Herrschaft gänzlich und endgültig vernichtet sei [21]). Auch Grey schrieb am 20. 10. 1914 an Roosevelt:

> „Ich sehe keine andere Möglichkeit, als weiter zu kämpfen, bis wir einen uns gegen den preußischen Militarismus schützenden Frieden erlangt haben. Einmal davon befreit, wird Deutschland nichts mehr zu befürchten haben; denn wir werden dann nichts mehr zu befürchten haben [22])."

Amtlich wurde diese Formulierung lange Zeit beibehalten; denn als am 21. 7. 1915 Sir William Byles im Parlament anfragte, ob der Premierminister die wesentlichen Ziele nicht noch einmal deutlicher bezeichnen wolle, für welche die Nation Gut und Blut opfere, gab Asquith zur Antwort:

> „Ich habe diese Ziele, so deutlich wie ich kann, zu Beginn des Krieges und besonders in meiner Guild-Hall-Rede am 9. 11. 1914 bezeichnet und habe meinen damaligen Ausführungen nichts hinzuzufügen [23])."

Die Phrase von der „Zerschmetterung des preußischen Militarismus" wurde in der Presse entweder als solche einfach wiederholt, oder man suchte nach näheren Bestimmungen.

Die Linkspresse schrieb das Ziel auf ihre Fahne, weil sie im Militaris-

---

20) W. Sp. S. 40.
21) W. Sp. S. 59.
22) Grey, „Twenty-five Years". Bd. 2, S. 141.
23) Laut „Times" vom 22. 7. 1915.

mus an sich eine hassenswerte Einrichtung sah. Die Rechtspresse legte den Ton mehr auf das Wörtchen „preußisch". Die von der Regierung ausgegebene Parole hatte auf das glücklichste die Einigkeit in den Zielstrebungen der sonst politisch so weit auseinanderstrebenden Volksgruppen gestärkt. Auf der Seite der Regierung sehen wir teilweise ehrliche Abneigung gegen die speziell preußische Schöpfung des Militarismus, teilweise aber rechnete sie lediglich mit dem aufrichtigen Haß der Massen gegen jenes „Zwangssystem".

Niederlage oder dauernde Entwaffnung

Was nun die Auslegung des Begriffes Militarismus selbst betrifft, so sehen einige in der Armee selbst, der allgemeinen Wehrpflicht, der Stellung und Wertschätzung des Militärs im Staate, in der „Anmaßung des deutschen Offiziers" das Wesen des Militarismus. Und erörtert man dessen Vernichtung, so bedeutet, gemäß dieser Auslegung, eine bloße Niederlage des gewaltigen Heeres auf dem Schlachtfelde schon den Tod des Militarismus. Geht man in der Forderung weiter, so schließt sich an die Niederlage die dauernde Entwaffnung Deutschlands an, damit nicht, wie der „New Statesman" vom 9. 9. 1916 befürchtete, die allgemeine Wehrpflicht beibehalten und verdoppelte Flottenkosten nach dem Kriege bezahlt werden müßten.

„The Statist" vom 28. 10. 16 fragte:

> „Bedeutet Vernichtung Niederwerfung der Mittelmächte im Felde, oder sollen gar Maßregeln getroffen werden, um zu verhindern, daß Preußen je wieder die Rolle der leitenden Militärmacht beanspruchen kann? Letzteres bedeutet Begrenzung der zukünftigen deutschen Militärmacht. Denkt man dabei an eine Okkupationsarmee zur Überwachung?" Die mannigfaltige Auslegung mache es notwendig, genau festzulegen, was der Verband mit diesem Ziele meine, und ob er den Krieg bis zur Erreichung dieses Zieles fortsetzen wolle.

Absetzung der Dynastie oder Verfassungsänderung

Andere sahen den Militarismus als etwas noch Gefährlicheres an, dem weder mit Niederlage noch mit Zwangs-Entwaffnung auf die Dauer beizukommen sein würde. In ihren Augen ist die Armee nicht das eigentliche Wesen des Militarismus, sondern nur der Ausdruck eines militaristischen „Systems", d. h. einer Monarchie, bei der dem Militär

weitgehendster Einfluß auf die Politik eingeräumt wird. In der Kraft und Widerstandsfähigkeit Deutschlands, das trotz aller Feinde kein Erlahmen zu kennen schien, sah man immer wieder nur das unsympathische, aber großartige Regierungssystem, genannt „Militarismus". Idealere Kräfte wollte man bei dem deutschen Volke nicht wahr haben. Das fluchwürdige System mußte vernichtet werden, indem man die Schöpfer dieses Heeres, dieses Staates, dieser gefährlichen Tradition, die Dynastie der Hohenzollern verjagte und für immer unschädlich machte. Die Frage nach einer anderen Dynastie blieb ungestellt. Man ging dafür einen Schritt weiter und forderte Verfassungsänderung, die der Militärmonarchie ein Ende machen sollte. Bei Erwägungen dieser Art trennte man Volk und Regierung, sah das unglückliche deutsche Volk als politisch unfrei und bevormundet an. Man wollte ihm mit Abschaffung des Systems politische Erlösung bringen. Wir hören Lloyd George bereits am 19. 9. 1914 in der Queen's Hall mit Pathos verkünden:

> „Wir bekämpfen nicht das deutsche Volk. Es lebt unter der Hölle dieser Militärkaste. Und es wird ein Tag der Freude sein für den deutschen Bauern, Handwerker und Kaufmann, wenn diese Militärkaste zerbrochen sein wird [24])."

Keiner verstand es besser als er, mit den Haßgefühlen des eigenen Volkes zu arbeiten und gleichzeitig mit der Wirkung seiner auch in der deutschen Presse ungehindert abgedruckten Kraftworte auf die empfängliche Seele des deutschen Arbeiters zu rechnen. Er war der Exponent der Masse (crowd exponent), der es meisterlich verstand, jedem nach dem Munde zu reden, das zu tun, was der Engländer „boxing the compaß" nennt. Keiner fand bessere agitatorische Schlagworte als er. Der preußische Junker war in seinen Augen der „road hog" [25]) Europas, der kleine Staaten, die im Wege sind, zur Seite schleudert, „blutend und zerbrochen" . . . Für ihn und seine Hörer wurde der Krieg „für die Befreiung Europas von der Sklaverei einer Militärkaste geführt, die schon auf zwei Generationen ihren Schatten geworfen hatte". „Nicht eher soll der Krieg enden, als bis der Friede Europas gesichert ist durch völlige und endgültige Garantien gegen die Möglichkeit, daß der Friede je wieder durch den Militarismus Preußens gestört werden kann [26])." Diese wohl berechneten Äußerungen vergleiche man mit der Neujahrsbotschaft vom 1. 1. 1914, worin Lloyd George, der damalige Schatzkanzler, sich folgendermaßen geäußert hatte:

24) W. Sp. S. 222 ff.
25) Bedeutet: rücksichtsloser Autofahrer, wörtlich: Straßenschwein.
26) W. Sp. S. 224.

„Die deutsche Armee ist lebenswichtig, nicht bloß für die Existenz des deutschen Reiches, sondern für das Leben und die Unabhängigkeit der Nation selbst, da Deutschland umringt ist von Völkern, von denen jedes eine beinahe ebenso mächtige Armee besitzt. Das Land ist so oft von ausländischen Feinden überrannt worden, daß es nicht wagen darf, weiter irgendwelche Gefahren in dieser Richtung zu laufen. Wir vergessen, daß, während wir auf einer Überlegenheit von 60 Prozent Seestärke über Deutschland bestehen, dieses keineswegs eine gleiche Überlegenheit über Frankreich allein hat, und daß es außerdem an seiner Ostgrenze mit Rußland zu rechnen hat [27])."

Lloyd George ist ein großer Künstler im Vergessen. Seine sachliche Stellungnahme war ein halbes Jahr später der jetzt zeitgemäßen Demagogie mit vollen Brusttönen gewichen.

Laut „Times" vom 1. 12. 1915 sprach Lord Haldane, der frühere Kriegsminister, davon, daß ein Weltfriede nicht mit dem deutschen Generalstab verhandelt werden könnte.

Auch Asquith gab am 10. 4. 1916 vor französischen Senatoren und Deputierten eine Erklärung dieses Zieles:

„Großbritannien und Frankreich sind nicht in den Krieg gegangen, um Deutschland zu erdrosseln, nicht um es von der Karte Europas wegzuwischen, nicht um sein nationales Leben zu vernichten oder zu verstümmeln, gewiß nicht, um sich in seine innere friedliche Entwicklung einzumischen. Beide Länder sind gezwungen worden, die Waffen zu ergreifen, um zu verhindern, daß Deutschland eine Militärherrschaft aufrichte, die eine Bedrohung der Nachbarn bedeutet [28])."

Dasselbe betonte Viscount Bryce im „Manchester Guardian" vom 6. 7. 1916:

Man wolle Deutschland nicht aufteilen, nur den bösen Geist austreiben und die kriegerisch gesinnte Militärkaste für immer unschädlich machen.

Die Schlagworte der verantwortlichen Männer gegen die „Militärkaste", „Militärherrschaft" umschrieben das Ziel durchweg mit „Zerbrechen", „Zerschmettern", „Vernichten". Was man damit meinte, drückte Lord Cromer, der ehemalige Beherrscher Ägyptens, bereits im August 1915 etwas deutlicher aus. Er bezeichnete als Hauptziel:

---

27) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1914, Bd. 2, S. 516.
28) W. Sp. S. 105/106 ff.

„Die Unterdrückung des Cäsarismus". Das Werk des Kaisers und seiner Nachfolger müsse ein für allemal beschränkt werden. Mit der Regierung, wie sie jetzt sei, könne kein Friede geschlossen werden. Das deutsche Volk müsse für die Friedensbedingungen einstehen. Die Volksvertretung dürfe nicht länger Anhängsel der Krone sein. Nur ein entscheidender Sieg könne die Macht der Hohenzollern brechen oder die deutschen Staatseinrichtungen von Grund auf ändern. Im Falle des Sieges der Verbündeten müßten diese sich weigern, Friedensbedingungen zu besprechen, ehe die Deutschen ihre Verfassung nicht insoweit geändert hätten, daß ihr Heer unter die Kontrolle des Volkes käme und nicht mehr dem Befehl eines absoluten Monarchen unterstellt sei. Der gegenwärtige Pseudo-Konstitutionalismus müsse durch eine wahrhaft demokratische Staatsleitung ersetzt werden. Die Deutschen selbst dürfen die Reformen bestimmen, die Verbündeten werden beurteilen, ob sie genügende Bürgschaften gewähren . . .[29])."

Der liberale Abgeordnete C. F. G. Masterman hielt derartige Friedensbedingungen für überflüssig. Nachdem er im „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915 gründliche Mittel zur Vernichtung Deutschlands, die wir an anderer Stelle erörtern werden, angegeben hat, sagte er:

„Manche gibt es, die in Deutschlands innere Zustände eingreifen möchten, den Kaiser absetzen wollen und auf einem konstitutionellen Monarchen oder einer Republik bestehen. Die Geschichte lehrt die Nutzlosigkeit aller solcher Bemühungen. Die deutschen Sozialisten und was sonst noch an Liberalen übrig bleibt werden schon von selbst alle Kaiser, kleinen Fürsten, Erzherzöge und den Rest der unsauberen Räuberbrut zum Teufel jagen."

Ein anderer liberaler Abgeordneter, G. G. Greenwood, forderte dagegen kurz und kategorisch: Vertreibung der Hohenzollern. Ein ebenso eindeutiges Verlangen stellte Charles Stuart in der „Fortnightly Review" vom Januar 1916, wo es heißt:

„Abdankung des Kaisers und seine und seiner Söhne Verbannung vom deutschen Boden."

Ganz so unzweideutig konnte man sich an leitender Stelle nicht äußern, wenigstens nicht offiziell. Aber zwischen den Zeilen der Worte Sir Edward Greys an Mr. Price Bell („Chicago News"):

---

29) „The Spectator" vom 21. 8. 1915. „Germania contra mundum".

„Wir glauben, daß das deutsche Volk auf einer Kontrolle seiner Regierung bestehen wird. Darin liegt die Hoffnung auf sicheren Frieden und nationale Unabhängigkeit in Europa. Denn eine deutsche Demokratie wird keine Kriege planen, wie sie der preußische Militarismus geplant hat [30])"

lassen sich ähnliche Gedankengänge vermuten.

Was die Wünsche Englands hinsichtlich der Hohenzollern betrifft, so leistete sich die „Times" darin das höchste. Wie aus der Nummer vom 12. 8. 1916 der „Nation" hervorgeht, verlangte das Northcliffeblatt, daß die Hohenzollern persönlich verantwortlich gemacht und die Auslieferung des Herrschers ausbedungen werden sollte. Die „Nation" selbst wies diese Pläne scharf zurück, da eine derartige Erörterung zur Zeit nichts nützen und ein Friedensschluß doch nicht an solchen Bedingungen scheitern könnte. Aber der „Spectator" vom 4. 11. 1916 schlug vor, den Kaiser daran zu erinnern, daß die Verbannung der napoleonischen Dynastie Vorbedingung gewesen sei für den Frieden von 1815, und daß Bismarck 1871 auf Neuwahlen in Frankreich bestanden habe, damit er mit einer verläßlichen Regierung verhandeln konnte. Ähnliche Bedingungen müßten vom Verbande durchgedrückt werden.

Daß schon 1915 Vorschläge auftauchten, Friedensbedingungen von der Absetzung des Kaisers und dem Thronverzicht seiner Nachfolger abhängig zu machen, ist immerhin bemerkenswert.

Der Haß gegen die Dynastie, die den preußischen Staat geschaffen hatte, richtete sich auch gegen den preußischen Staat selbst, gegen dessen Vorherrschaft. Was bedeutete aber der Angriff auf das verhaßte Preußen anderes als einen versteckten Anschlag gegen die deutsche Einheit, deren Schwerpunkt nun einmal Preußen ist? Der Kampfruf gegen das barbarische Preußen war der Racheschrei für die „geschändete Menschlichkeit" [31]) und zugleich ein advokatisches Kunststück, um die unbequeme Friedensvermittlung Amerikas und anderer Neutralen abzuwehren, denn nur ein diktierter Frieden nach einem überwältigenden Endsieg konnte solche Ziele verwirklichen. Also fort mit dem Gedanken, durch einen vermittelten Frieden die preußische Schande, die unwürdige Dynastie zu verewigen. Am 28. 9. 1916 gab Lloyd George einem Vertreter der „United Preß of America" gegenüber die berühmt gewordene Parole aus:

„Der Kampf wird dauern bis zur Niederschmetterung (knock out).

---

30) Am 10. 4. 1916. W. Sp. S. 197.

31) „Pall Mall Gazette" vom 16. 8. 1916.

> Die ganze Welt und auch die Neutralen mit den edelsten menschlichen Beweggründen mögen wissen, daß eine Einmischung von außen . . . nicht in Frage kommen kann. England wird keine Vermittlung dulden, da es zum Kampfe so lange bereit ist, bis der preußische Militärdespotismus auf ewig zerstört ist [32]).“

In einer heftigen Kritik über dieses Interview sprach der „Manchester Guardian“ vom 30. 9. 1916 Lloyd George das Recht ab, offiziell eine amerikanische Friedensvermittlung abzulehnen. Er sagte u. a.:

> „Wenn Lloyd George von der endgültigen und völligen Ausrottung der deutschen Gefahr spricht, so sind das Worte, die mehr an die Leidenschaft als an den klaren Blick appellieren.“

Bei der gesamten gemäßigten und Links-Presse fand die Knockout-Predigt abfällige Beurteilung, zumal wegen der „Gewöhnlichkeit“ der Ausdrucksweise. Was Lloyd George sagte, war indes schwerwiegend genug; als verantwortlicher Minister und stärkster Mann im Kabinett, ja als der kommende Premier hatte er es bis zu einem gewissen Grade in der Hand, seine Worte wahr zu machen. Daher wurde der öffentlich ausgesprochene Wille, bis zur Niederwerfung Deutschlands kämpfen zu wollen, auch im neutralen Ausland sehr beachtet. Als Lloyd George dann am 7. 12. 1916 anstelle Asquiths Premierminister wurde und das deutsche Friedensangebot abzulehnen hatte, gab er im Urteil wie im Ausdruck jedes Maß auf. Am 19. 12. 1916, wo er im Unterhaus die Forderung Asquiths: restitution, reparation, guarantees durch die Epitheta: complete, full, effectual verstärkte, rief er u. a.:

> „Preußen war, seitdem es in den Händen dieser Militärkaste ist, ein schlimmer, anmaßender, drohender, eisenfressender, Verträge nach seinem Gutdünken mißachtender Nachbar, der ein schönes Gebiet nach dem andern schwächeren Nachbarn mit seinem prahlerisch mit Angriffswaffen gefüllten Gürtel wegnahm und in jedem Augenblick bereit war, kundzutun, daß es diese Waffen gebrauchen wolle . . . Die Dämme, die Generationen von Männern mühsam gegen die Barbaren aufgebaut haben, sind durchbrochen, und wäre nicht die Macht Englands in die Bresche getreten, dann wäre Europa von einer Flut von Barbarei und einer ungezähmten Machtgier überschwemmt worden. Der Triumph Preußens würde dazu führen, daß die Menschheit hilflos im Sumpfe stecken bliebe [33]).“

---

32) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1916, Bd. 2, S. 176.
33) W. Sp. S. 251 ff.

„Straffriede" für das ganze Volk.

Wenn aber weder das Heer und seine Führer noch das Regierungssystem und seine Beherrscher das innerste Wesen des Militarismus ausmachen, sondern nur der Philosophie des ganzen Volkes Ausdruck geben; wenn die Hinneigung der Deutschen zu ihrem mächtigen Heer, die innige Wechselwirkung zwischen Land und Armee eine tief verwurzelte Einheit beweist, also eine militaristische Gesinnung des ganzen Volkes, dann genügte weder die Niederlage der Armee noch die Abschaffung des monarchischen Systems. Bei dieser Deutung des Militarismus als einer sündhaften Veranlagung des deutschen Volkes überhaupt schien freilich das Ziel der Zerschmetterung unerreichbar zu werden und drohte bis in alle Ewigkeit das Gespenst des Militarismus, es sei denn, daß der Aushungerungskrieg die Vollkraft des Gegners zerrieb und das Dogma des Obersten Repington in der „Times", es komme lediglich darauf an, „soviel Deutsche (bzw. Hunnen) wie möglich zu töten", zur furchtbaren Wirklichkeit wurde.

Bei der Annahme einer untrennbaren Einheit von Heer und Volk, von Regierung und Regierten, nicht so sehr als der natürlichen Folge einer langen Geschichte, sondern als eines folgerichtigen Ausdrucks einer innersten Veranlagung, mußte die Lösung des Problems in die Ferne rücken. Grey selbst konnte gelegentlich sagen:

> „Deutschlands Philosophie bezeichnet den Frieden als das Grab aller heldischen Eigenschaften im menschlichen Charakter, als einen Zustand der Auflösung und Entartung. Diese deutsche Philosophie aber bedeutet ewigen Argwohn und Unruhe in Europa[34])."

Auch Lord Crewe gehört zu jenen, die den Militarismus Deutschlands als etwas so Tiefwurzelndes ansahen, daß ihm nicht leicht beizukommen sein werde. Am 11. 4. 1916 sagte er im Oberhaus:

> „Wenn man den deutschen Unternehmungsgeist von dem deutschen Militarismus, den Charakter des deutschen Volkes von den Ansprüchen des deutschen Generalstabs zu trennen gesucht hat, so ist das unmöglich. Man kann die militärischen Ansprüche nicht von der allgemeinen Angriffslust Deutschlands trennen[35])."

Auch die öffentliche Meinung erörterte die Möglichkeiten, diese „deutsche Volksphilosophie" zu zerstören. Sind Volk und Militarismus untrennbar, dann muß das ganze Volk mindestens gestraft werden, da man es ja nicht gut vollkommen vernichten kann.

---

34) W. Sp. S. 192. Vgl. auch „Twenty-five Years". Bd. 2, S. 39 ff.
35) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1916, Bd. 2, S. 120.

„Wir wollen erst Frieden, wenn Deutschland am Boden liegt und dankbar jede Bedingung annimmt, durch die es wenigstens die Ausrottung seiner ganzen Rasse vermeiden kann. Die Welt würde gesunden, wenn am Ende des Krieges ein Deutscher ein so seltenes Ding geworden wäre wie eine Schlange in Irland oder ein wilder Tiger in England [36])."

Durch eine den „Verbrechen" des Militarismus entsprechende Strafe, die der sogenannte „Straffrieden" diktieren sollte, hoffte man, einen Gesinnungswechsel im deutschen Volke herbeiführen zu können. Einen Weg zu diesem Ziele sah die imperialistische Presse in der Gründung einer britischen Liga, deren Aufgabe sein sollte:

„nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden so lange zu verfolgen, bis das englische Volksempfinden betreffs der mißhandelten Zivilisation zufrieden, und bis volle Gewähr dafür gegeben sei, daß „die Teufelei des Preußentums", wenn erst einmal niedergeworfen, nie mehr auferstehen könne [37])."

Unter den führenden Männern, die zum Vorschlag der Gründung einer solchen Nationalliga öffentlich Stellung nahmen, gab der Londoner Universitätsprofessor J. H. Morgan folgende Erklärung ab:

„Ich gehöre zu denen, die da glauben, daß die einzige Art, mit Deutschland umzugehen, die ist, daß man es als außerhalb des Gesetzes stehend betrachtet [38])."

Diesem Wunsche gesellte sich der folgende, der den schroffsten Straffrieden forderte:

„Das ganze deutsche Volk soll wegen Bestialität des Gedankens und der Tat an Gebiet und Handel, an Leben und Geldbeutel die Strafe hinnehmen, die der Verband diktiert. Die Hauptvergeltung soll alle Befehlshaber des Heeres, der Luft- und Wasserflotte treffen. Das Ideal der Gerechtigkeit soll nicht durch den Zynismus aus der Philosophie der Welt vertrieben werden [39])."

Mindestens zwei Jahrzehnte lang soll Deutschland nicht innerhalb der „Grenzpfähle anständiger, zivilisierter Nationen" zugelassen werden. „Amtlich wird Europa keine Kenntnis mehr von dem Aussätzigen nehmen." Selbst der früher ausgesprochen deutschfreundliche „Daily

36) „Financial News" vom 30. 10. 1915.
37) „Pall Mall Gazette" vom 8. und 9. 8. 1916.
38) „Pall Mall Gazette" vom 10. 8. 1916.
39) „Pall Mall Gazette" vom 18. 8. 1916.

Chronicle", das Sprachrohr Lloyd Georges und eines liberalen Imperialismus, schrieb am 15. 9. 1916 u. a.:

„Bis Deutschland alle Schäden ersetzt hat, darf kein Deutscher, vom ärmsten Untertan bis zu den Hohenzollern, irgend welches Eigentum besitzen oder irgend welches Geld in die Hände bekommen, das er nicht im Schweiße seines Angesichtes Tag für Tag verdiente."

Das ganze Volk sollte büßen für seinen Militarismus, nämlich:

„den Willen einer starken Nation zur geistigen und materiellen Macht, den Willen zur Weltherrschaft, den Willen, den unvergänglichen Stempel seines Geistes auf die Kultur einer ganzen Welt zu setzen."

Diese Auslegung, die der deutschfeindliche „Spectator" vom 5. 11. 1916 dem deutschen Militarismus gab, bedeutete, gälte sie England, eine Anerkennung. Da sie sich aber auf den Gegner bezieht, trägt sie die Farbe des Abscheus.

Geist und Wille des deutschen Volkes mußten also gebrochen werden. Daher sollte „jeder deutsche Friedensvorschlag nur im Zusammenhang mit diesem Ziel betrachtet werden". Das wurde von der konservativen Presse immer wieder betont, denn:

„Das Ziel ist nicht materiell, sondern spirituell. Es ist die Zerstörung des deutschen Glaubens oder der deutschen Philosophie, die sich immer in der rohen Unterdrückung der Schwächeren durch den Stärkeren äußerte. Die Deutschen bezeichnen diese Lehren als die höhere Moral. Da sie nur durch Gewalt aufgezwungen werden kann, kann sie nur durch Gewalt abgeschafft werden. Die wahre Natur des deutschen Glaubensbekenntnisses wird dem deutschen Volke erst klar werden, wenn die militärische Maschine zerbrochen ist[41])."

Hier also schien man die Überzeugung zu haben, daß mit dem Heer auch der Geist vernichtet werden könnte. Die nicht so einfachen Glaubens waren, spekulierten auf „Zustände" in Deutschland, hofften, daß innere Wandlungen im deutschen Volke selbst eine dauernde Änderung der Geistesrichtung hervorrufen würden. So freute man sich über die innerdeutschen Gegensätze zwischen Annexionisten und Nicht-Annexionisten:

„Diese häuslichen Streitigkeiten dürfen Kenner der deutschen Seele nicht überraschen. Die Deutschen haben wenig oder gar keinen politischen Instinkt. So lange alles gut geht, schadet dieser Mangel nicht sehr, er wird aber zur Lebensfrage, wenn Enttäuschung und

41) „Morning Post" vom 14. 12. 1916.

Unglücksfälle eintreten. Politische Kämpfe brauchen nicht notwendigerweise zur Lähmung der militärischen Kräfte zu führen, sie sind aber geeignet, auf die verbleibende Kraft des Reiches zersetzend zu wirken. Das sollten wir uns gesagt sein lassen, und während wir mit Genugtuung auf die Lage in Deutschland blicken, unsererseits stramme Disziplin bewahren [42])."

Weil, wie der „New Statesman" vom 14. 10. 1916 hervorhob, Volk und Heer verwachsen sind, deshalb kann

„die Hoffnung auf Vernichtung des Militarismus nur auf der Zerstörung des deutschen Glaubens an die praktische Wirksamkeit preußisch-militärischer Ideale beruhen".

So lag die Möglichkeit der dauernden Vernichtung des Militarismus nur darin, daß das deutsche Volk selbst ihn aufgab. Von außen konnte dazu beigetragen werden durch Schwächung des deutschen Ansehens, vor allem durch eine Niederlage. Das Blatt gestand aber ein, daß der „Glaube an den Wert der deutschen Einheit, der wirklich und dauernd" wäre, nicht zerstört werden könnte. Diese Hoffnung müßte man aufgeben.

Hier lag vielleicht unausgesprochen eine Absage an die französischen Hoffnungen auf eine Aufteilung Deutschlands zugrunde. Nicht nur die im Vergleich mit französischen Phantasien noch immer bemerkbare englische Nüchternheit verzweifelte an dem Programm, das Werk Bismarcks vollkommen wieder aufzulösen, sondern eine Atomisierung Mitteleuropas lag auch gar nicht im Interesse Englands und seiner herkömmlichen Gleichgewichtspolitik, die einen gewissen deutsch-französischen Gegensatz braucht. Die radikal-liberale „Nation" vom 16. 10. 1915 war ebenfalls der Ansicht, daß nur eine geistige Umkehr Deutschland vom Militarismus befreien könnte. Um aber diese geistige Wandlung zu unterstützen, forderte diese Zeitung eine Revision der eigenen Ziele; denn nur eine klare Formulierung der wahren Ziele Englands, die keine Mißdeutung beim deutschen Volke zuließen, gäbe diesem die Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen, indem es seine Herrscher zwänge, ihre „Angriffspolitik und das selbstherrliche Regierungssystem, dessen Ausdruck sie sei", aufzugeben.

Mittel zur Vernichtung des Militarismus.

Wer das Ziel will, muß die Mittel wollen. So tat England einen Schritt, der in Widerspruch zu eingewurzelten Gewohnheiten stand: Es führte die allgemeine Wehrpflicht ein. Der Unwille, den dieser verstärkte

42) „Evening Standard" vom 28. 9. 1916.

Druck auf das Privatleben hervorrief, mußte auf Deutschland abgewälzt, die Härte der neuen Maßregel durch die Verworfenheit des damit niederzuwerfenden Feindes begründet werden.

In dem Werbefeldzug für die Einführung fand wieder einmal, wie so oft, Lloyd George den rechten Ton. Laut „Morning Post" vom 4. 6. 1915 sagte er in einer Rede in Manchester:

> „Die Einführung eines Zwanges als wichtiges Element in der Organisation der nationalen Hilfsquellen, der geschulten Industrie und des Handels, bedeutet nicht notwendigerweise Wehrpflicht im gewöhnlichen Sinne. Wehrpflicht bedeutet die Aufstellung von Heeren durch Zwangsmethoden. Dies ist keine grundsätzliche, sondern eine Frage der Notwendigkeit. Die Feinde der Menschheit müssen zerschmettert werden. Wenn ich nur für einen Augenblick jedem die große Wichtigkeit, die großen Gefahren des Kampfes begreiflich machen könnte, so würde nur ein Schrei aus jedem Hause ertönen. Mit aller Macht rufe ich Sie auf, Ihrem Lande beizustehen, Ihrem Lande, das in Gefahr ist . . ."

Selbst die „Morning Post" griff zu dem Propagandamittel der Anerkennung der feindlichen Tüchtigkeit, um ihre Bekämpfung mit gleichen Mitteln zu rechtfertigen. Sie betonte in ihrer Ausgabe vom 4. 8. 1915, daß der leidenschaftlichen Vaterlandsliebe und eisernen Disziplin, die hinter dem deutschen Mute ständen, der englische Soldat ein um so tieferes Pflichtgefühl entgegenstellen müßte, je weniger er

> „jenen Geist sozialer Disziplin hinter sich habe, der dem Deutschen von früher Jugend an eingeflößt wird".

Zu den Befürwortern der Wehrpflicht gehörten neben Lloyd George Curzon, Lansdowne, Churchill, Bonar Law, Chamberlain, Carson. Gegner waren: Asquith, Grey, Balfour, Mc. Kenna, Runciman. Die organisierte Arbeiterschaft lehnte zunächst die Wehrpflicht ab als „eine nicht wünschenswerte Methode zur Befreiung der Völker Europas".

Aber schließlich nahm auch die Arbeiterschaft die Dienstpflicht-Bill als „Zweckmäßigkeitsregel" an, wie die Entschließung der 15. Jahresversammlung der Partei zu Bristol am 26./28. 1. 1916 besagte. Die Entschließung (1 502 000 gegen 602 000 Stimmen) wandte sich

> „gegen alle Systeme eines dauernden Militarismus als einer Gefahr für den Fortschritt der Menschheit. Sie erachtet aber die gegenwärtige Aktion Englands . . . für vollständig gerechtfertigt und spricht ihren Abscheu über die Greueltaten aus, die Deutschland und

sein Verbündeter durch gefühllosen, brutalen Mord an Nichtkämpfern, einschließlich Frauen und Kindern, verübt haben" [43]).

Hier haben wir auch einen Beweis dafür, daß die Greuelgeschichten (German atrocities) ihren Propagandazweck auch für die Einführung der Wehrpflicht erfüllt hatten.

Mit den verhaßten Methoden des Militarismus suchte man ihn zu bekämpfen, wie Lloyd George in seinem Wahlkreis in Conway am 6. 5. 1916 äußerte:

„Wir haben die Mittel, sie haben zu oft die Methoden. Wenden wir ihre Methoden auf unsere Mittel an, und wir werden gewinnen [44])."

C. Kampf für demokratische Freiheit.

Was wollte man nun aber dem deutschen Volke statt seines Militarismus, statt dieser preußisch-militärischen Ideale, statt dieser sogenannten deutschen Philosophie Neues und Besseres bringen?

Da man hinter dem Militarismus das monarchisch-autokratische Prinzip sah, so erwuchs aus dem Kampfe gegen den Militarismus als nächste Folge der „Kampf für demokratische Freiheit". Zwei große Regierungsformen standen sich, so hieß es, im Kampfe einander gegenüber. England als der

„führende demokratische Teil Europas mußte mit allen Mitteln ein Wiederaufleben der Doktrin verhindern, die den Krieg lediglich als ein Instrument der Politik, nicht aber als letztes Hilfsmittel beim Versagen dieser Politik betrachtet" [45]).

Man kämpfte gegen Deutschland als den Hauptvertreter des autokratischen Staatssystems. Grey selbst versucht in seinen Erinnerungen eine Rechtfertigung des Krieges in dieser Hinsicht. Es heißt dort:

„Wir hätten dem Ringen zwischen Demokratie und Militarismus nicht entgehen können, wenn wir 1914 dem Kriege den Rücken gewandt hätten. Es wäre später gekommen, und dann wäre England ruhmlos untergegangen [46])."

Man bekämpfte den Anspruch einer Vorherrschaft,

„einer materialistischen, grausamen (hard) Zivilisation, einer Zivili-

43) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1916, Bd. 2, S. 90.
44) A. a. O., S. 132.
45) „Times" vom 1. 8. 1914.
46) Grey, „Twenty-five Years". Bd. 2, S. 39.

sation, die, wenn sie einmal die Welt regiert, Freiheit und Demokratie verscheucht [47])."

England konnte nicht gestatten, daß sich möglicherweise

„ein herrschender und drohender Despotismus direkt vor seiner Türe niederließe" [48]).

Es war nicht ein Kampf zwischen einem Staate und

„einem andern, sondern ein Kampf zwischen verschiedenen und unversöhnlichen Idealen, zwischen Mächten einerseits, die für Freiheit, Mannigfaltigkeit der Typen und Organisation, für ungehemmten Fortschritt der Menschheit einstehen, und Mächten, die notwendigerweise früher oder später alle Staaten zu einer Umbildung und Erneuerung der Welt unfruchtbar gemacht hätten" [49]).

Die Tatsache, daß sich das zaristische Rußland in dieser demokratischen Gesellschaft befand, wurde mit einem Feigenblatt bedeckt. Vielleicht hatte man das Bündnis auch nicht mit dem alten reaktionären Rußland, sondern mit dem neu zu schaffenden demokratischen geschlossen:

„Professor Gilbert Murray ist überzeugt, daß dieser Krieg die Liberalisierung russischer Einrichtungen hervorrufen wird. Denn während die Vernichtung der Autokratie in Deutschland das deutsche Volk befreien soll, soll der Sieg des autokratischen Rußland das russische Volk befreien, eine Ansicht, die auch von Mr. H. G. Wells und Mr. Hugberg Wright geteilt wird, die sich beide dahin äußern, daß ‚dieser Krieg Rußland endgültig frei gemacht habe, indem es sich fast unlöslich mit den liberalen Westmächten verbunden hat [50])."

Eine ganz andere Sprache führte freilich der „Labour Leader", der am 9. 3. 1916 über diese unnatürliche Verbindung zwischen Osten und Westen spottete:

„Wir wissen, daß es einfach Heuchelei (cant) ist, vom Kampf für demokratische Freiheit zu reden, wenn die grausamste autokratische Macht der Welt, Rußland, unser Verbündeter war. Aber die Größen des Parlamentes, der Presse und des Katheders machten dem Volke etwas anderes weis, und das Volk glaubte daran [51])."

---

47) Lloyd George am 19. 9. 1914. W. Sp. S. 222.

48) Asquith am 4. 8. 1916. W. Sp. S. 114.

49) Derselbe am 4. 8. 1916. W. Sp. S. 115.

50) Flugblatt der U. of D. C. Nr. 2. 1914.

51) Vgl. das Wort Greys: „Der russische Despotismus lief den britischen Idealen zuwider, und immer ereignete sich etwas in Rußland, das ihm die britische Sympathie entfremdete oder seinen Unwillen erregte. (Bd. 1, S. 154.)

Man machte nicht nur dem eigenen Volke etwas weis, sondern versuchte mit der Lockspeise der demokratischen Freiheit auf den deutschen Reichstag und seine Wähler zu wirken. So rechnete der „New Statesman" vom 14. 10. 1916 damit, daß „die demokratischen Elemente" im deutschen Reiche „gestärkt, und wenn angängig, die Errichtung einer verantwortlichen Regierung herbeigeführt" werde. „Hätten es die Demokratien England und Frankreich mit einer deutschen Demokratie zu tun, könne morgen Friede sein."

Da man diese Befreiung der Welt vom Despotismus durch die freien Demokratien immer wieder predigte, untersuchte man in der Presse die einander gegenüberstehenden Staatsformen auf ihren grundsätzlichen Wert oder Unwert hin. Vorzüge und Nachteile wurden gegeneinander abgewogen. Der individuellen Unabhängigkeit der einen wurde „die nationale Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit" der andern entgegen gehalten, der „Freiheit" als höchstem Wert der einen die gegensätzliche „Unterordnung der Freiheit unter Ordnung und System zur Gewinnung von Macht und Sicherheit". Die „lose organisierte freie Demokratie" bekämpfte die „fest ineinandergefügte Volksgemeinschaft". Daß die Zentralmächte den Erfordernissen des Krieges mit viel „geschlossenerer Verstandes-, Willens- und Tatkraft" gegenüberstanden, als die demokratisch regierten Länder, glaubte der bekannte Schriftsteller H. G. Wells besonders hervorheben zu müssen. Damit ließen sich auch die Niederlagen der Entente womöglich in Tugenden umdeuten, weil der Gerechte viel zu leiden hat auf dieser Erde. Wells sah das Ideal in der goldenen Mitte zwischen dem „freiwilligen Gesamtwillen" der Westmächte und dem „ausgebildeten Gesamtwillen" der Mittelmächte. Er legte ferner dar, daß die Demokratie dem Autoritätsstaate gegenüber etwas Neueres und Unreiferes sei, dem erst noch eine vollständige Entwicklung und geistige Organisation kommen müsse [52]). Demgegenüber betonte Haldane in einem Antwortartikel desselben Blattes vom 7. 8. 1915, daß keinerlei Regierungsform im Grunde das Entscheidende sei, Ideen und Führer seien ausschlaggebend.

Die Erkenntnis, daß die nationale Volkskraft „unter einem zwingenden Prinzip der Staatsorganisation" größer sei als unter dem Regime persönlicher Freiheit, ging allgemein auf an Hand der außen- und innenpolitischen Tatsachen.

Wir wissen, daß England eine Beschränkung der Freiheit vorgenommen hat. Nicht nur durch die oben erörterte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sondern auch durch die Außerkraftsetzung der Habeas-corpus-Akte,

52) „Nation" vom 24. 7. 1915.

die dem Engländer fast so heilig ist wie die Bibel. Das alles änderte nichts an dem Rufe und der Überzeugung, für demokratische Freiheit zu kämpfen, mochte auch der „Labour Leader" diese Verkündigung als Heuchelei bezeichnen und Dr. Clifford, der bekannte Kanzelredner, die Wehrpflichtpolitik der Regierung verurteilen[53]).

Die Bedeutung dieser amtlichen und nicht-amtlichen Verkündigung eines heiligen Krieges *gegen* den Militarismus und *für* demokratische Freiheit, *gegen* die Unterdrücker und *für* die Unterdrückten — *gegen* den Bruch zwischenstaatlicher Abmachungen und *für* das „öffentliche Recht" Europas lag darin, ein Volk für die Teilnahme an einem ihm nicht unbedingt notwendig erscheinenden Kriege zu gewinnen.

Die pathetische Formulierung dieser Ziele, und die zornige Anklage gegen das Zerrbild der angeblich entgegengesetzten Denkwelt der Deutschen sollte auf der einen Seite den demokratisch-christlich-humanitären Instinkten und Idealen der Mittelklassen entgegenkommen, auf der andern Seite ein weit verbreitetes Vorurteil gegen Deutschland nähren. Hinter diesen Zielen verbarg sich das machtpolitische England vor dem demokratisch-humanitären und zeigte den Neutralen die ritterliche Geste. So war vor allem die Rhetorik des alten radikalen Feuerkopfes, Lloyd George, von unschätzbarem agitatorischem Werte für das Kabinett, da sie den Geist des rücksichtslosen Imperialismus mit der demokratischen Phrase vermählte.

D. Pazifistische Ziele.

„Angelsächsischer" Pazifismus.

„Nobody wants peace more than we want it[54])." In diesem Wort Sir Edward Greys liegen alle Deutungsmöglichkeiten. Für England war

> „der einzig gesunde Grundsatz und die einzig brauchbare Praxis für ein Land in seiner geographischen Lage die Freundschaft mit allen Völkern . . .[55])."

Als vorzugsweise handeltreibendes Volk brauchte und braucht England Freiheit und Frieden, denn

> „Frieden und Stabilität in Europa waren (und sind) die besten Bedingungen für das Gedeihen des britischen Handels[56])."

53) „Daily Chronicle" vom 15. 9. 1916.
54) Am 10. 4. 1916. W. Sp. S. 196.
55) Sir Wilfried Lawson am 6. 8. 1914.
56) Grey, Bd. 1, S. 6.

So wird Englands Friedensliebe von seinen Interessen aus begreiflich:

„Es waren die großen Handelszentren Großbritanniens, die bis zum Ausbruch des Krieges am pazifistischsten und am wenigsten antideutsch waren."

Alle Unruhe ist ihm von jeher störend und zuwider, der Krieg ein dummes und zweifelhaftes Unternehmen. Hat man aber den Fehdehandschuh einmal aufgenommen, so steht England als „Geist des Lichtes gegen den Geist der Finsternis" [57]). Man kämpfte so letzten Endes, um den Kampf aus der Welt zu schaffen, England führte den Krieg, der den Krieg beendet.

Es ist schwierig, die pazifistischen Ideen und deren Formulierungen, wie sie in der englischen öffentlichen Meinung der ersten Kriegsjahre zum Ausdruck kommen, zu deuten und die durcheinanderfließenden Auffassungen methodisch zu trennen. Gerade der Deutungsreichtum dieses Ideals wirkte auf alle Elemente des englischen Volkes: Für den Imperialisten lag in dieser weltumspannenden Idee: Herrschen, wirtschaftlicher Gewinn, pax Britannica, für den Nationalisten bedeutete sie: Aufblühen des eigenen Landes, für den Idealisten: Ende der größten Verbrechen und Leiden der Menschheit. Der eine faßte den Pazifismus politisch, der andere grundsätzlich, der eine utilitaristisch, der andere religiös. Der grundsätzliche Pazifist lehnte jeden Krieg ab, da er die Lehre von der Abwehr der Gewalt durch Gewalt verwirft. Wie diese wirklichkeitsfremden Pazifisten von den Vertretern einer machtvollen Staats- und Weltpolitik beurteilt wurden, geht aus der „Times" vom 16. 6. 1915 hervor, wo es heißt:

„Diese Narren und wirklichkeitsfremden Pazifisten werden kaum beachtet, außer in den deutschen Zeitungen."

Der politische Pazifismus behauptet, sich letzten Endes nicht anders als der des Quäkers auszuwirken, nur ist der Weg des idealistischen Träumers langsam und führt über geduldige Arbeit an der Einzelseele, während der des praktischen Politikers eine schnelle und radikale Verwirklichung will. Er bedarf der Unduldsamkeit. Gewalt soll Gewalt überwinden und so den Überwundenen Frieden und Glück bringen.

Mochten die pazifistischen Stimmen von grundsätzlichen oder politischen Pazifisten ausgehen, jedenfalls wurden sie vom amtlichen England klug benutzt. Der verantwortliche englische Staatsmann, der von national egoistischen Motiven geleitet wurde, betrachtete den Pazifismus zunächst skeptisch und erhob ihn dann auf Grund kühler Überlegung zum politischen Prinzip, denn der Pazifismus, der ihm als Inbegriff humaner Kulturgesinnung

57) „Daily News" vom 26. 9. 1914.

galt, legte dem englischen Imperialismus keine Opfer auf. Tauchten daher an höchster Stelle pazifistisch anmutende Ziele auf, erschienen sie in einer Art von Zwielicht. Gerade in der Verkündigung pazifistischer Ziele zeigte sich jene unbewußte Zweckmäßigkeit im politischen Denken des Engländers, die mit der Bezeichnung als Heuchelei (cant) nicht restlos erschöpft wird. Imperialismus und Machtpolitik, die mit allgemein menschlichen und pazifistischen Grundsätzen verwoben sind, werden dadurch wirksamer. Da man sich ihrer nicht ganz bewußt wird, steht man vor sich selbst und den andern selbstlos da, fast als Erlöser der Menschheit, der das Chaos von ihr fernhält, indem er z. B. den deutschen Militarismus bekämpft. Und die calvinistisch-puritanische Auffassung, daß Erfolg der rechtmäßige Lohn sittlich-gläubiger Tüchtigkeit ist, wird zur Apologie der erfolgreichen britischen Weltpolitik oder „Weltmission". Die „Times" vom 7. 6. 1915 mag diese Auffassung stützen:

> „England wird der Welt durch Taten klar machen, daß die Engländer als Europäer für Europa kämpfen und sich nicht als Engländer zu Englands Vorteil in festländische Angelegenheiten mischen. England will das Bestehen des englischen Reiches in der Welt rechtfertigen."

Die Verkündigung pazifistischer Ideale stempelt weder den politischen Pazifisten noch den pazifistischen Imperialisten zum unehrlichen Menschen. Eine innere Überzeugung ist immer dabei. „Pazifismus" bleibt in England eben nicht in der Sphäre der Weltanschauung, sondern findet praktische Anwendung in der Politik. Wem die Weltmission gegeben ist, der muß auch die Mittel wollen, seine Aufgabe zu erfüllen. Er darf zum Schwerte greifen. Tut ein anderer, was England zu tun vorbehalten ist, so ist es Rebellion gegen die Weltordnung. Ist der Frevler zerschmettert, dann ist die Weltordnung wieder im Geleise. Eine schein-pazifistische Diplomatie dient dann nur der Aufrechterhaltung des Bestehenden und der Niederhaltung des Störenfriedes. Aber an der Ehrlichkeit dieser Politik darf niemand zweifeln, weil sie selbst nicht an sich und der Weltordnung zweifelt.

Die dauernden Machtbedürfnisse Englands haben ihre eigene treibende Gewalt, und alle Ideologen, die von Völkerfreundschaft und Weltfrieden träumten, wurden in diese staatlichen Interessen naturnotwendig mit hineingezogen.

Nur im Hinblick auf die Verwirklichung des Ideals im Sinne einer pax Britannnica sind die Friedenspolitik Sir Edward Greys und seine späteren theoretischen Auseinandersetzungen über die „League of Nations" zu bewerten. Schon in seiner Vorkriegspolitik hatten er und seine Entente-

Freunde unter Benutzung der pazifistischen Strömungen nicht nur Englands, die isolierten Mittelmächte als die Friedensstörer von Bosnien oder Agadir hingestellt, und während des Weltkrieges fuhr Grey fort, den Glauben, daß Deutschland der alleinige Frevler am Weltfrieden sei, in Reden und Briefen an die Presse zu stützen. So heißt es in einem Briefe an die „Times" vom 25. 8. 1915, daß

> ein Weltfriede unter deutschem Schutze das bedeute, was ein österreichischer Essayist einmal als „einen freien Fuchs im offenen Hühnerstall" bezeichnet habe.

Auch Balfour bezeichnete einmal das Schicksal der Welt als unerträglich in den Händen einer Macht wie Deutschland:

> „Die Welt in den Händen Deutschlands bedeutet zwischenstaatliche Tyrannei, die englische Weltherrschaft dagegen die Entwicklung freier Institutionen, was die konstitutionelle Freiheit in seinen Dominions beweist, die den Ruhm und die Größe des Empire ausmachen [58])."

England „will die Welt nur beaufsichtigen in der Art eines wohlwollenden Schutzmanns, der andern gegenüber duldsam ist". Nur eine englische Vorherrschaft in der Welt gestattet jedem Volke, seine Kultur und Eigenart so zu entwickeln, wie es die deutsche Vorherrschaft nie tun würde.

> „. . . Und bis zu dem Tage, wo ein fernes Ideal — die Verbrüderung der Völker — Tatsache ist, kann der Friede lange aufrecht erhalten werden durch eine überwältigende Macht. England soll diese Macht sein. Warum es nicht ehrlich eingestehen [59])?"

Wohl am reinsten vertreten war der Pazifismus in den Friedensgesellschaften wie „No Conscription Fellowship", „Peace Society", „Peace Committee of the Society of Friends", „League of Peace and Freedom" usw. Am meisten trat hervor, auch journalistisch, die Union of Democratic Control (U. of D. C.), die im „Labour Leader" zu Worte kam und außerdem in Flugschriften ihre Ideen und Ziele verbreitete. Sie wurde bald nach Kriegsbeginn gegründet, denn schon am 17. 9. 1914 erschien die erste öffentliche Bekanntgabe der Gründung [60]. Männer wie E. D. Morel als Ehrensekretär und Schatzmeister, Norman Angell, Ramsay Macdonald, A. Ponsonby, Chr. Trevelyan waren ihre Führer.

Diese Friedensfreunde hatten den Krieg nicht verhindern können. Nun,

---

58) Am 4. 8. 1915. W. Sp. S. 285.
59) „Nation" vom 2. 9. 1916.
60) Laut Flugschrift Nr. 6: „The national Policy".

da er einmal da war, teilten sie mit allen andern — Imperialisten und Nationalisten — den Willen zum Sieg:

„Zuerst müssen wir siegreich sein. Wir müssen gewinnen, nicht nur weil britische Einrichtungen von höchstem Werte vernichtet würden im Falle einer Niederlage, nicht nur weil Preußen unser Hauptfeind und führender Exponent der Doktrin der militärischen Herrschaft und Intoleranz ist, was mit einem dauernd friedlichen Europa unvereinbar bleibt, sondern weil wir Gerechtigkeit fordern, soweit es irgendwie geht, für den Geringsten unserer Verbündeten[61])."

Bei jedem anständigen Engländer leuchtet irgendwo das Nationale durch, wenn auch manchmal ungewollt, dann aber um so selbstverständlicher. Ein Beweis dafür ist eine unkommentierte Wiedergabe einer Äußerung Balfours vom 14. 12. 1914 in Flugblatt Nr. 6 der U. of D. C. Die nationalistisch-imperialistische Einschränkung „the future of o u r race" ist auch dem Vertreter der U. of D. C. ganz natürlich.

Es handelt sich um die Zukunft der angelsächsischen Rasse, die die friedliche Zukunft der Welt allein zu verbürgen scheint.

Auch die Arbeiter, aus denen sich ein großer Teil der Friedensfreunde rekrutierte, stellten die zwischenstaatlichen Wünsche zurück und beugten sich den staatlichen Forderungen. So berichtet die „Morning Post" vom 9. 9. 1915 über eine Sitzung des sozialistischen „nationalen" Verteidigungsausschusses. Der Vorsitzende, John Hodge, sagte danach u. a.:

„Dadurch, daß einer Sozialist ist, gibt er nicht notwendigerweise den Stolz auf seine Nationalität auf."

Er wendete sich gegen die Absicht Macdonald, eine Abordnung zwecks Formulierung von Friedensvorschlägen nach dem Kontinent (Berner Kongreß) zu schicken:

„Ich als unabhängiger Sozialist und als Gewerkvereinler protestiere gegen solche Handlung. Wenn das die Politik ist, die sie (die Anhänger Macdonald) einschlagen wollen, dann müssen wir Gewerkvereinler sie aus der Arbeiterpartei hinauswerfen."

Mit Befriedigung berichtete die „Times" am 30. 11. 1915 über den Wahlausfall in einem großen Minengebiet. Der Kandidat, der für energische Fortführung des Krieges und gegen die Ziele der „Independent Labour Party", das „Geflüster der Friedensfreunde", eintrat, wurde gewählt, der Vorsitzende der „South Wales Miners Federation" unterlag ihm. Bestätigt wird diese Auffassung der „Times" durch das Ergebnis einer

---

61) Flugschrift Nr. 1: „The Morrow of the War", S. 13.

Versammlung der parlamentarischen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz von A. Henderson. Der Präsident und der Sekretär des „Internationalen Sozialistischen Büros", Emil Vandervelde und Camille Huysmans, waren nach England gekommen, um sich über die Ziele der englischen Arbeiterpartei zu unterrichten. Es wurde ihnen klar gemacht, daß Erörterungen unmöglich seien, da sonst bei Freund und Feind Mißverständnisse bezüglich der Haltung der englischen Arbeiterklassen gegenüber dem Kriege entstehen könnten. Es käme der Arbeiterschaft gegenwärtig einzig und allein auf die siegreiche Durchführung an[62]). Die „Morning Post" vom 3. 6. 1916 erzählte von einer Massenversammlung in Aberdare, dem Zentrum des Merthyr-Bezirks, einst Hochburg der unabhängigen Arbeiterpartei, in der die Ausgabe des „Labour Leader" vom 31. 5. 1916 verbrannt wurde, weil sie einen sofortigen Frieden verlangte.

So weit ich zu beurteilen vermag, sind in den beiden ersten Kriegsjahren amtliche Äußerungen über pazifistisch anmutende Ziele selten und gehen in der Hauptsache auf Durchführung einer zwischenstaatlichen Organisation, die Zwistigkeiten auf friedlichem Wege lösen soll. Diese Ansicht wird gestützt durch einen Artikel der „Nation" vom 19. 2. 1916, wo es heißt:

> Eigentlich alle Erklärungen der verantwortlichen Minister laufen auf die Forderung hinaus, die Sir Edward Grey in den Worten „die zukünftige Sicherheit Europas" zusammenfaßt. Sicherheit ist jedoch mit der Vorherrschaft einer einzelnen Macht nicht vereinbar und kann nicht länger auf Rüstungen gegründet werden, sondern läßt sich nur erreichen durch eine allgemeine Vereinbarung aller Mächte, die gestützt ist auf eine Art zwischenstaatlicher Ordnung.
>
> Welcher Staatsmann aber hat sich im Sinne eines solchen Kriegsziels ausgesprochen? Niemand außer Sir Edward Grey in einigen Andeutungen der letzten Augenblicke vor Kriegsausbruch.

Schiedsgericht.

In der Friedensbewegung des 19./20. Jahrhunderts galt die Verwirklichung des Schiedsgerichtsgedankens im allgemeinen als die notwendige Voraussetzung für die Durchführung von Rüstungsbeschränkungen, da ohne Sicherung des internationalen Rechts ein Verzicht auf Bewaffnung unmöglich sei. Auf den beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907 wurde der Schiedsgerichtsgedanke ausgebaut. Schiedsgericht und Vermittlung obligatorisch zu machen, gelang aber nicht. Der Ausbruch des Welt-

62) Am 29. 3. 1916 laut Schulth. Europ. Gesch.-Kal. Bd. 2, S. 47.

krieges lehrte, daß das Haager Schiedsgericht für große Belastungsproben nicht zählte. Wo nun während des Krieges Gedanken an Schiedsspruch, Abrüstung usw. auftauchten, knüpfte man entweder an die bestehenden Einrichtungen an und forderte „eine vervollständigte und erweiterte Verfassung des Haager Schiedsgerichts" oder man faßte ganz neue Schöpfungen ins Auge. So äußerte Balfour am 14. 12. 1914:

> „Die internationale Zukunft unserer Rasse[63]) liegt darin, die Sphäre und Macht des internationalen Rechts so weit wie möglich auszudehnen. Sie liegt in der Steigerung der Achtung vor Staatsverträgen und darin, daß Streitfragen zwischen Regierungen .... nicht durch das Schwert, sondern durch Schiedsspruch entschieden werden sollen[64])."

Sir Edward Grey selbst schrieb am 18. 12. 1914 an Roosevelt:

> „Mein Vertrauen in die Haager Konvention und internationale Verträge hat sich verflüchtigt[65])."

Seine Ansicht ging dahin, daß die Haager Konvention besser außer Kraft gesetzt würde, und eine neue Übereinkunft nur unter der Bedingung unterzeichnet werden sollte, daß sich die Vertragspartner zur bewaffneten Verteidigung verpflichteten[66]). Damit kam also auch er auf eine Art von „bewaffnetem Frieden" zurück, den er sonst als Ausdruck der deutschen „Kriegs-Philosophie" befehdete[67]). Auch Balfour dachte an ein System der Zwangsvollstreckung zur Durchführung der Schiedsgerichtsurteile, an eine tatsächliche Macht, die hinter unverletzlichen Bestimmungen stehen müsse. Am 18. 5. 16 sagte er zu amerikanischen Pressevertretern: „Hinter dem Gesetz muß Macht stehen[68])."

Im Gegensatz zu dieser Auffassung machte A. Ponsonby in seiner Schrift über „Die Grundlagen internationaler Autorität" auf eine Gefahr aufmerksam, die er folgendermaßen kennzeichnete:

---

63) Vgl. S. 35.

64) Laut „Morning Post" vom 15. 12. 1914, zitiert in Flugblatt 6 der U. of D. C.

65) Grey, „Twenty-five Years", Bd. 2, S. 143.

66) Ebenda.

67) „Die preußischen Autoritäten haben scheinbar nur die Idee eines bewaffneten Friedens (iron peace), den sie den andern Nationen auferlegen wollen unter ihrer Vorherrschaft." (Am 10. 4. 1916. W. Sp. S. 198.) — „Wir kämpfen für ein freies Europa, ein Europa, das nicht nur frei ist von der Vorherrschaft einer Nation über eine andere, sondern frei von einer anmaßenden Diplomatie und frei von Kriegsgefahr, frei von dem beständigen Schwertrasseln, frei von dem dauernden Reden über schimmernde Wehr und Kriegsherrn." a. O. S. 191.

68) W. Sp. S. 294 und „Manchester Guardian" vom 24. 10. 1916.

„Wenn in ein Abkommen zur Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Völkern eine Klausel aufgenommen wird, wonach eine Verpflichtung zur Erzwingung der Entscheidung der Allgemeinheit durch gemeinsamen militärischen Druck bestehen soll, so bedeutet das die Beibehaltung großer Rüstungen der Großmächte und die bedauernswerte Zwangslage kleiner Nationen, für Ziele, die ihr eigenes Wohlergehen gar nicht berühren, Krieg zu führen [69]).

Er leugnete dabei nicht, daß unter Umständen ein gemeinsames Vorgehen erforderlich sein könnte. Er wollte die Pflicht nur nicht in einem Abkommen festgelegt wissen. Moral und Recht könnten zwischenstaatlich nicht auf Sanktionierung durch Gewalt begründet werden. Keine Einrichtung der Welt könnte Völker, die Krieg miteinander wollten, versöhnen. Bei friedliebenden Völkern aber genüge das bloße Vorhandensein eines zwischenstaatlichen Gerichtshofes, auch wenn keine Vollstreckungsgewalt dahinter stände. Der Gesinnungswandel der Völker schaffe ihm mehr Achtung als künstlicher Druck von außen.

Abrüstung.

Es ist eigentümlich, aber verständlich, daß sich die öffentliche Meinung weniger mit dem Schiedsgerichtsgedanken beschäftigt hat als mit der Frage der Abrüstung; amtliche Äußerungen über Schiedsgericht und Völkerbund dagegen eher zu finden sind als solche über Abrüstung. Über Schiedsgerichtsverfahren zu sprechen, ist in der Regel ungefährlich, und über Völkerbundsideen lassen sich allgemeine Formeln finden, die zu nichts oder zu wenig verpflichten. „Abrüstung" dagegen hat an sich wohl eindeutigen Sinn, wenn Völker und Regierungen guten Willens sind. Gibt man aber dem Begriff innerlich die Auslegung: „was du nicht willst, daß man dir tu, das füge den andern zu", dann sind öffentliche Diskussionen verantwortlicher Männer nicht ungefährlich. Man liest daher das Wort „disarmament" in amtlichen Reden selten, obwohl England selbst ja offiziell keinen Militarismus hat, und „Marinismus" etwas ganz anderes zu sein scheint. Neben dem hypothetischen Wort Greys:

„Wenn Sicherheiten gegen künftige Kriege geschaffen werden sollen, dann müssen sie Deutschland ebenso verpflichten wie andere Nationen, including ourselves" [70])

---

69) Laut „Economist" vom 7. 10. 1916. (Nr. 592, 5 der N. d. A.)
70) „Times" vom 25. 8. 1915.

steht positiv das empfehlende Wort Balfours: „It is good that arbitration should be encouraged“ [70]). Von disarmament kein Wort!

Ernsthafte Vorschläge in der Abrüstungsfrage kamen naturgemäß eher von der Linken. So wollte die U. of. D. C. schon in ihrem ersten Flugblatt vom September 1914 von seiten Großbritanniens im Friedensabkommen vorgeschlagen wissen:

> „wirksame (drastic) allgemeine Verminderung der Wehrmittel zusammen mit der Verstaatlichung der Waffenfabrikation und der Aufsicht über die Waffenausfuhr.“

In einer Versammlung der Vereinigung in Manchester am 19. 11. 1915 wurde eine Menge Forderungen aufgestellt, so z. B., daß eine Konferenz von Abgeordneten neutraler und kriegführender Staaten

> „die Frage gleicher, umfassender und wirksamer Garantien gegen zukünftige Kriege zu Wasser und zu Lande“

zu prüfen habe.

Hier dachte man also auch an Seeabrüstung. Mit diesen Forderungen deckten sich ungefähr die einer andern Flugschrift, die z. B. unterzeichnet war von Lord Courtney und dem Historiker S. P. Gooch, und deren Ziele der „Daily Expreß“ vom 25. 8. 16 heftig ironisierte.

Einen ganz eindeutigen, doch nur für Deutschland geforderten Abrüstungsvorschlag machte die „National Review“ vom September 1916:

> „Entwaffnung soweit, daß nur eine Armee von einer halben Million aufgestellt werden kann.“

Es fanden sich auch Ankläger, die den Widerspruch zwischen dem augenblicklichen Handeln und dem Kriegsziel: Vernichtung der militärischen Maschine — aufdeckten. So veröffentlichte der „Economist“ vom 3. 6. 1916 einen Brief Lord Brasseys, in dem es u. a. heißt:

> „Wie können wir verlangen, daß Deutschland ohne Armee bleibt, wenn wir nicht selbst zur Abrüstung entschlossen sind ... Hören wir nicht aus demselben Munde (des Ministerpräsidenten), daß wir ein stärkeres Heer mit Reserven brauchen? [72]).

Neben denen, die in der Abrüstung die wichtigste Friedensförderung sahen, wurden auf der Rechten Stimmen laut, die derartige Vorschläge befehdeten, belächelten, herabsetzten, oder wie die „National Review“ nur beim Gegner angewandt wissen wollen. So schrieb die „Morning Post“ vom 22. 4. 16:

---

71) Am 18. 5. 1916. W. Sp. S. 294.

72) Nr. 464, 4 der A. d. A.

„Friedensförderung bedeutet nicht Abrüstung und damit Ohnmacht, sondern völlige Bereitschaft für eine hohe Aufgabe."

Hören wir, wie der grundsätzlich friedensfreundliche „New Statesman" am 9. 9. 1916 seine Forderungen — Geschichte vorahnend — formulierte:

„Die Sicherheit vor künftigen Kriegen und die Sicherheit vor der Notwendigkeit, in Friedenszeit dauernd eine drückende Rüstungslast zu tragen, müsse die Grundlage sein. Der erste Gedanke wäre vor einer späteren Weltkonferenz zu erledigen. Der zweite ginge die augenblicklich kriegführenden Staaten an und verlange eine Behandlung im Friedensvertrag selbst. Da Deutschland derjenige Staat gewesen ist, der zur See und zu Land wettrüstete, so müsse Englands Hauptziel sein, in Deutschland eine durchgreifende Begrenzung der Heeres- und Flotteneinrichtungen durchzuführen. Neun Zehntel von Heer und Flotte müßten auf den Kehrichthaufen. Große Rüstungen zu Wasser und zu Lande im geheimen seien unmöglich. In einem Abkommen sei die Zahl der Wehrpflichtigen, der Schiffe und Geschütze, die jährlich gebaut werden dürften, zu bestimmen . . ."

Hier liegt nur der erste Gedanke in der Richtung des grundsätzlichen Friedensfreundes. Der zweite Gedanke aber zeigt den Bocksfuß des Machtpolitikers, der mit der allgemeinen Abrüstung beim Gegner beginnt. Auch die Mittel, die Oswald Earp in der „Nation" vom 9. 9. 1916 vorschlug, und die die Bahn frei machen sollten für Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkung und zwischenstaatliche Schiedsgerichte, ließen an Gewaltmaßregeln nichts zu wünschen übrig. Er verlangte:

„die Entlassung des letzten Bataillons und des letzten Kriegsschiffes. Keine Mark dürfe für militärische Zwecke ausgegeben werden, ja selbst Ausgaben für Zinsendienst der deutschen Kriegsanleihen müßten verboten werden bis zur Abtragung der Kriegsschulden".

Die „Nation" selbst nahm einen sachlichen Standpunkt in der Behandlung der Abrüstungsfrage ein und sah in der Lösung, wie sie derartige drastische und einseitige Vorschläge brachten, einen neuen gefährlichen Zustand heraufwachsen. Denn zu den beiden Kriegsausgängen, die dem Gedanken einer künftigen befriedeten Welt feindlich seien, zählte sie — neben dem eines vollen oder halben deutschen Sieges, der die Wiederkehr eines bewaffneten Friedens bedeute — den einer weiten Unterjochung Deutschlands durch die Verbandsmächte. Eine Entwaffnung Deutschlands *allein* bedeute eine neue autokratische Militärregierung, denn dann würde alle Politik der Aufrechterhaltung des neuen Machtverhältnisses, der Sicherung derartiger Früchte der Eroberung untergeordnet sein.

Konkrete Grundsätze, nach denen die Rüstungen begrenzt, vermindert oder ganz abgeschafft werden sollten, wurden, soweit mir bekannt geworden ist, nirgends aufgestellt.

Völkerbund.

Neben Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanken wurde als drittes Mittel zur Förderung eines dauernden Weltfriedens ein Völkerbund vorgeschlagen. Doch begegnet uns diese Formulierung ganz zu Anfang des Krieges noch nicht. Sprach man von der „unsicheren Gleichgewichtspolitik", die immer zwei feindliche und einander mißtrauisch gegenüberstehende Gruppen schaffe, so tauchte dabei der „Vorschlag einer europäischen Partnerschaft, welcher beide Gruppen in Zukunft angehören müßten", auf, oder man ersehnte: „den Sieg der Volksfreiheit, der Einheit und Autonomie der Nationen im friedlichen Verbande der Vereinigten Staaten Europas und der Welt". Gedanken in dieser Richtung hatte, wenn auch noch unbestimmt, Grey noch in den letzten Julitagen 1914 geäußert:

> „Wenn es möglich ist, den europäischen Frieden zu wahren und die jetzige Krise ungefährdet zu überstehen, wird es mein Bestreben sein, eine Vereinbarung anzubahnen, an der Deutschland sich beteiligen könnte, und die ihm die Zusicherung gäbe, daß es keinen Angriffskrieg, keine feindlich gerichtete Politik gegen sich oder seine Verbündeten von Frankreich, Rußland oder uns selbst, sei es gemeinsam oder gesondert, zu befürchten hat. Dies habe ich erstrebt und habe, soweit ich konnte, während der letzten Balkankrise darauf hingearbeitet. Und da Deutschland ähnliche Zwecke verfolgte, besserten sich unsere Beziehungen zusehends. Der Gedanke war bisher zu utopisch, um ganz bestimmten Vorschlägen zugrunde gelegt zu werden. Wenn aber die jetzige Krise, die weit verhängnisvoller ist als irgendeine, durch die Europa seit Generationen erschüttert wurde, ohne ernste Folgen überwunden sein wird, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß das Gefühl der Erleichterung und Entspannung, das sich alsbald zeigen wird, eine entschiedenere Annäherung zwischen den europäischen Mächten ermöglichen wird, als bisher zu erzielen war."

Diese geschichtliche Äußerung Greys, der bei solchen Hoffnungen freilich selbst etwas utopisch über Persönlichkeiten und Hemmnisse wie Poincaré und den Panslavismus hinweggeglitten war, wurde in einer Flugschrift der U. of D. C., die natürlich ihrerseits eine deutlichere Sprache spricht,

geschickt als Beleg für eigene Wünsche angeführt [73]). Sie selbst forderte in ihrer ersten Flugschrift, daß:

„die Außenpolitik Großbritanniens nicht mehr in der Schaffung von Bündnissen zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Mächte bestehen, sondern gerichtet sein soll auf gemeinsames Handeln der Mächte, auf die Gründung eines zwischenstaatlichen Rates, dessen Beratungen und Entschließungen öffentlich sein sollen, verbunden mit einer Einrichtung zur Sicherung zwischenstaatlicher Abkommen, die einen Dauerfrieden verbürgen".

Die eigene Methode der U. of D. C., derartige Vorschläge zur Erörterung zu stellen, sollte wohl den Anfang zur Verwirklichung einer ihrer wichtigsten Forderungen bilden, nämlich: daß die Grundlage einer konstitutionellen und demokratischen Regierung öffentliche Erörterung sein sollte. Da sie die Geheimdiplomatie als die Hauptschuldige am Weltkrieg ansah, forderte sie die Regierung immer wieder zur öffentlichen Erörterung heraus. Sie hoffte gewiß dazu beizutragen, künftige Enttäuschungen unwahrscheinlicher zu machen. Denn in einer ihrer Flugschriften fügte sie ahnungsvoll und in Kenntnis der treibenden Kräfte bei Friedensschlüssen ihren Vorschlägen hinzu:

„Wir wissen nicht, welche Umstände beim Friedensschlusse herrschen mögen. Wir können nicht den diplomatischen oder Klassendruck abschätzen, der, selbst durch unsere Verbündeten, aufgewandt werden kann, in selbstischer oder unkluger Weise die Entscheidungen zu beeinflussen. Vielleicht kann unser eigenes Volk überredet werden, diese uneigennützigen Ideale irgendwelcher Umstände wegen zu vergessen. Mögen diese Grundsätze nicht damit enden, daß sie nur eine Täuschung sind, um das Volk zu hypnotisieren und zu mißleiten [74])."

In dem Bestreben, das Ideal nicht in Vergessenheit zu bringen, es im Gegenteil tief in die Reihen des Volkes hineinzutragen und so seiner Verwirklichung näher zu bringen, brachten Flugblätter und Artikel im „Labour Leader" lange Ausführungen. Wie man arbeitete, möge beispielsweise eine Aufforderung im Anzeigenteil der „Nation" — in deren redaktionellen Spalten auch Werbeschriften der Vereinigung Eingang fanden — in ihren Ausgaben vom 2. und 9. 9. 1916 zeigen. Man liest dort:

Vorträge:

„Die Grundlagen eines dauernden Friedens.

Schwierige Fragen: Neutralität, Heiligkeit der Verträge, Gleich-

73) Flugschrift Nr. 6 der U. of D. C. (The National Policy.)

74) Ebenda.

gewicht der Macht (einer wirklichen europäischen Partnerschaft, Asqu.), Errichtung eines internationalen Rates, Demokratische Kontrolle, Regelung der Rüstungen, Freihandel, Politik der offenen Tür.

Liberale, radikale und fortschrittliche Verbände, Jungliberale, Handelskammern, Gewerkvereine, Frauenvereine, Unterstützungsvereine, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die einen Redner zur Behandlung solcher Fragen wünschen, mögen sich an den Verband für demokratische Kontrolle wenden.

Die Redner werden kostenfrei gestellt."

Jenes Wort von der „wahren europäischen Partnerschaft" Asquiths, das auch hier wieder geschickt gebraucht wurde, hatte der Premier bereits am 25. 9. 1914 geäußert:

„Zwischenstaatliches Recht (public right) bedeutet bei einem langsamen und allmählichen Entwicklungsgang (proceß) oder sollte bedeuten: daß an Stelle von Gewalt, miteinander wetteiferndem Ehrgeiz, Gruppierungen und Bündnissen und eines unsicheren Gleichgewichts eine wahre europäische Partnerschaft treten sollte, die aufgebaut wäre auf der Anerkennung gleicher Rechte, und die, von einem Gemeinwillen errichtet, sich Geltung verschaffte [75])."

Am 10. 4. 1916 formulierte er seine Ideen dahin, daß er

„als ein Ergebnis des Krieges einen Grundsatz aufgestellt wissen will, wonach zwischenstaatliche Probleme auf dem Wege freier Verhandlungen (negotiations) zwischen freien Völkern behandelt werden sollen" [76]).

Auch Grey versicherte Edward Price Bell gegenüber am 10. 4. 1916 — entgegen seiner Ansicht, die er in dem bereits erwähnten Briefe an Roosevelt (vgl. S. 37) geäußert hatte:

„Wir glauben an Verhandlungen, wir haben Vertrauen zu zwischenstaatlichen Konferenzen [77])."

Hierbei kam er auf seinen Konferenzvorschlag in den kritischen Vorkriegstagen zu sprechen und betonte, daß eine Konferenz den Streit in sehr kurzer Zeit geschlichtet haben würde. Das Bedauernswerteste von allem aber sei, daß sich mit dem Zerschlagen der Konferenz die Aussicht auf eine dauernde Grundlage für den zwischenstaatlichen Frieden verdunkelt habe.

Zu derartigen ministeriellen Äußerungen nahm die U. of D. C. gerne

75) W. Sp. S. 41.
76) A. O. S. 105/106.
77) W. Sp. S. 192.

Stellung, auch die „Nation" vom 16. 9. 1916 betonte, daß viele verantliche Staatsmänner die einzige Möglichkeit einer erträglichen und gesicherten Zukunft in einem Völkerbunde sähen, der auf gegenseitige Sicherheiten und Vereinbarungen gegründet sei. Grey habe diese Grundsätze ausdrücklich anerkannt, und sowohl er wie Asquith hätten sich verpflichtet, an der Verwirklichung dieser zwischenstaatlichen Vereinigung nach dem Kriege mitzuarbeiten. Es seien natürlich ernste Zweifel da, ob der Wille Deutschlands in diese Richtung gelenkt oder gezwungen werden könne. Könne Deutschland dazu gebracht werden, die Haltung, sich keinem Areopag unterzuordnen und sich nur auf seinen starken Arm zur Wahrung seiner Interessen und Ansprüche zu verlassen, endgültig aufzugeben, dann sei der deutsche Militarismus auf die einzig mögliche Art, d. h. von innen heraus, zerstört.

H. G. Wells legte im „Daily Chronicle" vom 25. 9. 1916 Englands amtliche Völkerbundswünsche dahin aus, die Völker in einer „gemeinsamen Liga des politischen und wirtschaftlichen Friedens" verbunden zu sehen. Diese Deutung war vielleicht die richtigste. Für die englische Regierung bedeutete vielleicht damals schon die „League of Nations" in der Hauptsache ein Einigungsmittel für Europa, denn nach der Katastrophe dieses Krieges war für die Zukunft am Ende eine noch gefährlichere Weltkonstellation zu erwarten, der man nur mit einem im Sinne Englands friedlichen Europa im Rücken gewappnet begegnen könnte. Um dieses Ziel erreichen zu können, mußte man Sieger sein, um als Richter in eigener Sache die gewichtigste Stimme bei der Neuordnung der Dinge in die Wagschale werfen zu können. Dann aber bedeutete der Völkerbund die beste Einrichtung zur Sicherung des vermehrten Besitzstandes der Sieger, des neu zu schaffenden status quo. Während die wahren Verfechter eines Völkerfriedens nicht nur den Frieden der Zukunft malen, sondern ihren Friedenswillen auch sofort in die Tat umsetzen wollten, und darum einen längeren Zermürbungskrieg ablehnten, wollten die verantwortlichen Staatsmänner es anders. Daß Sir Edward Grey weder persönlich noch als englischer Minister daran dachte, das pazifistische Ideal in die Gegenwart hineinzutragen und Friedensvorschlägen und Vermittelungen ein geneigtes Ohr zu zeigen, bewiesen schon seine Ratschläge, die er in jener Mantelnote zum House Memorandum (vgl. S. 4) — niederlegte. Dort wird gleichzeitig mit der Betonung der Niederlage Deutschlands als Endziel, das einen eigentlichen Verständigungsfrieden ausschließt, die Möglichkeit „gefährlicher Friedensbewegungen" erwogen, Minister und Presse müßten daher den gleichen Ton anstimmen und betonen, daß England entschlossen sei, den Verbündeten zu helfen, die Befreiung ihrer Länder, Wiedergutmachung für das geschehene

Unrecht und die künftigen Vorteile zu sichern. Vorher von Frieden zu reden, sei schmachvoll[78]). Auch in seiner Rede auf einem Bankett der fremdländischen Presse am 23. 10. 1916 lehnte er deutlich eine Herbeiführung des Friedens ab. Es heißt dort:

„Ich sehe, daß nicht nur Präsident Wilson, sondern auch Hughes, die sich um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten bewerben, einen Bund unterstützen, der gegründet wurde nicht zu dem Zwecke, den Teilnehmern an diesem Kriege in den Arm zu fallen, sondern zu dem Zwecke, eine zwischenstaatliche Vereinigung für die Zeit n a c h dem Kriege zu schaffen, die das Ihrige tun soll, den Frieden in der Zukunft zu sichern.

Das ist das Werk der neutralen Länder, auf das wir alle mit Wohlwollen und Hoffnung blicken sollten . . .

Die Aufgabe dieses Bundes ist, darauf zu sehen, daß die Verträge gehalten werden, und daß jedes weitere Aushilfsmittel versucht wird, bevor ein Krieg zum Ausbruch kommt[79])."

Außerdem müßten Bestimmungen getroffen und gestützt werden, wodurch es klar würde, daß jede Nation, die von ihnen abwiche, in der ganzen Welt als gemeinsamer Feind der menschlichen Rasse betrachtet werden würde. Zu dieser Rede nahm die „Morning Post" vom 25. 10. 1916 Stellung. Sie lehnte die Idee eines „Völkerbundes", wie sie Grey „leise angedeutet" habe, als „Traum und Täuschung" ab. Man vermutete, daß er diesen „phantastischen Gedanken von Norman Angell habe („The Great Illusion"). Die einzige Gewähr für Englands Dasein sei die Macht, sie zu verteidigen, der beste Weg, Krieg zu vermeiden, auf ihn vorbereitet zu sein. Also ganz der Stil des so verpönten „eisernen Friedens".

Alles bisher Gesagte über pazifistische Ziele Englands, mögen sie von rechts oder von links kommen, zeigt, daß man in England immer und überall sehr real in der lebendigen Gegenwart stand, mochte man für die Zukunft noch so Ideales wünschen. Über die Verschiedenheit der Geistesanlage des Deutschen und des Engländers urteilte interessant der Bischof von Madras in einem Aufsatz über „Indien nach dem Kriege". Er betonte darin die starke Verwandtschaft in der Geistesanlage der Inder und der Deutschen. Beide konzentrieren sich auf Ideale, ergrübelten erste Ursachen, träumten und sähen Visionen. Sie übersähen dabei aber die Zwischenstufen,

78) Grey, „Twenty-five Years". Bd. 2, Kap. 23.
79) W. S. p. S. 205/206.

die zur Verwirklichung der Ideale erforderlich seien. Erörterungen im deutschen Reichstag seien voll glühender Berufung auf allgemeine Weltanschauung. Im englischen Parlament hätte man dafür Gelächter oder eisige Verachtung [80]).

Nur im Hinblick auf diese weltgebietende pax Britannica, diesen „angelsächsischen" Pazifismus, der keine Opfer um der Idee willen zu bringen hätte, muß auch die Auffassung in einem Leitartikel der „Nation" vom 2. 12. 1916 beurteilt werden, der nahezu ungekürzt angeführt werden soll. Es heißt da:

„Wir neigen zu der Auffassung, daß, sobald Deutschland ausdrücklich in die vorbehaltlose Räumung allen besetzten Gebietes und in den Beitritt zu einer Friedensliga einwilligt, die Möglichkeit von Verhandlungen am Horizonte erschienen ist.

Diese beiden Dinge bedeuten das Aufgeben des Militarismus und lassen die Hoffnung aufkommen, in Europa ein besseres System zu schaffen. Wir haben kein anderes Ziel, das des Geistes würdig wäre, mit dem wir in den Krieg traten . . .

Im Europa von 1914 gab es Strömungen, die auf Änderung drängten, die zum Kriege führten, weil das Friedenssystem keinen Weg zur Verwirklichung bot. Jedes Volk hatte das, was die Psychologen einen unterdrückten Wunsch nennen, und jedes wußte: nur Krieg bringt Änderung. Jedes war zu klug, ihn zu verlangen, aber zu unweise, einen aufbauenden Frieden zu schaffen. Friede war gleichbedeutend mit status quo, er bedeutete Verzicht, war auf die Dauer ein zu Negatives, um die Welt zu fesseln, besonders ihren ehrgeizigen Teil — Deutschland.

Die unterdrückten Wünsche brachen ans Tageslicht: Deutschlands Wunsch nach wirtschaftlicher und kolonialer Ausdehnung, Rußlands Ehrgeiz, Konstantinopel zu besitzen, Frankreichs Wille, die verlorenen Provinzen wieder zu erlangen, der Irredentismus der Italiener, Serben, Rumänen und Bulgaren. England allein hatte keine positiven Ziele dieser Art.

Wer die tiefste psychologische Erklärung dieses Krieges in dem Drang nach Wandlung findet, dem drängt sich die Schaffung eines Friedens auf, der diesen Lebensdrang zufriedenstellt. Ein vernünftiges Maß von Änderungen, eine auf dem Völkerbund beruhende Organisation, die notwendige Wandlungen friedlich löst, das brau-

80) Laut Augustheft 1916 des „Nineteenth Century".

chen wir. Das Problem des Friedens kann im persönlichen Leben, in der Industrie, in der inneren Politik und auf zwischenstaatlichem Gebiet nie endgültig durch Zwang, Strafen und Polizei gelöst werden.

Zwei entgegengesetzte Energiearten schufen den Antagonismus zweier Gruppen. Auf der Verbandsseite: Streben nach Zufriedenstellen der Nationalitäten, auf feindlicher Seite: Kräfte, die aus der schnellen Handelsentwicklung wuchsen und wirtschaftliche Ausdehnung forderten. Das große organische Problem ist, eine Art allgemeiner Grundgesetze sowohl für Nationalitätsrechte wie für wirtschaftliche Freiheit festzusetzen. Ein Austausch von wirtschaftlichen Erleichterungen gegen Zugeständnisse der Nationalität wäre möglich.

Die Seemacht kann mit der Landmacht nur auf dieser Grundlage verhandeln.

Ohne allgemeine Zufriedenstellung keine Sicherung des Friedens. Die Sicherheit aber hängt ab von der fruchtbringenden, ungehemmten Verwendung jeder schöpferischen Kraft."

Diese zu friedlicher Entwicklung, zu einem vernünftigen Ausgleich mahnende Stimme war kaum die eines Predigers in der Wüste, dessen Reich nicht von dieser Welt ist, eher die des Klugen, dessen Reich diese Welt ist, und der zum ewigen Frieden aufruft, um sie auch fernerhin zu besitzen.

Zweiter Teil.

Materielle Ziele.

A. Ziele vorimperialistischer Art.

Zu den materiellen Zielen rechnen wir zunächst diejenigen vorimperialistischer Natur, d. h. solche, die man auch im Zeitalter der Kabinettskriege und der Kämpfe um nationale Einheit, da der Blick noch kaum über Europa hinausgerichtet war, hätte aufstellen können.

Es handelte sich um die Frage, wie man die Mittelmächte in ihren Kerngebieten durch Absplitterung von Landesteilen oder gar völlige Aufteilung schwächen sollte, wie man sich die Lösung der Frage des europäischen Gleichgewichts nach dem Kriege vorstellte, welche Kriegsentschädigung man dem Unterlegenen abzufordern gedachte.

Es ist das natürliche Ziel jedes Krieges, den Gegner auf möglichst lange Zeit und in dem Maße unschädlich zu machen, als es dem eigenen wohlverstandenen Interesse entspricht.

Im Anfang des Krieges, als man mit dem Hinweis auf die durch Deutschland verletzte belgische Neutralität Haß und Vernichtungswillen immer wieder aufs neue entfachen konnte, waren auch die Niederschmetterungsideen umso heftiger. Dann traten derartige Erörterungen etwas in den Hintergrund, um gegen Ende 1916, wo „eine unvergleichliche Einstimmigkeit und Bestimmtheit über nationale Ziele herrschte“ [1]), erneut stark hervorzutreten, denn die unerwartet große Widerstandskraft Deutschlands steigerte die Furcht vor dem Unterliegen und ließ es notwendig erscheinen, durch hochgespannte Ziele den Siegeswillen zu festigen.

Unmittelbare Schädigung des Gegners: Deutschland.

Was die gegen Deutschland gekehrten „Abrundungstendenzen“ im Westen betrifft, so hatte hier England selbst kein eigenes Ziel, wohl solche mit Rücksicht auf seine Verbündeten, die aber natürlich als Schwächung des Hauptgegners auch im englischen Interesse lagen. Beschränkte sich dabei das amtliche England auf die bekannten Formeln: Wiederherstellung (Belgien) und Wiedergutmachung (Frankreich = Elsaß-Lothringen), so ging auch hier die öffentliche Meinung weiter. Da es sich darum handelte, den Fall Deutschlands zu einem vollständigen zu machen „vor der Welt sowohl wie vor der Geschichte“, so dachte man, wenn man vom status quo ante redete, nicht nur an Belgien und Nordfrankreich, die sich beide im Augenblick in deutschen Händen befanden. Mit dem moralischen Pathos der Tage des Kriegsausbruchs mochte der Abgeordnete Dickinson am 6. 8. 1916 im Unterhause ausrufen:

> „Wir kämpfen für den status quo, wir kämpfen nicht für irgendeine Gebietsveränderung in Europa nach einer oder der anderen Seite [2]).“

Lord Haldane konnte in einer der Sitzungen des Oberhauses vom 7./10. Januar 1915 bereits offen erklären:

> „Nur ein Sieg, der die Wiederkehr des früheren Zustandes ausschließt, kann als befriedigend gelten [3]).“

---

1) „National Review“ vom Oktober 1916.
2) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1914, Bd. 2, S. 579.
3) Ebenda 1915, Bd. 2, S. 722.

Wollte der Abgeordnete Sir Compton Rickett [4]) in der „Daily Mail" vom 15. 8. 1916 rein deutschen Boden nicht unter fremde Regierungen kommen lassen, so galt ihm diese Forderung doch nicht für die „im letzten halben Jahrhundert annektierten Gebiete". Wenn die „Nation" vom 2. 9. 1916 eine „Regelung der Besitzfragen auf Grund nationaler Bedürfnisse" verlangte, so fügte auch sie hinzu, „wenn auch in begrenztem Umfange".

Was Belgien betrifft, so wurde bereits früher unter einem bestimmten Gesichtspunkt darüber gehandelt. Hier sollen nur die Zielforderungen betrachtet werden, die das englische Interesse an seiner Wiederherstellung verraten. Denn diese wurde nicht verlangt,

> „weil es allein sein Recht ist und aus Mitleid für die ausgestandenen Leiden, sondern um es ganz offen herauszusagen, weil seine Wiederherstellung eine Lebensfrage für England ist. Antwerpen in deutschen Händen ist eine beständige Bedrohung für England" [5]).

Man erinnerte dabei an Kitcheners Wort, daß „die Grenze des britischen Reiches in Europa nicht die Meerenge von Calais, sondern die Maaslinie" sei.

Auch die „Morning Post" vom 6. 7. 1915 hob hervor:

> „Für England steht mehr als ein gegebenes Wort auf dem Spiel. Deutschland in Belgien ist eine derartige Bedrohung, daß die Gefahr eines Krieges kleiner ist als die eines Friedens um solchen Preis. Aus Gründen der Ehre und der Sicherheit kann England keinen vorzeitigen Frieden schließen."

Und die „Pall Mall Gazette" vom 18. 12. 1916 meinte:

> „England müsse auf Tod und Leben kämpfen, daß Belgien und vor allem nicht Antwerpen in die Hand einer großen Flottenmacht geriete."

Daß Belgien eine Gebietserweiterung erfuhr, lag nicht unmittelbar im englischen Interesse. Die Hauptsache war, daß es nicht unter deutsche Botmäßigkeit kam. Sir Compton Rickett (in der „Daily Mail" vom 15. 8. 1916) dachte an „einen Bund der kleinen Staaten, der von Luxemburg bis Dänemark gehen und die Nordsee beherrschen soll" [6]). Als Abschluß dieser Sicherung im Westen malte sich die „Pall Mall Gazette" vom 14. 7. 1916 einen „Anschluß der deutschen Nordseeküste an Holland" aus, „vielleicht" mit Einschluß Bremens. Dafür sollte dann Holland die Scheldemündung an Belgien abtreten, „mit freiem Zugang für Kriegsschiffe nach Antwerpen". Als einzige unmittelbare territoriale Forderung im

4) Ex-Präsident des „National Council of Evangelical Free Churches".
5) „Daily Expreß" vom 10. 4. 1915.

Westen trat gelegentlich auf: Helgoland den Engländern [7])! Auch wenn man nicht an eine Annexion Helgolands dachte, dann doch an die Zerstörung seiner Festungsanlagen, wie aus dem „Nineteenth Century" vom Dezember 1915 hervorgeht. Auch die Vernichtung des Kaiser-Wilhelm-Kanals wurde von demselben Blatt verlangt. Es gab auch Gegner solcher Ziele, selbst im konservativen Lager. So sah Frederic Harrison in einem derartigen Vorgehen die Saat künftiger Kriege [8]). Der „Manchester Guardian" vom 5. 8. 1916 schlug eine Internationalisierung des Kanals vor. Die „Daily Mail" vom 15. 8. 1916 dachte daneben an eine Neutralisierung Hamburgs und der Elbmündung. Überall setzte man da an, wo das deutsche Volksgebiet infolge der Versäumnisse früherer Jahrhunderte schlechte Grenzen besaß, wo eine noch so kleine fremdstämmige Irredenta bestand. So auch an der Nordgrenze. Der liberale Abgeordnete C. F. G. Masterman stellte im „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915 die kategorische Forderung auf: Dänemark erhält Schleswig. Und unter den „Mindestforderungen" seines Kollegen G. G. Greenwood, die in der „Nation" vom 14. 12. 1915 aufgezählt werden, stand ebenfalls: „Lösung der Schleswig-Holsteinischen Frage im Sinne der kleinen Nationen." Dieselbe Auffassung wurde im „Nineteenth Century" vom April 1916 vertreten, diesmal mit einer strategischen Begründung:

„Für Rußland wie für Britannien sei die gründliche Besiegung Deutschlands und die Vernichtung seines maritimen Übergewichts in der Ostsee eine Notwendigkeit. Die dauernde Regelung der Verbandsmächte sollte bestehen in:

1. der Rückgabe Schleswigs an Dänemark,
2. der militärischen Bewachung des neutralisierten Kieler Hafens,
3. der Garantie von Dänemarks Unabhängigkeit und ausreichender finanzieller Unterstützung, um als Hüter der Ostsee seiner internationalen Aufgabe nachkommen zu können.

Arnold Toynbee dachte sich in einem besonderen Kapitel von „Nationality and the War" (Mai 1915) die „Befreiung der Ostsee folgendermaßen:

„1. Selbständigkeit und Besitzstand Schwedens und Norwegens sollten für alle Zukunft von den Großmächten verbürgt werden.

---

6) Derselbe auch in „Contemporary Review", Dezember 1915 (Nr. 383, 1 der N. d. A.)

7) „War Budget" vom 3. 6. 1915. Ein früheres Mitglied des indischen Kabinetts: Sir J. D. Rees. (Nr. 120, 3 der N. d. A.)

8) Dezember-Heft 1915 des „Nineteenth Century".

2. Als Entgelt für diese Bürgschaft sollte Norwegen Rußland erlauben, eine russische Bahn mit russischer Spurweite längs des linken Torneoelufers bis zu einem eisfreien Hafen, Tromsö oder Hammerfest oder beiden, zu führen. Rußland soll volle Zollfreiheit nach England von diesem Hafen aus längs des ganzen Weges haben.
3. Hat so Rußland den eisfreien Hafen, so ist der eigentliche Grund, die finnische Nation zu zertreten, aus der Welt geschafft [9])."

Jedenfalls hoffte der Verfasser dieses Vorschlages zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: „Befreiung" der Ostsee von Deutschland und Verzicht Rußlands auf Konstantinopel.

Was die Ostgrenze des deutschen Reiches anging, so äußerte sich die Regierung überhaupt nicht über eine Lösung der brennendsten und zugleich schwierigsten Aufgabe: der polnischen Frage. Die öffentliche Meinung dagegen tastete auch hier nach den Möglichkeiten. Man konnte es um so ungefährlicher tun, weil von seiten Rußlands ja „wirkliche Freiheit und nationale Einigung" bei Kriegsbeginn den Polen versprochen worden war.

Auf einer Londoner Konferenz der Sozialdemokraten Englands, Frankreichs, Rußlands und Belgiens am 14. 2. 1915 wurde verlangt:

> „Lösung der polnischen Frage in Übereinstimmung mit den Wünschen des polnischen Volkes, d. h. im Sinne einer Autonomie innerhalb eines andern Staates oder im Sinne vollkommener Unabhängigkeit [10])."

In der Julinummer des „Spectator" 1915 schrieb Lord Cromer nur von einem selbständigen Polen. „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915 versuchte, die Erklärung Asquiths „Schutz der kleinen Nationen" so zu deuten, daß er Österreichisch-, Deutsch- und Russisch-Polen unter dem Zaren oder einem von ihm zu ernennenden König vereinigt. Der „New Statesman" vom 27. 11 1915 zählte unter die von den amtlichen Vertretern Englands anerkannten Ziele auch die „Bildung eines geeinigten Polens unter Losreißung der polnischen Gebiete Deutschlands und Österreichs". Er ließ die vor dem russischen Zusammenbruch peinliche Frage offen, ob innerhalb des russischen Reiches. Am 8. Juli 1916 suchte dasselbe Blatt durch Darlegung gewichtiger Gründe vor einem selbständigen Polen zu warnen:

> „Polen existiere nicht als reiner Rassenstaat. Die Lösung des Problems sei durch den Gedanken der Souveränität überschattet.

9) Nr. 87 der N. d. A.
10) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. Bd. 2, 1915, S. 734.

Für Polen bedeute dies, wie für alle anderen Völker, eine polnische Regierung, polnische Gesandte, eine polnische Armee und, falls Danzig an seinen früheren Besitzer zurückfalle, vermutlich eine polnische Flotte. Es bedeute ferner eine polnische Zolltarifreform, einen polnischen König und polnische Währung.

Erhält nun Polen alle diese Dinge, ist es dann irgendwie unabhängiger? Ein Polen, das auf Kosten Rußlands, Deutschlands und Österreichs gebildet wird, müßte diesen mindestens dafür Gewähr geben, daß es unter keinen Umständen die Waffen gegen sie ergreifen würde. Das aber bedeutet, daß eine Liga der Nationen vorbereitet werden muß, die für die Zukunft Polens verantwortlich sein würde."

Wenige erörterten die Frage so gründlich wie der „New Statesman". Die „National Review" vom September 1916 erklärte beispielsweise kurz und bündig: „Preußisch-Polen wird Russisch-Polen einverleibt." Unter Preußisch-Polen wurde dabei die Provinz Posen und ein Teil Westpreußens (Danzig) verstanden. Auch in der Danziger Frage zeigte der sonst Deutschland nicht mit allzu viel Verständnis gegenüberstehende „New Statesman" eine vernünftige Ansicht. In seiner Ausgabe vom 16. 9. 1916 gab er folgendes zu bedenken:

„Danzig ist heute eine deutsche Stadt, trotz Polens wirtschaftlicher und geschichtlicher Ansprüche. Ein polnischer Keil zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland würde deutsches Volksempfinden verletzen. Die Schaffung einer Germania irredenta wäre ein unentschuldbares Verbrechen."

Gar nichts wissen von einem selbständigen Polen wollte das „Nineteenth Century". Im Rahmen eines Planes für einen europäischen Kongreß stellte es in seinem Dezemberheft 1915 für die polnische Frage folgenden Vorschlag auf:

örtliche Selbstverwaltung unter russischem Schutze und der Bürgschaft der Verbündeten.

Es sei widersinnig (preposterous), das alte Königreich Polen wiederherzustellen, da es unmöglich sei, ein wahrhaft unabhängiges und lebensfähiges Polen zu schaffen.

Nach der unbegreiflichen Polenproklamation, die vom Verbandsstandpunkte als „Falle für die Polen" hingestellt werden mußte, äußerte sich die „Times" am 6. 11. 1916 folgendermaßen:

„Die Proklamation des Großfürsten im ersten Kriegsmonat versprach Polen wirkliche Freiheit und nationale Einigung.

Gleichzeitig wurden diejenigen Polen, die österreichische oder

deutsche Untertanen sind, eingeladen, das Risiko des Hochverrates auf sich zu nehmen. (Abschaffung der Grenzen, die seit 1772 den Körper der Nation zerschnitten haben.)

Damit hat Rußland eine Verpflichtung auf sich genommen, die aber auch mindestens moralisch auf allen Verbandsstaaten ruht, die das Versprechen Rußlands mit herzlichem Beifall begrüßt haben.

An der Lösung der polnischen Frage sind alle Verbandsmächte interessiert, und sie sind sich einig, daß sie auf der von Rußland angegebenen Grundlage erfolgen muß."

Ein liberales Blatt wie der „Manchester Guardian" schien keinen Blick zu haben für die politische Torheit der Proklamation. Er meinte in seiner Ausgabe vom 6. November 1916, daß „Polen im Bunde Mitteleuropa eine Schöpfung allerersten Ranges" sei.

Auch das „Memelgebiet" des Versailler Vertrages wurde frühzeitig gefordert, zunächst für Rußland. Im Septemberheft 1916 der „National Review" wurde verlangt:

„eine Grenzberichtigung auf Kosten Ostpreußens: rechtes Memelufer und Zugang zu den masurischen Seen".

Zur unmittelbaren Schädigung des Gegners gehörte aber nicht nur, daß man das deutsche Reich an seinen Grenzmarken beschnitt. Daneben tauchten die viel kühneren Pläne einer völligen „Zerstückelung" auf.

Im Dezemberheft 1915 der „Contemporary Review" glaubte der liberale Abgeordnete, nonkonformistische Führer und Mitglied des Staatsrates (Privy Council), Sir Compton Rickett, durch ein „Zurückdrängen des deutschen Heeres aus Frankreich und Belgien über den Rhein hinaus, weit in deutsches Gebiet hinein", Preußen isolieren zu können. Er knüpfte daran die verlockende Hoffnung einer dauernden Spaltung Deutschlands in ein nördliches und südliches Reich. Immerhin schien ihm diese Sache „etwas" verwickelt[11]). Auch im „Nineteenth Century" vom Mai 1916 dachte man daran, Deutschland in eine englische, französische, belgische, russische, ja sogar eine japanische Interessensphäre aufzuteilen. Der Verfasser, Francis Gribble, dessen blühender Phantasie man häufig begegnet, verriet nicht, wie er sich die Verteilung im einzelnen dachte.

Einen schönen Beitrag zur Zerstückelung Deutschlands, ganz napoleonischen Geistes würdig, lieferte H. H. Johnston, Gouverneur von Zentralafrika und Uganda, im „New Statesman" vom 22. 7. 1916. Bezüglich

11) Nr. 383, 1 der N. d. A.

des Verhältnisses zwischen Bayern und Preußen wußte er folgendes zu sagen:

„Bayern sei nach Natur und Rasse viel enger mit Österreich als mit Preußen verbunden. Schlösse es sich an Österreich an, so könnte es mit der Zeit zu England in das Verhältnis ehrenvoller Freundschaft gelangen.

Auch Württemberg wurde zum Abfall aufgefordert:

Es sei durch Blutsverwandtschaft mit dem englischen Königtum verknüpft. Von Tübingen und Stuttgart kamen viele bemerkenswerte Bahnbrecher des britischen Reiches in Afrika, Indien (Krapf, Rebmann, Karl Mauch). Sachsen habe versucht, sich von den preußischen Grausamkeiten fernzuhalten.

Und die große, einladende Geste zum Schluß:

Österreich müsse sich aufraffen, den preußischen Teufel abzuschütteln und die süddeutschen, d. h. die wirklich deutschen Staaten zu einem Bündnis einzuladen. So könne das deutsche Reich der früheren Jahrhunderte wieder erstehen. Dazu käme dann noch ein wiederhergestelltes Königreich Hannover und eine größere Republik Hamburg."

Auch der „Spectator" vom 4. 11. 1916 drohte den deutschen Bundesstaaten mit dem Verluste ihrer Souveränität, wenn sie sich nicht beizeiten lossagten.

Es waren immerhin nur Einzelne, die sich zu solchen uferlosen Phantasien hinreißen ließen. Selbst in dem über jedes sinnvolle Erwarten erfolgten Zusammenbruch hat das deutsche Reich seine Einheit gerettet als kostbarstes Unterpfand einer besseren Zukunft.

Österreich.

In zweiter Linie standen die territorialen Schädigungsziele im Hinblick auf Österreich und die Türkei. Doch soll hier nur die Landwegnahme erwähnt werden, die zu irgendwelchen Neubildungen führen sollte, nicht die, die mit Rücksicht auf die Verbündeten gefordert wurde. So ließ H. W. Steed, der lange Vertreter der „Times" in Österreich war und zur Zeit der Forderungen ihr Auslandsredakteur, ein tschechoslavisches Reich erstehen, das

„Böhmen, Mähren und die slovakischen Teile von Ungarn als unabhängiges Reich umfassen soll. Seinen Anschluß an den Welt-

verkehr soll es erhalten durch einen Donauhafen in Preßburg und einen Elbhafen bei Außig“ [12]).

Vom Schicksal der deutschen Teile Österreichs sagte er nichts. Auch der „Daily Telegraph“ vom 13. 6. 1916 (Bernard Pares) hob hervor, daß

„die böhmische Unabhängigkeit eine besonders verheißungsvolle Aufgabe für den Verband sei.

Ein unabhängiges Böhmen bedeute:

1. Trennung der beiden stärksten Gegner Rußlands, Preußen und Magyaren,

2. den Prüfstein für den Bestand Österreichs als einheitliches Staatsgebilde“.

Das ausführlichste Bild von der zukünftigen Karte Österreich-Ungarns entwarf die „National Review“ in ihrem Juliheft 1916. Ihre Forderungen sollten einen Frieden schaffen, der „eine Mitteleuropa-Politik unmöglich“ mache. Daher folgende Bedingungen:

Die österreichischen Staatsteile werden entweder unabhängige Staaten oder an nach Nationalität, Glaube und Sprache gleiche Länder angegliedert.

Galizien könnte, soweit es polnisch ist, dem künftigen Polen angegliedert werden. Das ruthenische Ost-Galizien an das übrige Kleinrußland.

Böhmen wird ein unabhängiger Staat unter Einschluß des tschechischen Teils von Mähren und des slovakischen von Ungarn.

Es entsteht ein unabhängiges Ungarn zwischen Transsylvanien und Österreich.

Das eigentliche Österreich hat weniger Bedeutung. Es besteht allerdings die Gefahr seiner Auffaugung durch Deutschland, die durch die es umgebenden Randstaaten gemildert ist.

England muß Vorkehrungen treffen gegen den Zusammenschluß: Deutschland-Österreich mit dem Magyarentum.

Dachte man hier an die Möglichkeit eines selbständigen Rumpf-Österreich, so glaubten andere, von einem Anschluß Österreichs an das deutsche Reich nur Vorteile für die Verbandsmächte erhoffen zu dürfen:

„Wenn die Ansprüche der Russen, Tschechen und Slovaken befriedigt sind, bleibt noch Ungarn und der deutsche Teil Österreichs.

Ungarn wird ein selbständiger Staat.

---

12) Laut „Edinburgh Review“ vom 9. 10. 1915.

Die deutschen Provinzen werden zu Deutschland streben. Das sollte man unterstützen, um dadurch das katholische und ausgesprochen nicht-preußische Element zu stützen[13])."

Türkei.

Das Schicksal der Türkei sprach sich bei fast allen in dem einfachen Satz aus: Die Türkei hört auf, ein europäischer Staat zu sein; oder wie es der „Daily Chronicle" vom 31. 10. 1914 ausdrückte:

„Jetzt, wo der Würfel gefallen und die Türkei unser Feind ist, ist auch ihr Todesurteil gesprochen."

Asquith selbst gab am 9. 11. 1916 die Begründung für dieses Ziel, indem er hervorhob:

„Die jungtürkische Bewegung habe nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen einer Reorganisation erfüllt. Die Türkei sei in Europa nur ein Fremdling und Eindringling. Soweit sie in Europa regiere, sei sie ein Vasall Deutschlands und nur dessen Interessen und Ambitionen ergeben[14])."

Absicht und Sprache Lord Cromers im „Spectator" vom 4. 11. 1916 ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

„Der Verband will den Islam unabhängig, aber die Türkei wird bestraft wegen ihrer Willfährigkeit und Bestechlichkeit gegenüber dem Tombak-Selbstherrscher in Potsdam."

Wie man sonst noch mit der Türkei umzugehen gewillt war, davon wird noch an anderer Stelle zu berichten sein.

Finanzielle Schädigung.

Von der Türkei als auch von Österreich konnte man bei der geforderten Aufteilung kaum noch eine Kriegsentschädigung an Geld in Aussicht nehmen. Dafür kam vor allem Deutschland in Frage. Trugen die Geldansprüche auch den Namen Entschädigung, so sollten sie doch vor allem eine Schädigung bedeuten.

Wenn die „Financial News" vom 30. 10. 1915 von 3 Milliarden Pfund = 60 Milliarden Mark redete, so war das immerhin eine noch ziemlich bescheidene Forderung neben denen anderer und denen des Versailler Dik-

13) „New Statesman" vom 16. 9. 1916. Vgl. auch „Scotsman" vom 29. 6. 1915. (Nr. 124, 1 der N. d. A.)

14) W. Sp. S. 134.

tates selbst. Warum gerade die Geldfrage wichtig war, darüber gab die „Morning Post“ vom 8. 12. 1915 eine Erklärung:

> Je stärker die englischen und je schwächer die deutschen Finanzen nach dem Kriege seien, um so länger werde ein neuer europäischer Krieg hinausgeschoben werden. Die Finanzfrage sei daher das Wichtigste bei den Friedensbedingungen, ganz besonders die von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen an die von ihm verwüsteten Länder.

Bescheiden muten fürs erste die Forderungen des liberalen Abgeordneten G. G. Greenwood an in der „Nation“ vom 4. 12. 1915. Er wollte wie Masterman:

> 1 bis 4 Milliarden Mark für Belgien.
> 40 Milliarden für Frankreich.

In der „Fortnightly Review“ vom Januar 1916[15]) forderte man außer sonstigen Strafbestimmungen einen Posten von:

> „200 Millionen Pfund = 4000 Millionen Mark Kriegsentschädigung, die zur Hälfte für den Wiederaufbau Belgiens und Serbiens verwendet wird, zur Hälfte an die Verbündeten fällt.“

Und als Sicherheit für die Bezahlung der Kriegsentschädigung und für künftiges Wohlverhalten dachte man sich:

> eine dauernde Beaufsichtigung der deutschen Handelsschiffahrt.

Im März 1916 steigerten schon die „Financial News“ ihre Forderungen auf 5 Milliarden Pfund. Diesmal sagte sie auch ganz deutlich, weshalb die hohe Summe gefordert würde. Deutschland solle nämlich die Kosten der englischen Subsidien an seine Verbündeten tragen:

> „Eine Kriegsentschädigung von mindestens 5 Milliarden Pfund ist eine Lebensfrage für England. Kein Pfennig Kriegskosten darf uns im künftigen Kampf um den Welthandel belasten[16]).“

Der uns bereits wohlbekannte Maulheld Francis Gribble „beschlagnahmte“ in der Mainummer des „Nineteenth Century“ 1916 — da er im Geiste schon die Macht hat — zuerst einmal „das Geld der Reichsbank“ und verlangte insgesamt:

> „schon jetzt eine Kriegsentschädigung von 30 Milliarden Pfund, die unter Umständen auf 60 Milliarden anwachsen kann. Doch nicht einmal die niedrigste Summe könne Deutschland beschaffen, selbst wenn man das gesamte Eigentum in Deutschland, einschließlich des

---

15) Nr. 325, 1 der N. d. A.
16) Ausgabe vom 16. 3. 1916.

Landes, verkaufen und alle Einwohner auf orientalischen Sklavenmärkten als Sklaven verkaufen wollte".

Aber erreichen wollte er die Bezahlung unter allen Umständen. Und deshalb ging es in diesem Tone unaufhaltsam weiter:

„Aber zahlen muß Deutschland, und sollten der Kaiser, der Kanzler oder irgend ein anderer Hohenzoller, v. Bissing, v. Bülow oder wer sonst für die Verbrechen in Belgien verantwortlich ist, nicht mehr als einen Rock jährlich tragen und nicht mehr als eine Mahlzeit täglich nehmen dürfen."

Es ist bezeichnend, daß ein derartig haltloses Gerede selbst in angesehenen Zeitschriften Eingang fand.

Gegenüber diesen in Bausch und Bogen erhobenen Forderungen machte die „National Review" vom Juni 1916 eine „gewissenhafte Aufstellung". Sie schrieb:

„Dauert der Krieg bis März 1917, zahlen Deutschland und Österreich an:

Belgien	500	Millionen Pfund
Frankreich	2500	„ „
Großbritannien . .	2600	„ „
Italien	500	„ „
Rußland	2400	„ „
Serbien	100	„ „
Insgesamt	8600	Millionen Pfund

Auf alle Fälle muß die Summe so groß sein, daß sie nicht in kurzer Zeit abgetragen werden kann[17])."

Es tauchte wohl die Frage auf, ob man solche Riesensummen je von dem erschöpften Gegner werde erhalten können. Gegen so kleinmütige Ansichten wandten sich Auslassungen wie die der „Financial News" vom 10. 7. 16:

„Bei Ausübung eines rücksichtslosen Druckes kann es zu einer Entschädigung kommen, die der Zahlung von 8 Milliarden Jahrestribut gleichkommt. Deutschland erhält nur die unerbittliche Antwort, daß es zahlen muß, und wenn dafür jedes Haus, jeder Acker, die Förderung der Kohlenzechen, jeder Schiffahrts- und Industriegewinn, die Dividende jeder Aktie zwangsweise herangezogen werden müssen."

Die Gerechtigkeit erfordert, festzustellen, daß auch besonnenere Ansichten laut wurden. So äußerte der Abgeordnete J. M. Robertson laut „Mor-

17) Nr. 512, 1 der N. d. A.

ning Post" vom 7. 3. 1916, daß eine allzu große Schädigung Deutschlands nicht richtig sei. Für Belgien und Serbien verlangte er allerdings eine „ausreichende Entschädigung". Diese zu erreichen sei aber nur dadurch möglich, daß Deutschland Handel treiben könne. Dasselbe meinte sogar Francis Gribble, nur entsprach der Ton auch hier seiner sonstigen Ausdrucksweise. Im Maiheft 1916 des „Nineteenth Century" schrieb er, daß Deutschlands Handel zerstören hieße, „die Henne töten, die die goldenen Eier lege zum Nutzen der übrigen Welt". Einen ganz nüchternen Standpunkt nahm der Pfarrer der Londoner Paulskirche, Dr. Inge, ein. Laut „Pall Mall Gazette" vom 10. 8. 16 sagte er:

> „Ich weiß nicht, ob es möglich ist, Deutschland zu beseitigen, ohne damit auch England und Frankreich zu beseitigen. Ist es möglich, so sollte man es tun, denn die Deutschen sind eine Lumpenrasse. Es hat aber keinen Sinn, Europa zu ruinieren, um New York zur Hauptstadt der Welt zu machen."

Wohltuend berührt der sachliche Standpunkt des nichts weniger als deutschfreundlichen „New Statesman". In seiner Ausgabe vom 7. 10. 16 wollte er rein gefühlsmäßige Erwägungen wie Rache und („berechtigte") Entrüstung bei der Neuordnung der Dinge ausgeschaltet wissen. Und was die finanzielle Entschädigung betrifft, so wünschte er, daß der Verband nicht mehr fordern dürfe, als in einer gegebenen Zeit geleistet werden könnte. Eine Zeitgrenze müsse daher festgesetzt werden.

Neben die Geldforderung trat schon früh das Verlangen nach Reparationsleistungen in Waren, das bis zu Phantasien von einer völligen Versklavung Deutschlands führen konnte.

Die „National Review" vom Juni 1916 verlangte:

> „Gutmachung sämtlicher Requisitionen von Belgien, Nordfrankreich, Polen und Serbien an Eisenbahnmaterial, Maschinen, Rohstoffen, an Manufakturwaren, Ersatz für Kunstgegenstände, nicht in Bezahlung, sondern in natura."

Im „Nineteenth Century" vom Mai 1916 und im „Daily Chronicle" vom 9. 10. 1916 stellte Francis Gribble in seinen Forderungen wohl das Höchstmaß dessen auf, was möglich ist. Er verlangte:

> „alle aufgehäuften Waren, Kunstschätze der Museen, Juwelen der Juweliere, Depositen der Banken"!

Und außerdem sollten alle Deutschen, von Kaiser und Kanzler abwärts, ohne Erbarmen jedes Pfennigs ihrer Habe beraubt und daran gehindert werden, das Land zu verlassen, bis ihre Schuld bezahlt sei. Ferner sollten

„Schiffe, Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Eisenwerke, chemische Fabriken, Kali, Zucker, Zement usw. unter die Bundesgenossen verteilt werden. Der deutsche Arbeiter, die Mehrheit des Volkes kann dabei nur gewinnen. Sie können auf vernünftige Löhne hoffen, werden vom Zwangsdienst im Heere erlöst sein.

Die deutschen Millionäre sind die Leidtragenden. Die Gewinne der Ballin, Rathenau, Thyssen und Bertha Krupp werden in die Taschen der verarmten Bundesgenossen fließen. Als Aufseher und Abteilungsleiter mögen sie Anstellung finden, wenn sie das wünschen.

Es ist besser für Deutschland, sich dem von den Gläubigern entworfenen Plane des Wiederaufbaus zu unterwerfen, als von der Gemeinschaft der andern Nationen ausgestoßen zu werden, um im eigenen Safte zu schmoren"!

Oder:

„Die arbeitenden Klassen Deutschlands werden auch in Zukunft, und zwar härter als zuvor zu arbeiten haben, aber nicht mehr für deutsche Kapitalisten, sondern für fremde Regierungen. Doch wird ihre Arbeit nicht den Charakter der Strafe tragen. Den herrschenden Klassen aber wird es anders ergehen. Die Personen für Sklavenarbeit müssen sorgfältig ausgewählt werden. Darunter alle Mitglieder von Militär- und Zivilbehörden, . . . alle Journalisten und Agitatoren, die zum Bruch der Haager Konvention gehetzt haben, und endlich alle Personen in hohen Stellungen, die Greuel geduldet haben. Diese Liste wird viele königliche Prinzen, Offiziere (v. Falkenhayn bis Graevenitz), Zivilbeamte und geistliche Würdenträger (Erzbischof von Köln), viele Maulhelden wie Reventlow und Bassermann umfassen . . . usw." („Daily Chronicle" vom 9. 10. 1916.)

Zu diesen Forderungen fügten sich ergänzend die „Bedingungen", die als Bürgschaften für die Ausführung der auf Deutschland liegenden Verpflichtungen von der „National Review" vom September 1916 gestellt wurden, nämlich:

„die Besetzung größerer Teile Deutschlands. In Frage kommen: die Industriegegenden in den rheinischen Provinzen und nördlich der Eifel, die Pfalz und Schlesien, vielleicht Königsberg und Danzig, die Gebiete westlich des Rheines, die Nordseeinseln und die Elbmündung.

In Reserve zu halten bleibt die Wegnahme des gesamten deutschen Eigentums in den Gebieten der Verbandsmächte".

Die Deutschen haben es erfahren müssen, daß die hier angeführten Forderungen an Land, Gut und Geld nicht sehr weit daneben gegriffen hatten, wenn sie auf eigene Faust amtliche Ziele ausdeuteten. Und die in diesem Abschnitte angeführten Landforderungen erstrecken sich dabei nur auf solche Landesteile, die irgendeine Neuschöpfung werden sollten auf der Grundlage des Nationalitätsgrundsatzes. Wie weit das zutraf, darüber wurde schon im ersten Teile dieser Arbeit gehandelt. Welche Forderungen noch mit Rücksicht auf die Verbündeten auftraten, davon soll jetzt die Rede sein.

Ziele mit Rücksicht auf die Verbündeten.

In dem Londoner Abkommen vom 5. 9. 1914 verpflichteten sich England, Frankreich und Rußland, keinen Sonderfrieden zu schließen. Diesem Abkommen trat am 19. 10. 1915 Japan und am 21. 11. 1915 Italien bei. Am 30. 11. 1915 erhielt es folgenden Wortlaut:

> „Die französische, britische, italienische, japanische und russische Regierung verpflichten sich, keinen Sonderfrieden im Laufe des Krieges zu schließen. Tritt der Fall der Erörterung von Friedenszielen ein, darf keine der verbündeten Mächte Friedensbedingungen ohne vorheriges Abkommen mit jedem der andern Verbündeten stellen."

Hier war die Klausel der Friedensbedingungen neu, und so bedeutete diese Londoner Erklärung gegenüber den andern Abkommen eine noch festere Bindung der Verbandsmächte:

> „Durch diese Abmachung wurde das Ende der englischen Insularität ausgesprochen und Friede für England nur möglich als Mitglied des zivilisierten Europa, ohne dabei eigene Interessen besonders im Auge zu haben[18])."

Die britische Diplomatie wurde so notwendigerweise „ein Faden im Knäuel der alliierten Diplomatie"[19]. Auftauchenden Verdacht und sich steigernde Unzufriedenheit zu zerstreuen, kleine Risse in dem Gebäude der alliierten Diplomatie zuzukitten, mußte immer wieder versucht werden, immer wieder mußte man sehen, Zweifelsüchtige von dem Zusammenhalt der Verbündeten zu überzeugen. Als am 23. Dezember 1915 in einer Unterhaussitzung der liberale Abgeordnete Outhwaite feststellte, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten den Beitritt Griechenlands zu der Entente verhinderten, und als der Abgeordnete King

18) „Daily Telegraph" vom 26. 8. 1916.
19) Grey, „Twenty-five Years", Bd. 2, S. 152.

forderte, daß eine einige Politik der Verbandsmächte sehr notwendig sei, bedauerte Cecil diese Bemerkungen: Meinungsverschiedenheiten kämen wohl vor, aber es habe nie eine Differenz gegeben, die die Fortdauer des Bündnisses bedroht habe [20]).

Immer wieder mußte man unbequemen Anfragen ausweichen. So auch gelegentlich einer Friedensinterpellation im Unterhaus am 24. 5. 1916, wo Arthur Ponsonby verlangte, daß:

> „wenn England Verpflichtungen gegen seine Verbündeten übernommen habe, die es zur Weiterführung des Krieges zwängen, so solle das englische Volk erfahren, worin sie beständen. Sei dies nicht der Fall, dann sähe er keine Notwendigkeit zur Fortsetzung des Krieges".

Dieser und einer ähnlichen Frage Macdonald begegnete Sir Edward Grey mit der Ausrede:

> „England sei gebunden, keine Friedensbedingungen außer in gemeinsamem Einverständnis mit den Verbündeten auszusprechen".
>
> „Ich werde nichts über irgendwelche besonderen Friedensbedingungen sagen. Ich werde keine Erklärung über Friedensbedingungen abgeben, bis wir es in Beratung und Übereinstimmung mit unsern Verbündeten tun werden."

Je mehr Bundesgenossen im Laufe des Krieges hinzutraten, umso verwickelter mußten sowohl die Technik des Friedensschlusses als auch die Bedingungen werden. Daß je nach Gunst oder Ungunst der Lage auf den Kriegsschauplätzen bei Versprechungen äußerste Vorsicht angebracht war, hat Grey selbst in seinen Erinnerungen deutlich genug zum Ausdruck gebracht:

> „Niemals fielen Würfel so ungünstig gegen die alliierte Diplomatie, wie im Jahre 1915. Die Deutschen konnten den Bulgaren große und rückhaltlose Versprechungen machen. Die Zentralmächte kämpften gegen die Serben und hatten keine Verpflichtungen gegen die Griechen. Die Alliierten mußten Serbien als einen Verbündeten und Griechenland als einen Freund behandeln. Sie konnten Bulgarien keine Konzessionen auf Kosten und ohne Zustimmung Griechenlands und Serbiens machen, Serbien und Griechenland aber waren zu keinen Konzessionen bereit . . . [21])."

Und wenn er ein andermal sagte:

---

20) Schulth. Europ. Gesch.-Kal. 1915. Bd. 2, S. 889.

21) Grey, „Twenty-five Years", Bd. 2, S. 195/196.

„Die Anziehungskraft eines Versprechens liegt nicht in seinem Inhalt, sondern in der Möglichkeit der Erfüllung[22]),"

so zeigen diese Worte deutlich, daß es für das mächtige England nicht leicht war, einem der Freunde irgendwelche Versprechungen zu machen, da man dabei Gefahr lief, einen andern mißtrauisch zu stimmen. Wurden Aspirationen von England unterstützt, so geschah es im allgemeinen im geheimen, wie die im ersten Teil behandelten Geheimverträge beweisen. Was daher amtliche Äußerungen über positive Ziele in Hinsicht auf die Verbündeten betrifft, so wird man in den Ministerreden vergeblich danach suchen, wenn man von allgemein gehaltenen Phrasen absieht. Sagte beispielsweise Grey in einer Bankettrede zu Ehren russischer Parlamentarier am 19. 5. 1916:

„Die gemeinsame Gefahr, die gemeinsame Sache, die gemeinsamen Anstrengungen werden uns bei Aufstellung der Friedensbedingungen ebenso eng vereinigt finden, wie bei Durchführung des Kampfes. Und wenn der Tag kommt, werden wir es als selbstverständlich betrachten, daß die besonderen Interessen Rußlands und der andern Verbündeten ebenso sorgfältig und in vollem Umfange in Betracht gezogen, beachtet und befriedigt werden müssen, wie unsere eigenen,"

so waren das doch wenig besagende Redensarten. Die Presse stellte daher immer wieder fest, daß man auf Seiten der Regierung über die wichtigsten Dinge schweige. So fragte „Candid Quarterly Review" im Juniheft 1915:

„Fechten wir für Landgewinn für uns selbst oder unsere Verbündeten oder um ein Prinzip für alle? Soweit wenigstens sollte man aus dem Nebel herauskommen . . .

Ist der Sinn des Krieges der, daß wir und unsere Verbandsgenossen ihn so lange fortführen, bis wir einen Vertrag diktieren können, der nicht nur das gemeinsame Ziel erreicht, sondern auch alle Gebietsfragen und Rasseprobleme, die teilweise Jahrhunderte alt sind, in der gewünschten Art löst, so ist dabei wohl zu bedenken, daß die Wünsche der Verbandsgenossen wohl denen der in Betracht kommenden Bevölkerung widersprechen können, und daß die von einer verbündeten Macht gewünschte Lösung vielleicht den Wünschen aller übrigen Verbündeten widerspricht."

Tauchten in der Presse neben vernünftigen Forderungen die wildesten Wünsche auf, wenn es sich um englische Interessen handelte, so herrschte

---

22) Ebenda, S. 197/198.

dagegen bezüglich der Ziele der Verbündeten auch da eine gewisse Vorsicht, besonders in den Blättern, die der Regierung nahe standen.

Denken wir an den italienisch-serbischen Gegensatz hinsichtlich der Aspirationen an der östlichen Adria, an den russisch-englischen bezüglich der Türkei und des Balkans, an den französisch-englischen auf vorderasiatischem Gebiet, so sehen wir, daß kaum einer unter den Verbündeten war, dessen Ziele den Freund nicht irgendwie peinlich berührt hätten.

Was die kleinen Verbündeten betrifft, Belgien und Serbien, so wurde bereits im ersten Teile der Arbeit unter einem bestimmten Gesichtspunkte darüber gehandelt. Auch hier soll von ihnen zuerst die Rede sein, weil man von den Kleinen eher zu sprechen wagte, ohne dabei Gefahr zu laufen, die Großen allzu sehr zu verstimmen oder mißtrauisch zu machen. Dabei lagen bei Belgien die Dinge bedeutend einfacher als bei Serbien.

Belgien.

Wir wissen, daß England vorgab, das hochherzige Opfer bringen zu wollen, so lange zu kämpfen, bis:

> „Belgien in vollem Maße alles, was es geopfert, wieder erlangt habe [23])."

Dieses Ziel, das Asquith am 9. 11. 1914 und am 1. 3. 1915 [24]) in dieser Formel aufgestellt hatte, wandelte er am 10. 4. 1916 als Antwort auf Bethmann-Hollwegs Rede vom 5. 4. 1916 folgendermaßen ab:

> „Die Verbündeten wünschen und sind entschlossen, das alte Belgien wieder erstehen zu lassen. Es darf nicht dauernd unter dem leichtfertigen und verruchten Angriff auf seine Freiheit leiden, und was niedergerissen wurde, muß wiederhergestellt und aufgebaut werden [25])."

In seiner Guild-Hall-Rede am 9. 11. 1916 hob er dann hervor, daß er, was die deutsche Propaganda beträfe, die bei einer Wiederherstellung Belgiens und etwaigen Kompensationen den casus belli für England als erledigt betrachtete und so den Boden zu einem Sonderfrieden düngen möchte, hervorheben müsse, daß England die gleiche Verpflichtung gegen Serbien wie gegen Belgien habe:

> „Von einem Sonderfrieden kann keine Rede sein [26])."

---

23) W. Sp. S. 59.
24) a. a. O. S. 72.
25) a. a. O. S. 107.
26) a. a. O. S. 140.

Zu dieser abermaligen Versicherung Asquiths nahm die „Nation" vom 11. 11. 1916 Stellung. Sie betonte, daß die englischen Staatsmänner verpflichtet seien, dem Volke, das sie zur Anspannung aller Kräfte aufriefen, auch zu sagen, wofür es kämpfe und nicht einen Schritt weiter zu gehen, als bis zu dem Punkte, wo die Anfangsziele des Krieges im wesentlichen erreicht seien.

Die Zielsetzungen der verantwortlichen Staatsmänner beschränkten sich auf die Schlagworte: Wiederherstellung — Wiedergutmachung — Entschädigung. Die öffentliche Meinung dagegen suchte nach weiterer Erklärung, unterstützte die in ihren Augen berechtigten Forderungen der verbündeten Mächte, wies übertriebene Wünsche zurück oder stellte selbst mehr oder weniger vernünftige Forderungen auf, je nach der politischen Einstellung des Blattes.

Der „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915 brachte einen Vorschlag des liberalen Unterhausmitgliedes C. F. G. Masterman über „einen Frieden, um die zukünftige Generation zu schützen". Masterman deutete die offizielle Erklärung Asquiths bezüglich der Räumung Belgiens dahin aus, daß er neben

> „der Wiedererlangung der ungeschmälerten Unabhängigkeit Belgiens, die Wiedergutmachung allen zerstörten Eigentums fordert, Wiederbelebung der belgischen Industrie, volle Entschädigung belgischer Invaliden und Hinterbliebenen von Gefallenen durch ausreichende Summen".

Neben dieser Auslegung ministerieller Andeutungen stand die einfache Forderung der U. of D. C., die uns immer wieder begegnete:

> „Völlige Räumung Belgiens und seine Entschädigung durch Deutschland."

Im Maiheft 1916 des „Nineteenth Century" wurden diese summarisch gehaltenen Wünsche bis ins einzelne ausgeführt:

1. „Wiederherstellung aller in Belgien zerstörten Gebäude,
2. Ersatz für zerstörte Kunstschätze,
3. Bareinlösung des in Belgien in Umlauf gesetzten Papiergeldes,
4. Rückzahlung aller den belgischen Gemeinden auferlegten Kriegssteuern und Geldstrafen,
5. Bezahlung aller erzwungenen Arbeit,
6. Entschädigung der Hinterbliebenen aller durch Deutsche „ermordeten" Personen,
7. Entschädigung für alle durch deutsche Offiziere und Soldaten begangenen Diebstähle,

8. Bezahlung der durch die Verteidigung der belgischen Neutralität der belgischen Regierung erwachsenen Kosten,

9. Bezahlung der dem Handel und Ackerbau zugefügten Schäden."

Neben diese Vorschläge, die sich im wesentlichen auf die Wiederherstellung des ehemaligen Belgien bezogen, traten auch solche, die eine territoriale Vergrößerung Belgiens auf Kosten Deutschlands und wirtschaftliche Erleichterung auf Kosten Hollands vorsahen. Das Dezemberheft 1915 des „Nineteenth Century" brachte in seinem Plane zu einem europäischen Kongreß folgendes vor:

„Belgien darf nicht mit Holland, kann aber mit Luxemburg, nur auf ehrlichen Wunsch beider Völker hin und unter dem Schutz der Belgien umgebenden Staaten, zu denen auch „augenscheinlich" Großbritannien gehört, vereinigt werden."

„Schwierig ist die Lösung der Frage von Antwerpen, das den Zugang zum Kanal nur über holländisches Gebiet gestattet, und noch verwickelter und schwieriger ist die Frage des Handelsverkehrs der Rheinländer nach den Mündungen des Rheins, der Schelde und der Maas."

Für Belgien wurde in demselben Hefte Aachen gefordert. Der „Statist" vom 26. 2. 1916 rollte die Frage der Rheinmündung auf, die

„unter die Kontrolle des Verbandes gestellt werden müsse. Holland könne keinen Schein von Grund dagegen haben, da es die Vergewaltigung Belgiens mit angesehen habe".

Daß man Belgien außer der Zurückerstattung seiner alten Grenzen auf Grund einer „Verständigung" Luxemburg einverleiben könnte, äußerte auch der „New Statesman" vom 16. 9. 1916. Am weitesten verstiegen sich die Wünsche der „National Review" in ihrem Septemberheft 1916, wo Belgien „nach Osten einige Meilen Gebietszuwachs" erhielt, nämlich „Aachen und sein prächtig gedeihendes Nachbargebiet, das zeitweise Belgien einverleibt werden soll" . . .

„Es mag zurückgegeben werden, wenn die Entschädigung rechtzeitig bezahlt ist. Der Anachronismus Luxemburg fällt an Belgien, erhält aber gewisse selbständige Rechte." (10 Millionen Pfund der deutschen Kriegsentschädigung. Außerdem erhält Belgien 100 Millionen Pfund von Deutschland als Strafe wegen Vertragsbruchs und 500 Millionen Pfund als Ausgleich für alle Art Schäden.)

Auch die „Financial News" vom 22. 12. 1916 gab hinsichtlich des Programms, das Lloyd George am 19. 12. 1916 im Unterhaus aufgestellt hatte,

nämlich: complete restitution — full reparation — effectual guarantee [27]), die bündige Erklärung: Belgien erhält Luxemburg. Was Entschädigungen an Belgien auf kolonialem Gebiete betrifft, so war man doppelt vorsichtig. Anregungen in dieser Richtung waren nur ganz vereinzelt und kamen von der Linken. So forderte beispielsweise der irische Sozialist Desmond eine deutsche Kolonie für Belgien [28]).

Serbien.

Mochten die Dinge bei Belgien verhältnismäßig einfach liegen, da hier die Interessen ziemlich gleichgerichtet waren, so stießen bei Serbien und dessen Zielstrebungen nicht nur mehrere Interessen aufeinander, sondern fast jede diesbezügliche Äußerung der Minister erregte heftige Kritik infolge der dauernd schlecht stehenden Balkanunternehmungen. Laut „Near East" vom 4. 6. 1915 tauchte im Juni der Plan einer Dreiverbandskommission zur Lösung der Balkanfragen auf. Ihre Aufgabe sollte sein, alle strittigen Gebiete zu besuchen und die Grenzen im Namen der Dreiverbandsmächte festzusetzen. Italien dürfe dieser Kommission nicht angehören, da es selbst gewisse Balkangebiete beanspruche. Den leitenden Staatsmännern der Balkanstaaten sei dies nicht unwillkommen, da die meisten sich aus Furcht vor den Vorwürfen politischer Gegner nicht zum Losschlagen entschließen könnten. Eine gemeinsame Entscheidung der Dreiverbandsmächte erschiene als höhere Gewalt [29]). Dieser Bericht zeigt deutlich, wie schwer die Lösung der Balkanfrage war, daß diese Schwierigkeiten in der Tat Grund genug abgaben, amtlich so wenig wie möglich zu sagen, sich auf die Formel „Wiederherstellung" zu beschränken oder sich in allgemeinen Versprechungen auf Grund des Nationalitätengrundsatzes zu ergehen. So äußerte Grey am 29. 9. 1915 im Unterhaus:

> „Unsere Politik geht darauf hinaus, eine Übereinkunft zwischen den Balkanstaaten zustande zu bringen, die jedem von ihnen nicht allein die Unabhängigkeit, sondern auch eine glänzende Zukunft sichern soll. Dieses Übereinkommen soll auf dem allgemeinen Grundsatz der Territorialität und der Einheit verwandter Nationalitäten begründet sein. Um diese Übereinkunft zu verwirklichen, haben wir anerkannt, daß die berechtigten Ansprüche aller Balkanstaaten erfüllt werden müssen."

27) W. Sp. S. 249.
28) Laut „Kjöbenhavn" vom 11. 10. 1915. (Nr. 224 der N. d. A.)
29) Nr. 136, 3 der N. d. A.

Er hob noch hervor, daß ein Sieg Deutschlands, dessen Einfluß von Berlin bis Bagdad strebe, für die Balkanvölker nur Unterwerfung und Verlust der Unabhängigkeit bedeute.

In der Presse erhitzte man sich sehr heftig über die Balkanfragen, wie bereits die Auseinandersetzung über den Nationalitätsgrundsatz im ersten Teil der Arbeit zeigte.

Der „Manchester Guardian" vom 15. 6. 1915, der von einer Abordnung aus Kroatien und andern Teilen des künftigen Groß-Serbien zu erzählen wußte, die gekommen war, um die slavische Frage aufzurollen, betonte, daß die Dinge „im Osten bedeutend schwieriger lägen als im Westen". Die kroatische Abordnung verlange:

1. „Befreiung von Österreich,
2. Vereinigung mit Serbien und Montenegro, vielleicht in Gestalt eines Bundesstaates."

Das Blatt meinte dazu, daß das noch anginge, fuhr dann aber fort:

„Aber die Grenzen dieses neuen Staatswesens? Kärnten, Krain, Steiermark, und der Ausgang zum Mittelmeer: Triest, Pola, Fiume? Es würde ein Bund von etwa 12 Millionen Slaven.

Aber wie stellt sich Italien dazu?

All unsere Sympathie kann die Serben nicht in dem entschädigen, worin sie ein heiliges und nationales Ziel ihrer Wünsche sehen."

Sehr viel leichter nahm der „Daily Chronicle" die Dinge. In seiner Ausgabe vom 15. 11. 1915 hieß es:

„Serbien muß unter völliger Entschädigung wiederhergestellt werden."

Das bedeutete aber für das Blatt, daß es

„neben Bosnien und der Herzegowina freien, ausreichenden Zutritt zur Adria und alle serbischen Gebiete Österreich-Ungarns erhalten soll".

Daß die Schaffung eines größeren Serbien notwendig sei, das mindestens Bosnien und die Herzegowina umfassen müsse, betonte auch der „New Statesman" vom 27. 11. 1915 und der bereits erwähnte Sozialist Desmond [30]).

Soweit es sich um die Loslösung Bosniens und der Herzegowina aus dem österreichisch-ungarischen Staatsverband handelte, war man sich einig und sprach sich unumwunden aus, wie man überhaupt immer freier redete, sobald es auf Kosten Österreichs ans Verteilen ging, denn:

---

30) Laut „Kjöbenhavn" vom 11. 10. 1915. (Nr. 224 der N. d. A.)

„die Zertrümmerung der Habsburger Monarchie und ihre Aufteilung nach dem Nationalitätsgrundsatz ist die Voraussetzung jedes dauernden Friedens für die Zukunft. Eine Lösung der Balkanfrage im Sinne des Nationalitätsgrundsatzes ist nicht möglich, so lange Österreich-Ungarn eine Rolle dabei spielt und der Befreiung Serbiens im Wege stehen will“ [31]).

Wurde einmal eine Stimme laut, die die Donaumonarchie nicht auflösen wollte, auch wenn man die Grenzen Serbiens im NW. und W. auf Kosten Österreichs auszudehnen beabsichtigte, so dachte man an diese gelindere Behandlung nur im Falle eines Abfalls Österreichs von Deutschland, und nur mit dieser Hoffnung im Hintergrunde bezeichnete man die Österreicher hin und wieder im Gegensatz zu den barbarischen Preußen als „clean fighters“.

Kam dagegen die Rede auf einen Zugang Serbiens zur Adria, dann begann man vorsichtig zu lavieren, mit dem nötigen Seitenblick auf Italien. Man wurde lehrhaft im Ton:

„Italien muß Serbiens Wunsch nach einem Adriahafen einsehen“ [32]), oder man gab andererseits zu bedenken, daß es „schwierig sei, den Ansprüchen Italiens entgegenzutreten“ [32]).

In seinem 1915 erschienenen Buche „The Balkans, Italy, and the Adriatic“ schlug der Balkansachverständige Seton-Watson, der bekanntlich noch heute serbischer als die Serben ist, nach seiner Karte im Anhang folgende Verteilung vor:

1. Triest als offenen Hafen unter italienischer Oberhoheit und Garantie Europas.
2. Fiume als Freihafen unter serbischer Hoheit.
3. Die Westküste Istriens für Italien nach dem Grundsatz der Nationalität.

Gelegentlich einer andern Auseinandersetzung über dieses Thema hob er das Problem „Mittel- und Ost-Europa“, denen gegenüber hervor, die in der Vertreibung der Deutschen aus Frankreich und Belgien das erste und alleinige Kriegsziel sahen. Kein Zufall habe Preußen, Ungarn, Türken und Bulgaren vereint. Ihr Ziel sei Unterdrückung der slavischen Rasse. Aber das 20. Jahrhundert sei das der Slaven. Daher müsse die Hauptaufgabe des Krieges sein: die Emanzipation der in Süd- und Mittel-Europa verstreuten, unbekannten und vergessenen Slaven. Der Lehre von

31) H. W. Steed im Oktoberheft 1915 der „Edinburgh Review“.
32) „The Statist“ vom 26. 2. 1916.

der Unterdrückung der Rassen müsse die der freien und ungehinderten Entwicklungsmöglichkeit jeder Rasse entgegengestellt werden [33]).

Daneben stand die sachlich und formal vorsichtige Beurteilung der Adriafrage im Dezemberheft 1915 des konservativ-imperialistischen „Nineteenth Century". Als maßgebend für die Beurteilung wurden betrachtet:

1. Lage und Ansprüche Italiens, dessen unvollkommene Einheit, so lange es „Unerlöste" gibt.
2. Das Streben der Südslaven nach staatlicher Einigung und einem Zugang zum adriatischen Meer.
3. Österreich-Ungarn und Deutschland erstreben aus Nützlichkeitsgründen, kommerziellen und strategischen Interessen einen Platz an der Adria.

Durch den „Labour Leader" vom 9. 3. 1916 wurde dann das Wissen um die Tatsache von Geheimverträgen auch in die breiteren Schichten getragen:

„Sir Arthur Evans hat uns mitgeteilt, daß die Teilnahme Italiens am Kriege erreicht wurde durch das Versprechen, im Falle des Sieges ihm weite Strecken Dalmatiens, Österreichs, Karniolas und des Inselreichs Kroatiens, das von Slaven bewohnt ist und einige Hauptzentren der südslavischen Nationalitäten umschließt, zu geben."

Aus dem vorher Gesagten ist ersichtlich, daß man im Ernste nicht an eine Abgabe gerade dieser Gebiete an Italien dachte, denn mag auch nur Seton-Watson als strikter Verfechter einer reinlichen Durchführung des Nationalitätsgrundsatzes auf dem Balkan auftreten, so lag sein Programm doch ganz in der Richtung der englischen Interessen und fand auch in der imperialistischen Presse eine eindeutige Formulierung, wo die Neuordnung Österreichs gefordert wurde, das jeden Wert als Ganzes für Europa verloren habe. Indem Deutschland Österreich als Keil in den Balkan getrieben, habe es den ersten Schritt auf Indien zu gemacht. Ein slavischer Schutzwall müsse dagegen aufgerichtet werden. Dieser aber konnte nur sein:

„die Gründung eines starken südslavischen Staates, der ein ungeheures englisches Interesse ist".

Von dieser Neuordnung, gleichbedeutend mit Aufteilung Österreichs, im Interesse des Nationalitätsgrundsatzes, wollte die „Nation" vom 19. 2. 1916 nichts wissen. Sie sah in der Ausbildung des Prinzips der Autonomie oder des Föderalismus eine Erleichterung des österreichischen Nationalitätenproblems. Und daß in einer bloßen Vervielfachung der kleinen Nationen keine

33) „Morning Post" vom 30. 3. 1916.

Sicherheit gegeben sei für gegenseitige Unabhängigkeit oder ein Nichterliegen unter den Einfluß großer Nachbarn, betonte der „Economist" vom 26. 8. 1916.

Bulgarien.

Solange die Haltung Bulgariens, Rumäniens und Griechenlands unentschieden war, waren die Grenzregulierungsfragen umso schwieriger. Aus einem Briefe Greys an Sir R. Rodd vom 26. 5. 1915 erfahren wir, daß man Bulgarien für seine mögliche Entscheidung für die Entente mit folgenden günstigen Bedingungen locken wollte:

1. „Überlassung jenes Teils von Mazedonien, der Monastir einschließt. (Im Falle, daß Serbien Bosnien, die Herzegowina und einen Teil der Adriaküste erhält.)
2. Überlassung der Enos-Midia-Linie in Thracien.
3. Kavalla, wenn Griechenland Kompensationen in der Gegend von Smyrna erhält [34])."

Die „Fortnightly Review" vom August 1915 versuchte ihrerseits, auch eine Beisteuer zur Lösung der schwierigen Frage zu liefern. Sie wollte zweifelhafte Gebiete dem duldsamsten Staate aushändigen und als den duldsamsten bezeichnete sie Bulgarien. Nur ein Druck von außen könne da Ordnung schaffen, nur Großbritannien als Schiedsrichter handeln, denn:

„augenblicklich sind die Balkanstaaten von gegenseitigem Mißtrauen erfüllt und von der Wolke teutonischer Diplomatie blind gemacht".

Man dachte sich dann die Verteilung so, daß:

Griechenland: Ätolien und Jonien,
Rumänien: Siebenbürgen,
Serbien: Bosnien,
Bulgarien: Thracien und den größten Teil von Macedonien erhält.

In der Note der Entente vom 5. 8. 1915 [35]) sollte Bulgarien von Griechenland das umstrittene Kavalla, von Rumänien den abgetretenen Teil der Dobrudscha erhalten. Letzteres setzte aber ein fertiges Übereinkommen mit dem Verbande und Rumänien voraus.

Als sich dann Bulgarien zum Kriege gegen die Dreiverbandsmächte entschloß, was neue Veranlassung gab zur Verurteilung der britischen Balkanpolitik und den Rücktritt Sir Edward Carsons aus dem Kabinett zur Folge hatte, versuchte die „Daily News" vom 29. 10. 1915 diesen Schritt Bulgariens

34) Grey II, 199.
35) Jagow, „Daten des Weltkrieges", S. 56.

damit zu erklären, daß das Angebot der Verbandsmächte unzulänglich gewesen sei. Der Krieg stellte sich den Bulgaren mehr als ein Kampf zur Befreiung ihrer mazedonischen Stammesgenossen dar als ein Kampf gegen England und Rußland. Ganz anders war der Ton der „Fortnightly Review" vom Dezember 1915. In ihren Augen hatte sich Bulgarien das Recht verscherzt, eine „großmütige Behandlung" zu erfahren. Daher „wird Bulgarien so unter die Balkanstaaten verteilt werden, wie die Verbündeten für gut befinden".

Rumänien.

Rumänien war „klüger". Auch da hatte man immer wieder versucht, seine Unentschlossenheit zu einer endgültigen Entscheidung zu bringen. Man machte ihm klar, daß es

> „sich nur nach der österreichischen Seite hin ausdehnen könne. Wenn Deutschland auf dem Balkan Erfolg hat, muß Rumänien seine Bestrebungen einstellen, ja, es muß mit den angriffslustigen Bulgaren rechnen und mit dem feindlichen Österreich" [36]).

Im Falle, daß es sich für den Verband entschließe, bedachte es Sir J. D. Rees im „War Budget" vom 3. 6. 1915 mit der Bukowina und Siebenbürgen. Daß es Beßarabien erhielte, erschien dem Spender sehr zweifelhaft [37]). Auch der „Statist" vom 26. 2. 1916 stellte die Frage: „Ob Rußland den rumänischen Teil Beßarabiens abtreten wird?" Tastete so die heimische Presse im ungewissen in Fragen, die auch den großen östlichen Bundesgenossen angingen, so erfahren wir durch einen neutralen Balkanberichterstatter sehr viel eindeutiger die Absichten Englands. Er berichtete, daß der Verband Rumänien zu verstehen gegeben habe, daß er zu Opfern bereit sei. England selbst habe dabei einigen einflußreichen Männern der rumänischen Regierung zu verstehen gegeben, daß das mögliche Opfer des Verbandes in der Abtretung des Teiles von Beßarabien bestehen solle, der südlich des Dnjestr und westlich des Kogilnik liegt, und in der Überlassung einer der kleinasiatischen Inseln vor den Dardanellen als Kohlenstation und Stapelplatz. Er brachte die Mission Kitcheners nach dem Balkan damit in Zusammenhang [38]). Die „National Review" vom Juli 1916 wollte Rumänien „Transsylvanien und den Banat geben".

36) „Morning Post" vom 15. 10. 1915.
37) Nr. 120, 3 der N. d. A.
38) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 4. 7. 1916. (Nr. 490, 5 der N. d. A.)

Griechenland.

Griechenland betrachtete man als „den kleinen enttäuschten Staat", wenn auch die Mainummer 1915 der „Fortnightly Review" ihm das ganze Wilajet Aidin mit Smyrna geben und Sir J. D. Rees es zur „Königin des Ägäischen Meeres" erheben wollte, falls es sich für den Verband entschiede. In der bereits erwähnten Note der Entente (oben S. 71) vom 5. 8. 1915 sollte Griechenland in Kleinasien entschädigt werden für die Abgabe von Kavalla an Bulgarien.

Auf dem Balkan standen nicht nur die Interessen der Balkanstaaten selber in heftigem Gegensatz zueinander. Zwei Große, neben den Kleinen, Italien und Rußland, und im Hintergrunde der Allergrößte — England — mußten vorsichtig umeinander herumgehen.

Italien.

Der Geheimvertrag mit Italien, der am 26. 4. 1915 abgeschlossen wurde, versprach dem damit neu hinzutretenden Bundesgenossen:

„Südtirol bis zum Brenner,
Istrien bis Triest,
Dalmatien,
Valona,
Schutzherrschaft über Albanien,
Die Inseln des Dodekanes,
Eine Erweiterung seines Kolonialbesitzes in Afrika,
Einen Anteil an der Kriegsentschädigung."

Welch einen Sturm das Bekanntwerden dieses Geheimvertrags in der Presse auslöste, wurde schon an anderer Stelle hervorgehoben. England hatte ferner Italien Cypern angeboten, ungefähr gleichzeitig aber auch Griechenland. Auf eine Anfrage im Unterhaus, wie es sich mit diesem Angebote an Griechenland verhalte, antwortete Grey am 26. 10. 1915:

„Wir fühlten uns verpflichtet, in der sehr kritischen Lage, in der sich die serbischen Verbündeten befanden, alles zu versuchen, ihnen die einzige Hilfe, die sofort zur Verfügung stand, zu sichern. Die britische Regierung ließ deshalb wissen, daß sie, wenn Griechenland Serbien seine volle und sofortige Unterstützung gegen Bulgarien gewähre, den Griechen Cypern geben wolle.

Da sich Griechenland nicht in der Lage sah, Serbien zu unterstützen, wurde die Bedingung, unter der dieses Angebot gemacht wurde, nicht erfüllt. Das Angebot wurde deshalb hinfällig."

Mit dem Vorschlag, den der Schriftleiter der „Times", Steed, in der „Edinburgh Review" vom Oktober 1915 machte, wonach Italien mit

„den italienischen Gebieten Südtirols,
den Karnischen Alpen,
der Triestiner und istrischen Küste,
der Adriaherrschaft mit Pola, Lissa, Valona,
aber ohne Fiume, das Freihafen werden soll",

bedacht wurde, waren viele Italiener nicht einverstanden, berücksichtige doch dieser Vorschlag nicht die unentbehrlichen strategischen Grenzen [39]). Ein Jahr später wurde in der Oktobernummer derselben Zeitschrift das Trentino, das den österreichischen Keil in der Ebene Turin-Venedig bedeute, als strategische Grenze gefordert. Der Verfasser des Artikels, Harold Cox, sprach Italien auch West-Kärnten als zur Verteidigung notwendig zu. Italien sei im Gegensatz zu Deutschland wohl fähig, Fremdstämmige zu gewinnen. Italiens Ostgrenze dagegen sei nicht so natürlich und daher stark „umstritten". Pola und Triest dürften nicht bei Österreich belassen werden. Der Südslavenstaat mit Serbien, Montenegro, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien und Kroatien sei selbstverständlich. Er bedrohe mit seinen höchstens 12 Millionen Einwohnern das entwickeltere und wohlgerüstete Italien nicht. Der „Daily Chronicle" vom 27. 11. 1915 gab Italien nur Istrien und das Trentino. Dem „Statist" vom 26. 2. 1916 war der Gedanke sichtlich unbehaglich, daß Italien noch mehrere der griechischen Inseln beanspruchen werde. Die Errichtung eines starken südslavischen Dammes gegen germanische Expansionsversuche, der Italien die Adriaherrschaft schenke, indem er ihm Istrien, Fiume, Dalmatien und die Inseln wegnähme, wurde in höhnischem Tone vom „Giornale d'Italia" vom 29. 4. 1916 etwa als Osterei bezeichnet, das der großmannssüchtige „Times"-Redakteur Steed Italien geschenkt habe [40]).

Auch ein Aufsatz im „New Statesman" vom 11. 11. 1916 nahm Stellung zu den italienischen Kriegszielen: die Behandlung dieser Fragen sei ganz zum Monopol der kleinen Nationalisten geworden. Unter den Zielen, die das italienische nationalistische Programm umfaßte, wollte das Blatt als Höchstmaß des Erfüllbaren angesehen wissen:

1. das Trentino bis zu den Ötztaler Alpen,
2. Istrien mit Triest, Pola und Ost-Friaul (Fiume wurde vom „N St." gestrichen.)

39) Nr. 424, 1 der N. d. A.
40) Nr. 425, 1 der N. d. A.

3. Dalmatien, Festland und Inseln von der Velebitkette bis mindestens an die Narenta.

In bezug auf Dalmatien seien Änderungen nicht ausgeschlossen, da es Freunde der südslavischen Sache gegen die Chauvinisten gäbe. Durch die „Morning Post" vom 24. 11. 16 hören wir dann von einer neu gegründeten Britisch-Italienischen Liga. Auf einem Essen der Mitglieder, bei dem die italienischen Minister Carcano und Raineri, der englische Handelsamtsvorsitzende Runciman und Lord Robert Cecil anwesend waren, gab letzterer namens der englischen Regierung folgende Erklärung ab:

„Wir kennen die nationalen Ziele, die das italienische Volk im Auge hat. Wir haben uns vorgenommen, ihre Verwirklichung, wenn wir können, den Italienern zu sichern."

Dieser so bezeichnenden amtlichen Versicherung fügte die „M. P." hinzu:

„Wenn Italien Ambitionen in der östlichen Adria hat, so stehen sie keineswegs mit den Interessen und der Politik Englands in Widerspruch."

Von der italienischen Presse wurde die besondere Bedeutung dieser Erklärung Cecils betont, da das englische Kabinett zum erstenmale diese Ansprüche billige.

Wie die Belege zeigen, hoffte man auf eine italienisch-serbische Einigung in den strittigen Fragen und suchte durch das Eingehen auf dieses Problem zur Verständigung beizutragen. Das Wort Mussolinis: „Die Adria muß militärisch ein italienischer, wirtschaftlich ein italienisch-serbischer See sein", ließ ja die Möglichkeit eines Ausgleichs zu [41]). Die von Italien geforderten kolonialen Kriegsziele stießen entweder auf Ablehnung, oder sie wurden — wie es meist geschah — bei der Erörterung einfach übergangen.

Rußland.

Mit der Sperrung der Dardanellen am 21. Oktober und dem Eintritt der Türkei in den Krieg am 30./31. 10. 1914 trat gleich das Interesse auf den Plan: Was wird aus Konstantinopel? Wird der Drang Rußlands nach dem warmen Meere seine Erfüllung finden? Jener Drang, den der Führer der russischen Kadetten und Berater Sasonows, Miljukow, einmal folgendermaßen formuliert hat:

„Rußland betrachtet die Erwerbung der Dardanellen nicht als Annexion, sondern als die logische und unvermeidliche Folge seiner sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung."

41) Laut „Popolo d' Italia" vom 11. 8. 1916.

Hier war die Sachlage doppelt kritisch, weil die Interessen der beiden größten Rivalen in der an sich so unnatürlichen Entente zusammenstießen. In dieser Frage war die allergrößte Vorsicht geboten. Für Rußland war Konstantinopel nicht nur ein politisch-wirtschaftliches, sondern auch ein religiöses Ziel. England hatte ebenfalls in allen Ostfragen mit dem Eindruck auf seine mohammedanischen Völker zu rechnen. Amtlich wurde lange über die englische Bereitwilligkeit hinsichtlich der russischen Wünsche nichts verlautbart. Erst am 26. 2. 1915 hören wir Grey über die ihm vorliegende Version der Dumarede Sasonows sagen, daß die

> Ereignisse, die sich an der russisch-türkischen Grenze abspielten, Rußland zur Verwirklichung wichtiger wirtschaftlicher Probleme führten, die mit dem Zutritt Rußlands zum offenen Meere verbunden seien.
>
> „Das sind Aspirationen, denen wir durchaus sympathisch gegenüberstehen [42])."

Erst der Geheimvertrag, der im Sommer 1915 zustande kam, gestand eine Besitznahme Konstantinopels durch Rußland zu.

In der Presse finden wir die lebhaftesten Auseinandersetzungen darüber, wie weit man sich hinter das altbekannte Ziel des Bundesgenossen stellen könne.

Ein liberales Blatt wie der „Manchester Guardian" äußerte bereits seine antirussische Stimmung recht kräftig am 3. 8. 1914, also am Vorabend der englischen Kriegserklärung:

> „Helfen wir Rußland, dann stärken wir seine brutale Faust in Finnland. Wir setzen die Macht, die uns in Asien bedroht, dort fest in den Herrschersitz."

In einem stark befestigten Konstantinopel in russischen Händen sah das Blatt die Basis eines Flankenangriffs auf die östliche Handelsroute Englands, und damit eine Drohung, die die englische Bewegungsfreiheit hemme. Auch wurde hervorgehoben, daß in Konstantinopel sehr wenig Russen lebten, und da man bekanntlich den Krieg im Interesse der Nationalitäten führe, könne nur eine Internationalisierung in Frage kommen. Auch vom kirchlichen Standpunkt aus gesehen, habe Griechenland ebensoviel Anspruch auf Konstantinopel wie Rußland [43]).

Die Märznummer 1915 des „Nineteenth Century" stellte fest, daß England nun kein Veto mehr einlege, was es bisher immer getan habe, sobald Rußland seine Hände nach Konstantinopel ausstreckte. Mit dem Dogma,

42) Schulth. E. G. K. 1915. Bd. 2, S. 737.
43) „Manchester Guardian" vom 6. 3. 1915.

in Konstantinopel den Schlüssel der Welt zu sehen, habe man gebrochen. Man fange an, die Politik Rußlands und dessen Volkscharakter zu verstehen. Die konservative Zeitschrift war der Ansicht, daß Konstantinopel in der Hand Rußlands keine Gefahr für England bedeute, sondern eine verwundbare Stelle für Rußland, da sein Besitz viele Besatzungstruppen erfordere. Die russische Politik werde dadurch in friedlichem Sinne beeinflußt. Auch in der „Fortnightly Review" vom April 1915 trat ein „Politikus" für die Besitzergreifung Konstantinopels und der Dardanellen durch Rußland ein, da dieser Besitz Rußland schwäche und verwundbarer mache als bisher:

„Geht Rußland aber zu einer aggressiven Politik über, so kann dies zu einem Verlust Konstantinopels führen, und zwar an eine erstklassige Macht, welche im Besitze dieser Stellung Rußland beherrschen könnte."

Die Schwierigkeiten in der Lösung der Frage wurden auch in der nächsten Ausgabe des Blattes (Mai 1915) hervorgehoben. Rußland sollte sich die ganze kleinasiatische Nordküste des Schwarzen Meeres nehmen von Trapezunt bis Skutari:

„Doch hier beginnnen die Schwierigkeiten. Wer die asiatische Küste des Bosporus besitzt, hat auch den Ausgangspunkt der Bagdadbahn. Diese Unternehmung Deutschlands muß totgeschlagen werden. Hier sind alle europäischen Mächte aufs lebhafteste interessiert. Dieses Problem ist aber auch unauflösbar mit dem Besitze Konstantinopels verknüpft. Rußland kann niemals den Besitz des Bosporus und der Dardanellen einer anderen Großmacht gestatten. Andererseits müssen die Verbündeten und „Europa" verlangen, daß keine Befestigungen an den Ufern der Dardanellen errichtet werden."

Gelegentlich wurde Griechenland erwähnt, so an anderer Stelle in demselben Hefte vom Mai 1915, wo es hieß, daß, wenn Rußland die Nordküste des Schwarzen Meeres übernähme, Griechenland die kleinasiatische Seite übernehmen müsse, selbstverständlich ohne irgendwelche Befestigungen:

„Griechenland ist eine kleine Macht, es ist besonders von der See her verwundbar. Es würde die Dardanellen als der Beauftragte Europas verwalten." So in Kleinasien eingenistet, könnte es sich auch Serbien und Bulgarien gegenüber gefügig zeigen.

Die entgegengesetzte Ansicht trat uns im Dezemberheft 1915 des Nineteenth Century" entgegen:

„Die Dardanellen sind zu wichtig, um sie einer kleinen Macht, etwa Griechenland, in die Hand zu geben."

Bezüglich der Vertreibung der Türken aus Konstantinopel hieß es,

„daß sie eine nie erlöschende Beunruhigung für die britischen und russischen Besitzungen in Asien bedeute."

Konstantinopel den Russen überlassen, hieße, Feindseligkeiten auf dem Balkan verewigen, da niemand es einer wirklichen Großmacht gutwillig überließe. Am wenigsten gefährlich sei es, die europäische Türkei „ähnlich wie Ägypten" zu verwalten, mit dem Sultan als nominellem, dem Zaren als militärischem Oberherrn und Bevollmächtigten des westlichen Europa.

Für das Balkangebiet zwischen der Donau und dem Ägäischen Meer denkt sich der Verfasser eine Ordnung ähnlich wie sie England in Indien und Ägypten hält.

Ein anderer Mitarbeiter der „Fortnightly Review" billigte in der Märznummer von 1916 Rußland als dem Verbündeten, der „mit prächtiger Bravour" seine Rolle spiele, die Erfüllung von Ansprüchen und Wünschen zu. Es sei aber verfrüht, vor dem Siege eine Verteilung der Beute, die Rußland in Zukunft die Überwachung der Dardanellen anvertraue, vorzunehmen, wie es verantwortliche Staatsmänner (Grey) täten (vgl. S. 76). Damit beschwöre man die Gefahr einer Entfremdung irgendwelcher möglichen Bundesgenossen herauf. Daß von dem Abschluß des Geheimvertrags mit Rußland [44]) etwas durchgesickert war, erfahren wir durch den „Labour Leader" vom 2. 3. 1916, wo es heißt:

„Von autoritativer Seite wurde uns mitgeteilt, daß die Dardanellenexpedition unternommen wurde als Ergebnis eines Übereinkommens zwischen Britannien und Frankreich auf der einen Seite und Rußland auf der andern, wonach Konstantinopel Rußland eingehändigt werden sollte."

Zu den eben erwähnten Stimmen traten solche, die Rußland einen Wink zu geben versuchten, seine Wünsche nicht zu hoch zu schrauben. So riet Sir J. D. Rees im „War Budget" vom 3. 6. 1915 dem Zaren, Konstantinopel für eine freie Stadt zu erklären, statt es zu beanspruchen [45]). Die „National Review" vom September 1916 hoffte, daß Rußland keinen Anspruch auf Konstantinopel erheben würde, wenn die Meerengenfrage selbstverständlich im Sinne Rußlands gelöst, d. h. „die Schleifung aller Befestigungen am Bosporus und Hellespont vorgenommen und freie Durchfahrt für Rußland gewährt würden." Die russische Zeitung „Rjetsch" brachte

44) Oben S. 76.

45) Nr. 120, 3 der N. d. A.

am 19. März 1915 eine Auseinandersetzung Miljukows, des russischen Sachverständigen in den Fragen des nahen Orients. Danach war man mit den Äußerungen der amtlichen Blätter Englands und Frankreichs recht unzufrieden, gab sich aber der Hoffnung hin, daß „England sich nach der glücklichen kriegerischen Entwicklung der nächsten Zukunft in die russischen Ziele finden" werde [46]).

Die Schwierigkeiten in der Behandlung der Ostfragen setzten die Regierung immer wieder der peinlichen Lage aus, unbequemen Anfragen ausweichend begegnen zu müssen. Wir erfahren aus der „Morning Post" vom 16. 11. 1916, daß „der Unruhestifter" Phil. Snowden, Mitglied der U. of. D. C., im Unterhaus eine Anfrage betreffs Rußland gestellt hatte, die er dann auch im „Labour Leader", der damals monatelang nicht aus England hinausgelassen wurde, erörterte. Danach hatte er der Regierung vorgeworfen, daß sie den Krieg nicht mehr für Defensiv-, sondern für Offensivzwecke, im Interesse Rußlands, Frankreichs und Italiens führe. Die Regierung lehne es ab, über derzeitige Verpflichtungen gegenüber Rußland Mitteilungen zu machen, aber es sei indirektes Beweismaterial genug da, daß England sich verpflichtet habe, den Krieg fortzusetzen, bis sich Rußland gewisse, langersehnte Gebietserwerbungen gesichert habe. Buchanan, der englische Botschafter in Petersburg, habe Rußland versichert, daß es für seine Verdienste belohnt werden müsse. In der Tat hatte Buchanan am 9. 11. 1916 an einem vom Dumapräsidenten veranstalteten Festabend gesagt:

> „Glauben wirklich die, welche die Lügen der Propheten deutscher Kultur anhören, daß Rußland für die in diesem Kriege gebrachten Opfer keine Kompensationen erhalten wird, wenn die Stunde des Sieges naht?
>
> Ich kann nicht sagen, in welcher Form diese Kompensation gegeben wird, aber ich kann Rußland versichern, daß unter den Verbandsmächten eine solche Solidarität herrscht, daß die nationalen Interessen eines Landes die nationalen Interessen a l l e r geworden sind, und daß der Wunsch, Rußland reich belohnt zu sehen für alle seine Opfer, nirgends einen so lebhaften Widerhall findet wie in England [47])."

Die Erklärung Asquiths vom 9. 11. 1916, daß England der europäischen Türkei ein Ende machen wolle [48]), wurde von der Presse in den meisten

---

46) Nr. 25 der N. d. A.
47) Laut „Nowoje Wremja" vom 10. 11. 1916. (Nr. 627, 1 der N. d. A.)
48) W. Sp. S. 134 ff.

Fällen so ausgelegt, daß sie die Zusage der Bewachung des Bosporus und Konstantinopels durch Rußland bedeute. Als dann am 23. 11. 1916 der russische Ministerpräsident Stürmer zurücktrat und sein Nachfolger Trepow etwas über den Geheimvertrag ausplauderte, nahm die englische öffentliche Meinung allgemein dazu Stellung.

Die „Times" vom 5. 12. 1916 begrüßte „die bestimmte Art" Trepows. Die „Morning Post" erging sich lediglich in einem großen nichtssagenden Wortschwall. Der „Daily Chronicle" versuchte die Verlegenheit dadurch zu meistern, daß er die Erklärung des russischen Ministerpräsidenten einer „herzlichen Aufnahme" in England empfahl. Die Kontrolle der Meerengen sei Rußlands historische Bestimmung. Der Irrtum der englischen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts, Rußland von Konstantinopel fernzuhalten, sei ein für allemal erledigt. Die „Nation" vom 9. 12. 1916 ging näher auf die Rede Trepows ein, in der sie einen doppelten Sinn sah:

> „einmal, daß er sich dem Volke gegenüber von dem Verdachte, Sonderfriedensneigungen wie sein Vorgänger zu haben, reinwaschen wolle,
>
> dann, daß er den Verbandsmächten gegenüber klar zum Ausdruck bringen möchte, daß an eine Abschwächung der Kriegsziele nicht zu denken sei.
>
> Das Schwarze Meer sei Rußlands mare clausum, Vorschläge internationaler Regelung interessieren es nicht.
>
> Was das Abkommen selber beträfe, so stelle es in der entschiedensten Weise Rußlands Recht auf die Meerengen und Konstantinopel fest".

Es gehe aus der Rede deutlich hervor, daß der Verband sich verpflichtet habe, den Kampf so lange fortzusetzen, bis Rußlands Ehrgeiz befriedigt sei. Hätte der Verband ähnliche Abkommen über Polen, die Türkei, die italienischen Ansprüche auf die Adriaküste, die rumänischen auf die Theißlinie, die französischen auf das ganze Reichsland, so bedeute das einen endlosen Krieg, Selbstmord der Zivilisation, Aufruhr der Massen:

> „Keiner dieser Ansprüche war erwähnt in der Formel, mit der Asquith ein friedliebendes Volk der Sache des Verbandes zuführte.
>
> Das Londoner Abkommen muß loyal eingehalten werden, aber der Prüfstein des Erfolges darf nicht die Eroberung dieses oder jenes Landstriches sein."

Die übrigen Zielsetzungen Rußlands, soweit sie englischem imperialistischem Streben zuwiderliefen, sollen später behandelt werden.

Frankreich.

Bei Frankreich lagen die Dinge einfach, so lange „begangenes Unrecht" an ihm wieder gut gemacht werden sollte, und so lange sich seine territorialen Ziele auf europäischem Gebiete amtlich in die bequeme, weil dehnbare Formel fassen ließen: „militärische Sicherheit" oder „Befreiung von der östlichen Bedrohung". Frankreichs Wunsch nach Wiedererlangung Elsaß-Lothringens wurde von fast allen ohne weiteres unterstützt.

Lord Cromer äußerte in der Julinummer 1915 des „Spectator", es sei erwünscht, daß Frankreich Elsaß-Lothringen erhalte. Der irische Sozialist Desmond erklärte am 11. 10. 1915 bündig: Frankreich erhält Elsaß-Lothringen. Sehr bald ging man weiter. Ausgerechnet der bereits des öfteren erwähnte liberale Abgeordnete C. F. G. Masterman deutete im „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915 in einem Artikel „Ein Frieden, um die zukünftige Generation zu schützen", die Erklärung Asquiths: „militärische Sicherheit Frankreichs" so aus:

> „Frankreich erhält Elsaß-Lothringen. Der Rhein muß die natürliche Grenze Deutschlands gegen Frankreich sein oder ein Pufferstaat werden, damit die deutschen Horden nicht wieder wie vor 15 Monaten mordend, brennend und schändend westwärts ziehen können."

Der Führer der Arbeiterpartei, Arthur Ponsonby, wollte diese Friedensvorschläge nicht ernst genommen wissen. U. a. fragte er, mit welchem Rechte Masterman den Franzosen die Rheingrenze (und den Dänen Schleswig-Holstein) geben wolle, wenn er verlange, daß Deutschland kein Land abtreten solle, das von Deutschen bewohnt sei. Äußerungen eines solchen ehemaligen Ministers könnten im Ausland leicht als halbamtlich gelten, und sie trügen nur dazu bei, die extremen Kriegsfreunde in Deutschland zu stärken und den Krieg auf diese Weise zu verlängern [49]). In derselben Ausgabe der „Nation" vom 4. 12. 1915 fanden sich noch mehrere Äußerungen zu den Kriegszielen Frankreichs, u. a. auch eine Zustimmung des liberalen Abgeordneten Greenwood zu dem französischen Wunsche nach Arrondierung seiner Ostgrenzen.

Im „Economist" vom 3. 6. 1916 begegnete uns ein sachlicher und gerechter Vorschlag in der elsaß-lothringischen Frage. Lord Loreburn Brassey gab durch einen Brief an die Zeitung seine Auffassung zu erkennen:

> „Die französischen Wünsche ganz zu erfüllen, würde zu viel Leben kosten.

49) „Nation" vom 4. 12. 1915.

Könnte Frankreich zufrieden sein, wenn es die französisch sprechenden Teile Lothringens bekäme, Deutschland das deutsch sprechende Elsaß?"

Ganz allgemein vertrat er die nüchterne Auffassung:

„Wir wissen nichts über Umfang und Art unserer Verpflichtungen gegenüber unsern Bundesgenossen.

Wir haben uns verpflichtet, keinen Sonderfrieden zu schließen. Sind wir daneben noch verpflichtet, auf bestimmten, besonderen Friedensbedingungen zu bestehen, so kann das bedeuten, daß unser Leben und unser Alles auf dem Spiele steht für die Erfüllung von Plänen, die mit der Politik und den Interessen Englands nicht gleichbedeutend sind, deren Erfüllung Jahre kosten oder gar zum Bankerott führen wird.

Hält die Regierung ein solches Ziel überhaupt für erreichbar oder erreichbar unter weniger schweren Opfern?

Nur das Unterhaus besitzt die Macht, solche Fragen zu stellen und seine Politik nach den Antworten zu richten [50])."

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen, so hatte auf europäischem Gebiete England keine direkten territorialen Ziele, nur den selbstverständlichen Wunsch, den Gegner möglichst weitgehend und dauernd zu schwächen. Es konnte demnach hier, wo keine Nebenbuhlerschaft in den Interessen vorlag, den Wünschen der Freunde wohlwollend gegenüberstehen. Nur war Vorsicht geboten, da sich die Ententegenossen untereinander argwöhnisch überwachten. England spielte die Rolle des Patrons, der jedem seiner Schützlinge die gleiche Zuneigung zeigen mußte, um keinen der auf den Schlachtfeldern so notwendigen Mitkämpfer einzubüßen und sich nicht vielleicht im voraus einen möglichen neuen Bundesgenossen zu verscherzen. Bei der Unterstützung der Verbündeten auf europäischem Gebiet handelte es sich ja in der Hauptsache um die unmittelbare Schädigung des Gegners, nicht etwa um die Aufgabe eigener Wünsche. Konstantinopel und die Meerengenfrage waren dagegen schon keine rein europäischen Angelegenheiten mehr. Hier sowohl wie auf kolonialem Gebiete, wo Grenzfragen des imperialistischen Egoismus hineinspielten, der die „altruistischen" Regungen gegen den Kampfgenossen überschatteten, ging es um englische Interessen.

---

50) Nr. 464, 4 der N. d. A.

Politische Konstellation nach dem Kriege.

Selbstverständlich machte man sich auch schon während der Ereignisse der Gegenwart Gedanken über die mögliche politische Konstellation für die Zeit nach dem Kriege. Man dachte entweder an ein dauerndes Bündnis mit den jetzigen Waffenbrüdern oder an die Aufrechterhaltung der traditionellen Politik der balance of power. Andere, die beides nicht wollten, waren Anhänger des Gedankens einer überstaatlichen Organisation, wie sie im ersten Teil bereits behandelt wurde. Diese Frage der politischen Konstellation, wie sie für Europa selbst und europäische Politik in Betracht kam, erfuhr jedoch keine sehr breite Erörterung, da für England Fragen weltpolitischer Art von weit größerer Bedeutung zu sein schienen. Ob die Bündnisvorschläge, die auftauchten, wirklich ehrlich gemeint waren, ist schwer zu entscheiden, da man oft den Eindruck hat, man sprach deshalb von einer Fortsetzung des Ententeverhältnisses, auch für die „friedliche" Zukunft, weil man damit eine Art offizieller Apologie für die bisherige Politik bringen oder weil man die nun so notwendigen Freunde der treuen Unterstützung Englands versichern wollte, auch für die Zukunft.

So glaubte die „Morning Post" am 9. 2. 16 die Meinung vertreten zu müssen, daß „die Tyrannei Deutschlands auch künftig besser bezwungen werden könne", wenn „die Verbündeten auch im Frieden ihr Bündnis fortsetzten". Auch in ihrer Ausgabe vom 22. 4. 1916 betonte sie, nachdem sie eine „bloße Liga der Nationen" abgelehnt hat, daß England

> „unter dem Zwange der Umstände Partei nehmen und sich entschließen müsse für die Mächte, deren Wünsche und Interessen auf Frieden gerichtet sind. Mit dem traditionellen Gedanken, daß England das ausschlaggebende Gewicht in Europa sei, das sich bald auf die eine, bald auf die andere Seite neige, sei es vorbei."

Auf der liberalen Seite erwog der „Manchester Guardian" am 5. 8. 1916, ob ein künftiger Zusammenschluß zwischen Osten und Westen angebracht sei gegen ein drohendes Mitteleuropa mit seiner Expansionskraft:

> „Ein Zentralreich Österreich-Deutschland als Kern mit den Schutzstaaten Polen, Serbien, Bulgarien, Türkei; das Berliner Reich von Hamburg bis zum persischen Golf, bei der Organisationsfähigkeit Berlins, bedeutet die unbestrittene Herrin der alten Welt. Alle andern würden Satelliten dieses Reiches, England von seinen Dominions abhängig.
>
> Osten und Westen müssen sich auch künftig zusammenschließen, um diesem Ausdehnungsprozeß Widerstand zu leisten."

Als neuer Bundesgenosse, auch für die Zukunft, kam neben den derzeitigen Freunden noch Amerika in Frage. Das „Nineteenth Century" vom Februar 1916 meinte, daß Amerika und England „als Hüter und Verwalter beider Ozeane" den deutschen Kaiser nach dem Verluste der Seeherrschaft zum „Stiefkind des lieben Gottes" machten. Auch der „Manchester Guardian" vom 2. 5. 1916 hob in seinem Leitartikel hervor, daß der Krieg die Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu einem der größten Ziele der britannischen auswärtigen Politik gemacht habe. Ähnlich lautete eine Erklärung, die Balfour am 18. 5. 1916 gegenüber amerikanischen Pressevertretern abgab. Er hob darin besonders den gemeinsamen angelsächsischen Habitus der beiden Schwesterstaaten hervor: die beiden Zweige der englisch sprechenden Völker hätten sich nach der politischen Trennung ganz parallel entwickelt, könnten niemals ihre fundamentale Gleichartigkeit abstreifen, ebensowenig wie Kinder derselben Eltern und der gleichen Erziehung [51]).

> „Wenn in unserer Zeit eine wirkliche Anstrengung gemacht werden kann zur Sicherstellung des dauernden Sieges des angelsächsischen Ideals, so beruht sie darin, daß die großen politischen Gemeinschaften, die es annehmen, zusammenarbeiten . . . Wenn hinter dem Wunsche der englisch sprechenden Völker, den Frieden der Welt und die freie Entwicklung der Völker zu wahren, eine *wirkliche* Sicherheit stehen soll, so *muß* diese Sicherheit im mächtigen Gebrauch der Seeherrschaft bestehen . . . Mir scheint, daß die Lehre, die diejenigen aus der Geschichte ziehen müssen, die Friede, Freiheit und Sicherheit lieben, nicht die ist, daß Britannien und Amerika ihrer Seemacht, die sie besitzen, beraubt werden sollten oder sich ihrer selbst berauben, sondern daß, wenn möglich, diese Mächte organisiert sein sollten im Interesse eines Ideals, das beiden Staaten gemeinsam ist, eines Ideals, von dessen fortschreitender Verwirklichung das Glück und der Frieden der Welt wesentlich abhängen [52])."

Die Einigung mit Amerika würde ja jenes idealistisch motivierte Condominium bedeuten der „angelsächsischen Kulturgemeinschaft, die die privilegierte Menschengemeinschaft ist" [53]). So äußerte auch Lord Milner, der ehemalige Gouverneur von Südafrika, jetzt Mitglied des Kriegskabinetts, zu dem Londoner Berichterstatter der „New York Times":

---

51) W. Sp. S. 294.
52) a. a. O., S. 294/295.
53) Dibelius, „England", Bd. 1, S. 294.

„Eine oberste Zentralgewalt, die die bisherige aus Zuneigung, Kameradschaft und dem Gefühl gemeinsamen Ursprungs zusammengekittete Einheit des Empire noch fester binde, müsse geschaffen werden, ihre Machtvollkommenheit die Gesamtheit der Reichsglieder umfassen. Und dieses britannische Weltreich als geschlossene Einheit mit den Vereinigten Staaten zusammen, beide gleich groß, gleich mächtig, stellten für die Zukunft die besten Hüter des Weltfriedens dar [54])."

Mehr als solchen festen Bündnissen entsprach den englischen Überlieferungen die Politik der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Mächte.

Den Satz von der Notwendigkeit der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts verfocht England seit Beginn des 18. Jahrhunderts. Eine Unterbrechung erfuhr diese Politik durch die Epoche der „splendid isolation", d. h. der bündnislosen Zeit vor 1901. Hinter dieser Lieblingsidee englischer Politik, die nach Shaw „die Brutstätte aller Kriege" ist, stand die schiedsrichterliche Vorherrschaft Englands, das sich als Mandatar in die überlegene Rolle hinein lebte, mit den beiden Wagebalken der festländischen Mächtegruppierungen ganz nach seinem Bedürfnis zu spielen. Noch die „Times" vom 31. 7. 1914 stellte als obersten Grundsatz aller auswärtigen Politik Großbritanniens die Anerkennung der Tatsache hin, daß „England, obwohl Insel, dennoch ein Teil von Europa sei". Und es sei britisches Lebensinteresse, für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts zu kämpfen, weil sonst das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Festland zu seinem Nachteil verändert und es allein der Vorherrschaft Deutschlands gegenüberzustehen haben würde.

Der letzte Träger dieser Politik, Sir Edward Grey, gebraucht in seinen Erinnerungen (I, 5) die Formel:

„Wenn eine Macht oder eine Mächtegruppe den stärksten Block in Europa gebildet hat, so soll sich unsere Politik um den Zusammenschluß der andern Mächte bemüht oder sich auf die Seite der Schwächeren geschlagen haben, um der stärksten Gruppe ein Gegengewicht zu bieten und so das Gleichgewicht in Europa zu wahren."

Warum England zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Gleichgewichtspolitik wieder aufgenommen hat, begründete Spencer Wilkinson in einer historischen Rekapitulation in der „Westminster Gazette" vom 25. 3. 1915 folgendermaßen:

---

54) Laut „Daily Telegraph" vom 3. 7. 1916.

„England ficht für seine nationale Existenz und sein Reich. Der Krieg kam darum nicht so unerwartet, wie viele glauben. Der deutsche Angriff begann vor über 30 Jahren. 1884 annektierte Bismarck Kamerun, Angra Pequena usw., alles Gebiete, wo England wesentliche Interessen hatte. Es kam das Kaisertelegramm an Krüger, der Flottenverein, die Stimmung Deutschlands im Burenkrieg. Darauf kehrten die englischen Staatsmänner zur Politik des Gleichgewichts der Mächte zurück: Abkommen mit Frankreich, Rußland, Japan. Deutschland antwortete mit fieberhaften Rüstungen. So verteidigt sich jetzt England und damit zugleich Frankreich und Rußland [55])."

Das „Nineteenth Century" vom Juli 1916 stellte fest:

„Der Krieg wird so lange dauern, bis Deutschland gelernt hat, daß tyrannisches Überwiegen irgendeines Staates oder irgendeines Staatenbundes unabwendbar in dem übrigen Europa eine Koalition erzeugen wird, vor welcher jede Nation, selbst die stärkste, sich beugen muß."

Daß der Dirigent dieses Koalitionskonzerts England war, ist und sein wird, ist den Anhängern dieser Politik selbstverständlich. Laut „Temps" vom 18. 11. 1916 schickten Asquith und Briand gemeinsam ein Telegramm an den russischen Ministerpräsidenten Stürmer, in dem die Schaffung eines selbständigen Polen im Hinblick auf das künftige europäische Gleichgewicht ins Auge gefaßt wurde, und das daher in dem Satz gipfelte:

„Die wiederhergestellte Einheit Polens wird ein entscheidendes Element des zukünftigen europäischen Gleichgewichts bilden. Das europäische Gleichgewicht ist das eigentliche Kriegsziel des Verbandes. Wenn es Dauer versprechen soll, muß man es auf neuer Grundlage aufbauen, durch Schwächung Preußens in einem völlig umgewandelten Deutschland.

Für die Polen ist die Frage der Beziehungen zu Rußland eine politische und administrative, die der Beziehungen zu Preußen eine Frage des Seins oder Nichtseins [56])."

Wie man im pazifistischen Lager über die Gleichgewichtspolitik Englands dachte, mögen noch einige Belege zeigen. In Flugblatt 2 der U. of D. C. hieß es:

---

55) Nr. 26 der N. d. A.
56) Nr. 624, 14 der N. d. A.

„Es sei daran erinnert, daß in den Vorkriegsjahren die britische Diplomatie an dem Grundsatz des Gleichgewichts der Mächte festgehalten hat, d. h., daß es sein Gewicht in die Wagschale einer Gruppe gegen eine andere warf, die es als feindlich ansah. Wenn ein solches System dazu bestimmt war, den Frieden zu bewahren, so hat es deutlich und nachdrücklich versagt." (Norm. Angell.)

Der „Labour Leader" vom 9. 3. 1916 sagte mißbilligend:

„Die historische Politik Großbritanniens ist, die europäischen Nationen in zwei Gruppen zu spalten. Und das Endziel des Kampfes ist immer die grundsätzliche Verleugnung der Beweggründe für den Krieg."

Auch der „New Statesman" vom 11 .3. 1916 verteidigte zwar die Gleichgewichtspolitik der Vorkriegszeit, hoffte aber, man werde sie durch eine zwischenstaatliche Organisation mit der Zeit überflüssig machen können:

„Es sei außer Zweifel, daß das Volk nahezu mit Einstimmigkeit die Politik der Isolierung Deutschlands mit Rücksicht auf dessen Flottenrüstungen gebilligt hätte. Die traditionelle Politik des Gleichgewichts der Mächte habe jetzt dieselbe Bedeutung wie einst in den Tagen Napoleons. England wird immer jeder Vorherrschaft in Europa feindlich sein."

Der „N. St." hoffte aber, daß durch Schaffung einer übernationalen Organisation eine solche Politik „obsolete" werde. Bis dahin aber, wo „eine wirkliche Vorherrschaft durch Deutschland droht, bleibt England die Politik des Gleichgewichts der Mächte aufgezwungen".

B. Imperialistische Ziele.

Der englische Imperialismus des 20. Jahrhunderts hat als festes Fundament das „handelnde Prinzip" des Puritanismus, des anglisierten Calvinismus, das im Erfolg die Auserwähltheit beweisen will. Dieses Prinzip hatte einst die militärische Machtentfaltung eines Cromwell gebracht, die stehende Kriegsflotte geschaffen, die Seeherrschaft an sich gerissen, das größte Machtgebiet der Welt, den „British Commonwealth of Nations" entstehen lassen [57]). Es wurde bereits zu zeigen versucht, daß

57) „Der Imperialismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie er von Carlyle zuerst gepredigt wurde, trägt durchaus puritanische Züge. Er will nicht nur erobern, sondern auch die ihm vorschwebenden Kulturideen auf der Welt verwirk-

auch britischer Kosmopolitismus nationale Farbe trägt. Die Linien, die man in Großbritannien auch bei pazifistischer Denkweise für die Zukunft festlegt, sind britisch rot gefärbt. Gab es neben den Vertretern eines expansiven Imperialismus wie Cecil Rhodes auch solche, die eine intensive Vertiefung des nationalen Daseins forderten wie die Ruskin, Morris, Burne-Jones, so war für beide Strömungen in ihrer gegenseitigen Erhellung und Vertiefung „Klein-England" sowohl als auch „das größere Britannien" gleichbedeutend mit der Zukunft der Menschheit.

Die ethischen Unterströmungen wurden bereits darzulegen versucht. Jetzt soll nur die Rede sein von dem zweiten Gesicht des englischen Januskopfes, das die imperialistischen Züge deutlich trägt, das zeigt, wohin religiöse Grundsätze ins Politische übertragen führen. Wir werden sehen, daß den kulturellen Zielen ein positives Wollen zugrunde lag, daß die englischen Staatsmänner besonders Asquith, unter oratorisch elastischen Linien ein feststehendes Hegemonieprogramm verbargen.

Aufrechterhaltung der Seeherrschaft.

Der erste Punkt dieses Programms war: Aufrechterhaltung der Seeherrschaft als angeblich defensives Ziel.

Ein Riesenreich wie der British Commonwealth of Nations, dessen Landmassen durch weite Ozeane getrennt und gleichzeitig verbunden sind, betrachtet die Meere als seine Domäne, bedarf der stärksten Flotte als Stütze eines von seinen Kolonien abhängigen Industriestaates, die die Seepolizei zu üben hat und so die Seeherrschaft schützt. Die englische Weltmachtstellung ist kein robuster Bau, sondern ein höchst empfindliches Gefüge, dessen Bestand bei leisester Schädigung an irgendeiner Stelle gefährdet ist, besonders da, wo die strategische Sicherungslinie dünn ist wie bei den entferntesten Tochterstaaten Indien und Australien. So muß nicht nur Europa selbst beständig im Blickfeld britischer Diplomatie liegen, sondern die gesamten Weltverhältnisse. Großbritannien will seine Reichssicherungspolitik nicht als Eroberungspolitik ausgelegt wissen, legt aber seinerseits deutsche nationale Notwendigkeiten als Eroberungsgier und Weltherrschaftswillen aus. Aus dieser ungerechten Einstellung heraus, versuchte man eine grundsätzliche Verschiedenheit des Imperialismus

lichen. Er trägt mit seiner unklaren Mischung von Eroberertum und pazifistischer Kulturmission in allem Wesentlichen noch durchaus das Gepräge der Cromwellzeit." (Dibelius, „England" II, 193.)

glaubhaft zu machen. Die „Empire Day"-Ausgabe der „Times" vom 24. 5. 1916 sagte beispielsweise:

„Alle deutschen Imperialisten sind Macchiavellisten, die einen erfolgreichen, mächtigen, glücklichen Staat wollen. Der deutsche Imperialist will Verbesserung der Behandlung z. B. Preußisch-Polens, nur um Posen ertragreicher zu machen. Deutscher Imperialismus ist auf Autokratie aufgebaut, hat die Grundsätze eines Despoten.

Britischer Imperialismus sieht in den Bürgern kein wertvolles Kapital, kein gutes Menschenmaterial, sondern Männer und Frauen mit eigener Seele.

Deutsche Überlieferung kennt keine bürgerliche Freiheit und sozialen Idealismus, alles ist militarisiert, organisiert. England allein kennt im politischen und sozialen Leben ein Zusammenarbeiten, kennt Individualismus. England kämpft nicht für seine eigenen Zwecke gemeinsamer Selbstverteidigung, sondern um jedem Bürger ein freies, besseres Leben zu gewähren, nicht mit autokratischen Mitteln, sondern mit Selbstverwaltung und freier Vereinigung. Die Zukunft des britischen Reiches liegt in Haus und Herz des Volkes[58])".

Ebenso künstlich und gesucht wie die Auslegung der „Times" mutet diejenige des bekannten Schriftstellers H. G. Wells im „Daily Chronicle" vom 25. 9. 1916 an, wo es hieß:

„Der britische Imperialismus unterscheidet sich durchaus von einem „Expansionsnationalismus" nach Art des deutschen Imperialismus. Er geht nicht darauf aus, zu assimilieren und zu anglisieren. Sein Hauptgedanke ist der Bund verschiedener Völker und Staaten unter einer allgemeinen pax Britannica, er trägt also ein kosmopolitisches Gepräge."

Nach diesen theoretischen Definitionen wollen wir den imperialistischen Geist Britanniens, wie er sich in praxi zeigt, reden lassen. Die „Times" vom 1. 8. 1914 sagte:

„Die Macht, die Frankreich beherrscht, wird Belgien und die Niederlande beherrschen und wird so wie Ludwig XIV. und Napoleon die wirkliche Basis der Existenz des Empire bedrohen, nämlich die englische Seeherrschaft.

58) Nr. 462, 2 der N. d. A.

Die Weite des Ozeans, die uns trennt, ist der klare Beweis unserer Abhängigkeit von der Seeherrschaft. Wir sind verbunden durch Seestraßen, der britische Handel, das Lebensblut unseres Reiches, beherrscht die Wasser des Globus mit einer Schiffahrt, die nicht im entferntesten von irgendeiner anderen Macht erreicht wird.

Die Seeherrschaft ist ein Axiom der britischen Politik gewesen, seit die britische Entwicklung zuerst von andern seefahrenden Mächten herausgefordert wurde. Sie ist heute für uns so lebensnotwendig, wie sie es immer gewesen ist."

Unter aller moralischen Entrüstung der Kreuzzugsritter gegen die Barbaren tauchten oft genug die nüchternen Linien britischen Wollens, die eigentlichen Kriegsgründe, die positiven Ziele auf:

„An erster Stelle kämpft England nicht für Belgien oder Serbien, für Frankreich oder Rußland .... Für England und seinen Herrschaftsbereich kämpfen und bluten seine Söhne." („Times" vom 8. 3. 1915.)

„Unser Land ist nicht aus reinem Altruismus in den Krieg gegangen, sondern weil seine Existenz bedroht war. Das ist es, was in Wahrheit dem „Fetzen Papier" und dem Geschwätz über deutschen Militarismus zugrunde liegt." („Morning Post" vom 17. 3. 1915.)

„Wir verteidigen Belgien, weil es das jenseitige Ufer des Kanals ist und die Mündungen der Schelde und des Rheins überwacht.

Wir sind Verbündete Portugals, weil es uns eine Hintertür nach Spanien offen hält. Wir begönnerten Italien, weil es eine Drohung gegen Frankreich und Österreich-Ungarn bildete.

Wir waren der Pate Japans, weil es eine Fehde mit Rußland hatte und jetzt die Vereinigten Staaten im Auge behält .... Wir mögen manche Völker allezeit und alle Völker eine Zeitlang zum Besten haben, aber wir werden nicht mehr lange alle Völker zum Narren halten." („Labour Leader" im März 1915. Walton Newbold.)

„England bekämpft die Macht, die seine Seeherrschaft in Frage stellt." („Daily News" vom 17. 3. 1915.)

England verteidigte die Machtordnung zur See, die ihm das Übergewicht sichert, denn bei einer Rechtsordnung zur See, die allen gleiche Benutzung der Meere zusichern würde, müßte England alles opfern, was ihm sein nationales und persönliches Leben wert macht, nämlich sein „rule Britannia, rule the waves". Daß sich bei dem Streben nach Aufrechterhaltung der Seeherrschaft der uneingeschränkte Gebrauch der Macht zur

See nicht ganz mit den Interessen der Verbündeten, und vor allem nicht mit denen der Neutralen deckte, wurde wohl anerkannt, aber „England muß vor allem für die Herrschaft zur See sorgen[59])".

Welch ein Widerspruch für uns in den Worten Lord Cromers in seinen „Spectator"-Artikeln „Germania contra mundum", wenn er sagte:

„Wir kämpfen für die Freiheit zur See, nach der die Deutschen zu streben vorgeben. In ihrem Munde ist dieser Ausdruck nur eine Schönfärberei für die Vernichtung der Vorherrschaft zur See, mit welcher unser nationales Dasein steht und fällt[60])."

Doch dem Engländer sind eigene Vorherrschaft und Freiheit der Meere identisch. Ein wirklich freies Meer unter internationaler Herrschaft oder eine Neutralisierung der Meere bedeutete Verzicht auf Seeherrschaft. Und das ist unmöglich, wie Sir Francis Piggot in einer Polemik gegen Norman Angells Aufsatz über die „Neutralisierung der Meere" im „Nineteenth Century" vom August 1915 darlegte, denn Neutralisierung bedeutete:

„1. daß die hohe See den Kriegsschiffen aller Nationen verboten wäre.

2. Sie dürfe von Neutralen nicht zu Kriegszwecken benutzt werden (Munitionslieferung). Der neutrale Handel mit bannfreier Ware könne sich wie im Frieden vollziehen. So bliebe der Krieg auf die Kontinente beschränkt, feindliche Inseln könnten sich nicht beteiligen. England müsse also auf alle Vorteile verzichten, die die Herrschaft zur See ihm gebracht." „Was versteht der Parvenu der hohen See, Deutschland, das für das traditionelle mare liberum kämpfen will, von ihren Überlieferungen!"

Eindrucksvoll verstand Balfour am 4. 8. 1915, dem Gedenktag der englischen Kriegserklärung, die Bedeutung der englischen See- und Flottenmacht ins rechte Licht zu setzen:

„Was wäre die Lage Westeuropas gewesen, wenn die deutsche Flotte in der Nordsee, in der Atlantik und im Mittelmeer triumphiert hätte?

Was würde Englands Lage gewesen sein, wenn Frankreich von England abgeschnitten wäre im Norden, von seinen Kolonien im Süden, wenn kein überseeischer Handel seine Ufer hätte erreichen können....

59) Der Lordkanzler in einer der Sitzungen vom 7./10. Januar 1915. (Laut Schulth. „E. G. K." 1915. Bd. 2, S. 723.)

60) Juli/August-Hefte 1915.

Was wäre Italiens Lage gewesen, inmitten feindlicher Flotten? Die verbündeten Flotten wären niemals die überlegenen geworden, wenn England in einem Augenblick der Blindheit und Torheit (in an unhappy moment of blindneß and folly) sich aus dem Kampfe gehalten hätte. Die ganze Basis der Verteidigung hing demnach von der Tatsache ab, daß die Überlegenheit der Verbandsmächte zur See nur durch die britische Flotte gesichert war [61])."

Die „Westminster Gazette" vom 11. 10. 1915 hämmerte dem Volke ein:

„Kein ernsthafter Schlag kann dem englischen Reiche beigebracht werden, so lange wir die See beherrschen."

Wie bei diesem Gebrauch der Seeherrschaft mit dem Völkerrecht verfahren wurde, ist bekannt. Es ist zum mindesten ehrlich, wenn Grey in seinen Erinnerungen zugibt:

„Das Völkerrecht ist immer sehr dehnbar gewesen. Ein Kriegführender mit einer mächtigen Flotte hat immer noch nach einer Auslegung des Völkerrechts gesucht. Die britische Haltung war nicht immer die gleiche. Wenn wir zu den Neutralen gehörten, bestritten wir das von den Kriegführenden in Anspruch genommene Recht weitgehender Eingriffe . . .

Die „Ordres in Council" bedeuteten unglücklicherweise eine unbedingt notwendige Formalität, um unseren Verfügungen vor britischen Gerichtshöfen Gesetzeskraft zu verleihen, und wir konnten ohne sie nicht auskommen [62])."

Auch das „Nineteenth Century" vom August 1915 stellte ganz nüchtern fest:

„Es besteht die einfache Tatsache, daß die Ausübung der Macht gegen den Feind „Recht" erzeugt gegen diejenigen neutralen Händler, die freiwillig und mit offenen Augen sich in den Bereich dieses Rechts begeben."

Um noch einen dritten Zeugen anzuführen: Major Stuart Murray sagte:

„Völkerrecht gibt es nicht, denn was man fälschlich so nennt, ist bloß internationaler Brauch, und ein Volk, das mächtig genug ist, kann jederzeit einen neuen Brauch hinzufügen. Wir Engländer selbst haben uns am meisten von allen Völkern des Bruches internationaler Abkommen schuldig gemacht. Wir haben oft unsere Seemacht ausgenutzt, um andere Völker überraschend anzugreifen [63])."

61) W. Sp. S. 283/284.
62) Grey, Bd. 2, S. 103/04 und 106/07.
63) In einer Flugschrift der „J. L. P". (Nr. 346, 4 der N. d. A.)

Es würde zu weit führen, wollten wir die neutralen Stimmen anführen, die über die Rechtsbrüche Englands zur See aufklären. Ihre Klagen und ihr Zorn lassen sich in den Satz zusammenfassen, daß wer die Macht hat, sich nicht um andere zu kümmern braucht, daß:

„internationales Recht in englischen Augen nur dann Recht ist, wenn es zu Englands Gunsten spricht. Deckt sich das Recht nicht mit englischen Ansprüchen, umso schlimmer für das Recht" [64]).

Wer die Meere beherrschen will, muß auch die Meeresstraßen besitzen. Und wenn man sie in Wahrheit besitzen will, müssen sie genügend gesichert sein. Daß sich bei Kriegsbeginn die Blicke Englands sofort nach dem nahen Osten richteten, ist umso verständlicher, als dort die wichtigste Verbindungsstraße nach Indien liegt. Der Eintritt der Türkei in den Krieg zog die Dardanellenexpedition nach sich. Da aber England nicht nur ein christlich-europäischer Staat, sondern auch eine mohammedanisch-asiatische Macht ist, mußte der Angriff gegen die Türken dem indischen Moslem, der legitime Sympathie für die Türkei hat, begreiflich gemacht werden. So wird vom „Indiaman" vom 26. 2. 1915 Deutschland als der einzige Feind hingestellt. Der Weg nach Berlin führe nur durch die Dardanellen. England bedürfe einer freundlichen Türkei auf seinem östlichen Hauptverbindungswege, darum könne es das Vorhandensein einer feindlichen Türkei nicht dulden. Der Wechsel im ägyptischen Regierungssystem sei auf die türkische Kanalbedrohung zurückzuführen, ebenso die Vernichtung der türkischen Autorität im Niltal. Was für den Suezkanal richtig sei, gelte auch für die Dardanellen. Englische Schiffe müßten russische Schwarzmeerhäfen erreichen können. Hieraus erkläre sich die Notwendigkeit der Operation:

„Verteidigung sicherte die Suezkanalschiffahrt, Angriff wird die Dardanellenschiffahrt sichern" [65]).

Von dem Hin und Her von Angriff und Verteidigung des Dardanellenunternehmens erhielten wir bereits einen Eindruck bei Behandlung des russischen Zieles: Konstantinopel. Hier sei noch eine Stimme angeführt, die die Meerengenfrage nicht mit Rücksicht auf den Verbündeten aufrollte, sondern im Hinblick auf englische Interessen. Der „Manchester Guardian" vom 3. 9. 1915 sagte:

„Die Erzwingung der Dardanellen ist die beste Verteidigung der englischen Stellung in Ägypten, denn Ägypten ist die verwundbare

64) „Evening Mail" (New York) vom 12. 2. 1916. (Nr. 380, 13 der N. d. A.)
65) Nr. vom 7. 3. 1915 der N. d. A.

Ferse. Eine zerschmetternde Niederlage Rußlands und die militärische Stärke der Türkei würde eine für England gefährliche Lage im Osten erzeugen. Das Hineintragen des Krieges in Feindesland ist das Richtige, daher darf die Expedition nicht als verfehlt betrachtet werden, denn dort wird Ägypten, der Suezkanal und vielleicht Indien selbst verteidigt."

Die „Nation" vom 9. 12. 1916 dachte sich die beste Lösung der Meerengenfrage in der Neutralisierung und Entwaffnung der Meerengen. Gerade weil es ein „Stück Papier" sein würde; das Papier solle wieder einen Umlaufswert gewinnen:

„Die Freiheit der Meerengen ist ein wesentliches Ziel des Verbandes, weil sie die Voraussetzung eines dauernden Friedens ist. So viel sind wir moralisch gebunden für Rußland zu erreichen.

Nur auf internationalen Garantien soll die Freiheit aller Engen und Kanäle der Welt beruhen."

Internationalisierung „aller Engen und Kanäle der Welt" und — stellen wir das Ziel der „Fortnightly Review" vom Januar 1916 — „Internationale Bewachung der Meere durch die verbündeten Flotten" neben das der „Nation", so erhält die erste Forderung durch die zweite ihre typisch englische Deutung.

Beherrschung der Erde.

Um die Herrschaft zur See und die über die verbindenden Wasserwege in Wahrheit zu besitzen, mußte Englands Politik von jeher systematisch auf die Eroberung oder Unterwerfung aller Länder, die die Meeresstraßen, vor allem die nach Indien, flankieren, bedacht sein.

Sogar die Errichtung eines selbständigen böhmischen Staates konnte als erster Riegel vor Indien erscheinen:

„Böhmen ist für Deutschlands Drang nach dem Osten die erste Schranke vor dem Balkan[66])."

Daß „Serbien für die Landverbindung" dasselbe bedeutet wie „der Suezkanal für den Seeweg nach Indien", hob J. L. Garvin in der Aprilnummer 1916 des „United Empire" hervor[67]).

Oder: die Schaffung eines südslawischen Reiches als zweiter Schranke „macht es England möglich, von London nach dem Piräus durch befreun-

66) „Daily Telegraph" vom 13. 6. 1916.
67) Nr. 473, 3 der N. d. A.

dete Länder zu reisen“ [68]). Auf dieser Sicherungslinie folgte als dritter und bedeutendster Sicherungsriegel Ägypten selbst, das den Suezkanal schützt und damit die seit 1918 einzige nächste und kurze englische Verbindungslinie zwischen der östlichen Reichshälfte und dem Mutterlande. Dieser Weg, der mit Bismarcks Worten „wie der Nerv im Genick ist, der das Rückgrat mit dem Gehirn verbindet“, ist darum besonders empfindlich, da in Ägypten die strategische Sicherungslinie zu Lande angreifbar ist. Darum schuf sich England 1906 in der Sinaihalbinsel ein Glacis vor Ägypten und erklärte 1914 (am 17. Dezember) Ägypten als ein aus dem türkischen Reiche ausgeschiedenes Schutzgebiet. Der Türkei war ja „das Todesurteil gesprochen“ [69]), sobald sie sich gegen den Verband entschieden hatte. Jener Erklärung Ägyptens zum englischen Schutzgebiet hatte Grey am 1. 11. 1914 seine Anklageschrift gegen die Türkei vorausgeschickt und sie den auswärtigen Vertretern Englands übermittelt. Es hieß darin:

> „Aber die Intriguen Deutschlands vermögen nicht die Loyalität von 70 Millionen Mohammedanern zu erschüttern, noch die Sympathie der Mohammedaner in Ägypten abzukühlen. Diese können nicht umhin, ein verfehltes Vorgehen zu verachten, das, von fremdem Einfluß ausgehend, unvermeidlich zur Auflösung des osmanischen Reiches führen wird [70])."

Damit war die Auflösung der Türkei offiziell als Ziel gesetzt. Und so sollte die Gefahr, die England von einer mächtigen Türkei hätte drohen können, beseitigt werden, jene Gefahr, die Ellis Barker im Juniheft 1916 des „Nineteenth Century“ folgendermaßen skizzierte:

> „Eine mächtige asiatische Türkei kann nicht nur den Bosporus, die Dardanellen, den Suezkanal, sondern auch den Eingang zum roten Meer bei Aden und den zum persischen Meerbusen bei Maskat beherrschen. Nur das dekadente Persien trennt sie auf eine kurze Strecke von Indien.“

Nun aber rückte die Verwirklichung der lange gehegten Wünsche Englands nahe, nämlich die Herstellung der Landbrücke zwischen Mittelmeer und persischem Golf, also eines noch kürzeren Weges nach Indien.

Ich möchte eine Übersicht über die Politik Englands gegen die deutschen Unternehmungen am persischen Golf um die Endpunkte der Bagdadbahn

---

68) Der bekannte Balkankenner Crawford Price in „Truth“ vom 20. 9. 1916. (Nr. 578, 1 der N. d. A.)

69) „Daily Chronicle“ vom 31. 10. 1914.

70) Schulth. E. G. K. 1914. Bd. 2, S. 600.

im Euphrat-Tigrisdelta, die „The Times History of the war" vom 9. 3. 1915 (Heft 29) brachte, vorausschicken. Dort hieß es:

„Das schlecht verhehlte Ziel der pangermanischen B. B. B.-Bewegung sei der persische Golf gewesen. Englands Widerstand gegen diese Pläne gründeten sich:

1. Auf Deutschlands ungehörige Finanzmethoden.

2. Auf die Tatsache, daß Deutschlands Ziel politisch war, gerichtet auf die Erschütterung des britischen Einflusses im „Mittelorient" und der britischen Vorherrschaft am Golf. Man rühmt sich, den deutschen Bemühungen durch Verträge mit dem Scheich von Koweit zuvorgekommen zu sein. Die dann im September 1906 einsetzende deutsche Schiffahrt der Hamburg-Amerika-Linie blühte auf, und diese Fortschritte bezeichnet England „als die plumpen deutschen Versuche, sich mit hinterhältigen Mitteln am persischen Golfe festzusetzen".

Die Mischung von kaufmännischen Bestrebungen mit politischen Zielen habe die britischen Feindseligkeiten geweckt. England konnte „aus den edelsten Beweggründen" keinen Nebenbuhler dulden, da es ja nur im Interesse der gleichen Möglichkeiten für alle Frieden und Ordnung am Golf aufrechterhalten hatte.

Die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft am Golf bedeutet einen wesentlichen Bestandteil der Verteidigung Indiens. Das indische Volk könne ja beim Hissen einer fremden Flagge auf den Gedanken kommen, es ginge mit Englands Größe und Kraft zur Neige. Im Hinblick also auf die Folgen für Indien muß England seine Stellung am Golf schützen [71])."

Auch die „Morning Post" vom 22. 12. 1915 behauptete, daß „unantastbare Prestigeerwägungen" diese östliche Unternehmung bestimmten. Gleich zu Beginn des Krieges ließ England im Osten die Maske fallen: es besetzte am 21. November 1914 Basra. Damit war der Wille nach dem Besitze Mesopotamiens klar genug ausgedrückt, wenn auch Grey noch am 23. 3. 1915 in einem Brief an Bertie, den englischen Botschafter in Paris, sagte, daß nach dem Verschwinden der Türkei von Konstantinopel und den Meerengen irgendwo ein anderer unabhängiger mohammedanischer Staat entstehen müsse, dessen Zentrum natürlich die heiligen Stätten des Islam sein müßten, wobei Arabien einzubeziehen sei:

---

71) Nr. 43 der N. d. A.

„Was aber sonst noch dazu kommen sollte, darüber waren sich England und Frankreich noch nicht klar: ob Mesopotamien einverleibt oder ob England Anspruch auf diese Regionen erheben sollte [72])."

Über den „unabhängigen mohammedanischen Staat" drückte sich der liberale Abgeordnete C. F. G. Masterman im „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915 rigoroser aus. Er sagte:

„Die Türkei wird in Stücke zerrissen. Armenien, Syrien, Palästina, Mesopotamien und Thracien werden unter diejenigen verteilt, die diese unter fremdem Joch verwahrlosten Gebiete zu neuem Leben erwecken möchten. Die Türken müssen in Mittel-Anatolien eingehürdet werden und arbeiten lernen."

Sowohl Grey als Masterman dachten an ganz Mesopotamien, es begegneten uns auch bescheidener anmutende Forderungen. Einmal im „New Statesman" vom 11. 12. 1915, wo es hieß:

„Aus den zunächst rein militärischen Zielen der Mesopotamischen Expedition ergab sich von allein ein politisches. Durch Angriffe auf das türkische Reich suchte England seinen Feind an einer weitentlegenen Stelle zu schwächen. Seit einem Jahre ist das türkische Wilajet von Basra eine englisch-indische Provinz, die es zu bleiben bestimmt ist."

Auch die „National Review" vom September 1916 beschränkte sich auf die Forderung:

„England erhält die Herrschaft über Süd-Mesopotamien, unterhalb des Zusammenflusses von Tigris und Euphrat."

Wie man sonst über die Zukunft Kleinasiens dachte, möge eine sehr interessante Auffassung eines der uns bekannten Hauptartikelschreiber des „Nineteenth Century", (F. Ellis Barker) zeigen, der im Juniheft 1916 der Zeitschrift die Frage des Schicksals des nahen Ostens in aller Breite aufrollte:

„Kleinasien liegt auf einer der größten Verkehrslinien der Welt. Der strategische und kommerzielle Wert der Eisenbahnen erhöht sich von Jahr zu Jahr. Die asiatische Türkei beherrscht den besten und kürzesten Weg nach Indien und China, sie ist die Straße der Zukunft."

Nach diesem Auftakt wurde hervorgehoben, daß Deutschland beizeiten die Wichtigkeit der asiatischen Türkei erkannt habe, und daß es sich mit der

72) Grey, Bd. 2, S. 230.

Bagdadbahn nicht nur eine wirtschaftliche Position haben schaffen wollen. Dann hieß es weiter:

„Kleinasien, sich selbst überlassen, führe eine gefährliche Spannung der verschiedenen Nationalitäten herauf, ähnlich wie auf dem Balkan. Auch seine Aufteilung sei keine ideale Lösung, könne sie doch den Anlaß zu einem Kampfe zwischen England und Rußland um die Beherrschung der asiatischen Türkei werden.

Eine Lösung sah der Verfasser darin, daß man sie zu einem starken, unabhängigen, gut regierten Pufferstaat mache.

„Welcher Staat soll dabei die Rolle des Vormundes, des Hüters (guardian) der Neutralität übernehmen?"

Rußland müsse in diesem Falle auch das Hinterland haben, „ein großes und gefährliches Unternehmen, das unberechenbare Folgen für Rußland selbst und die Welt haben könnte". Griechenland hat nur Ansprüche auf Smyrna. Italiens Sphäre umfaßt außer Rhodos noch den Golf von Adalia.

Frankreich hat starke historische und wirtschaftliche Ansprüche auf Syrien und Cilicien. Großbritannien hat wichtige Ansprüche auf Mesopotamien und den persischen Golf wie auch auf Arabien. Doch habe Großbritannien keinen Nutzen von dem Hüteramt außer dem des Friedens. Seine Tätigkeit zum Wohle Europas würde ohne Nutzen für es selbst sein. Die Türkei aber muß die Kunst des Regierens gelehrt werden, das aber versteht niemand besser als Großbritannien. Eine englische Vormundschaft würde natürlich französisches, russisches, italienisches und griechisches Kapital und Arbeit nicht hindern, an der Regierung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilzunehmen, in Übereinstimmung mit der durch die europäischen Mächte vereinbarten und durch Großbritannien ausgeübten Politik.

Käme es zu keiner Einigung, dann würde es nötig, die asiatische Türkei in Einflußsphären zu verteilen. Die Türken selbst würden auf ein kleines Gebiet in Zentralkleinasien beschränkt. Von der See abgeschnitten und ohne natürliche Hilfsquellen, könnten dann die paar Millionen Türken ihre Unabhängigkeit nicht lange wahren. Dann müßte eben die Türkei unter die Mächte verteilt werden. Großbritannien würde dann die Kontrolle Mesopotamiens und Arabiens als seinen Teil beanspruchen.

Die Oberhoheit über Mesopotamien und den persischen Golf wäre eine Notwendigkeit für das britische Reich, und zwar aus

strategischen und wirtschaftlichen Gründen. Dem übervölkerten Indien sei in Mesopotamien ein Ausweg gegeben, unbegrenzte landwirtschaftliche Möglichkeiten eröffneten sich da. Die Oberaufsicht dachte sich der Verfasser in Form einer Finanzkontrolle. „Ein Condominium hat sich immer als Fehlschlag und Gefahr erwiesen. Nur eine einzelne starke, nicht militärische Macht, die in Behandlung der Mohammedaner erfahren ist, ist zu diesem Hüteramte imstande (guardianship). Und die einzige Macht, die diese Eigenschaften besitzt, ist Großbritannien . Unter seiner Vormundschaft hört die Türkei auf, eine Gefahr für andere Nationen zu sein."

Syrien.

Doch Englands Imperialismus erstrebte nicht nur die Landbrücke zwischen Mittelmeer und persischem Golf, sondern auch die Verbindung seiner afrikanischen Kolonien mit seinen asiatischen, d. h. den Landweg von Ägypten nach Indien. Die Glieder dieser Landverbindung waren neben der Sinaihalbinsel, die es bereits besaß, Palästina, Syrien, Mesopotamien, Persien. Hinsichtlich Syriens bestand Rivalität zwischen England und Frankreich. Bezüglich der Ansprüche Englands auf Syrien lautete die englische These:

es habe die Drusen für sich. Wichtiger als die wirtschaftlichen seien die politischen und militärischen Interessen. Allerengste Beziehungen beständen zwischen Ägypten und Syrien. Grenzregulierungen seien erforderlich.

England bedürfe Syriens notgedrungen als eines Durchgangslandes für seine Eisenbahn Kalkutta-Bagdad bis Ägypten, wo der Anschluß an die geplante afrikanische Bahn erreicht würde.

Für Frankreich dagegen habe Syrien nur einen relativen Wert, da es abgesondert von den übrigen französischen Kolonien läge [73]).

Die „Fortnightly Review" formulierte ihre Ansicht in ihrer Mainummer 1915 folgendermaßen:

„Frankreich darf sich Syrien vom Golf von Iskanderum mit Alexandrette bis zu den Häfen von Tripolis und Beirut nehmen.

England könnte schließlich auf Palästina verzichten, denn es be-

73) Nach einem Bericht des „Giornale d' Italia" aus Kairo vom 3. 4. 1915. (Nr. 33 der N. d. A.)

> sitzt ja Cypern, das Helgoland der Levante, und beherrscht damit Alexandrette, Adalia, Tripolis und alle andern Häfen des östlichen Mittelmeeres."

Diesen Forderungen entsprechen ungefähr die heutigen Mandatsgebiete, denn England verzichtete nicht auf Palästina.

Persien.

Was das letzte Wegstück nach Indien betrifft, nämlich Persien, so hatte England, nachdem die englisch-französische Dardanellenaktion ihre Aufgabe nicht hatte lösen können, zunächst ein militärisches Interesse daran, den Russen einen Erfolg gegen die Türken durch ein Vorgehen vom Kaukasus und von Persien her zu ermöglichen. „Near East" vom 9. 7. 1916 riet:

> „England müsse den Persern zeigen, daß es im Notfalle eine Politik führe, die der Rußlands entgegengesetzt sei. Andererseits dürfe auch Persien seine Rolle nicht vergessen, denn käme es zwischen den beiden Schutzmächten nicht zu einem modus vivendi, so würde die unausbleibliche Folge sein, daß die Entwicklung des Landes unter einem direkteren System fremder Kontrolle vor sich gehen müsse[74])."

Der Gegensatz zwischen England und Rußland in Persien vor dem Kriege hatte darin bestanden, daß Rußland für die reaktionäre Herrschaft des Schah, England dagegen für ein Parlament war. Ebenso bestand ein Gegensatz in der Frage des Eisenbahnbaues, in der Rußland bisher in seiner Interessensphäre England ausgeschlossen hatte. Von russischer Seite wurde es dann als bestes Zeichen gegenseitigen Einvernehmens begrüßt, als im August 1915 längs der persisch-beludschistanischen Grenze ein 1300 Kilometer langer Streifen von englischen und russischen Truppen besetzt wurde, „um der deutschen Propaganda den Weg zu versperren". Gelegentlich des deutschfreundlichen Aufruhrs der persischen Gendarmerie äußerte der „New Statesman" vom 27. 11. 1915, daß

> „Rußland sowohl wie England in Zukunft sehr zurückhaltend in der Erlaubnis sein würden, irgendwelche Offiziere, mit Ausnahme englischer und russischer, in den Dienst der persischen Regierung eintreten zu lassen. Das bedeutete, daß die Reste der persischen Unabhängigkeit nach dem Kriege weniger in die Erscheinung treten werden (conspicuous) als je.

---

74) Nr. 167, 5 der N. d. A.

Als König Georg am 9. 5. 1916 im Buckinghampalast Mitglieder der russischen Duma und des Reichsrats empfing, erklärte Asquith auf dem Bankett:

„Eines der erfreulichsten Resultate unseres Bündnisses ist die vollkommene Übereinstimmung der russischen und englischen Regierung in den Fragen der Orientpolitik. Die Zeit der Mißverständnisse ist vorbei.

Wo die russischen und englischen Interessen in Persien sich auch berühren mögen, wir haben es erreicht, daß wir dort gemeinsam und mit vollem gegenseitigem Einverständnis eine loyale Politik verfolgen [75])."

Dieses „volle gegenseitige Einverständnis" bestand laut „Times" vom 11. 5. 1916 in folgenden Abmachungen:

1. „Wirksame Kontrolle über persische Staatsangelegenheiten.

2. Abschaffung der internationalen Gendarmerie mit schwedischen Offizieren.

3. Berichtigung der Grenzen Persiens und der Türkei.

(Rußland will das Gebiet von Trapezunt bis zum Wansee.

England will Mesopotamien, so daß Türkei und Persien völlig getrennt werden.

In Frage komme wohl ein russischer Zugang zum Mittelländischen Meer mittels eines Landstreifens quer durch Kleinasien bis Alexandrette)."

Durch den „New Statesman" vom 9. 9. 1916 erfahren wir dann von einem anderen Abkommen. Danach sollten:

„1. Im Norden 11 000 Gendarmen unter russischen Offizieren, im Süden 11 000 unter englischen Offizieren stationiert werden. (Vgl. oben Punkt 2).

2. Die Finanzen von einem internationalen Ausschuß verwaltet werden, und zwar von 2 Persern, 1 Russen, 1 Engländer und 1 Belgier. (Vgl. oben Punkt 1.)

Zu Punkt 1 fügte das Blatt hinzu, daß diese Zweiteilung einen Schritt zur Aufteilung und Punkt 2 das Ende der persischen finanziellen Selbständigkeit bedeute.

Wir sehen also, daß bei England in allen Ostfragen die strategische Sicherung der Wege von und nach Indien die Hauptrolle spielte. Daß die Länder, die diese Wege flankieren, oder selber bilden sollen, auch wirt-

---

7) Schulth. E. G. K. 1916. Bd. 2, S. 133.

schaftliche Vorteile mit sich bringen, ist angenehmer Zufall. Alles Streben nach Besitz oder Protektorat gilt dieser Sicherung, nicht etwa den Ausbeutungsmöglichkeiten der Länder, die das Unglück haben, auf diesem Wege zu liegen, wie z. B. Mesopotamiens als des zukunftsreichsten Getreide- und Baumwollandes. Die schwachen Stellen dieser östlichen strategischen Linie zu festigen, ist Englands Bestreben. Eine Erschütterung des britischen Weltreiches an dieser Stelle brächte das ganze Reich ins Wanken. So mag hier jedes aggressiv scheinende Ziel Englands noch als defensives gelten.

Afrika.

Doch in Afrika betritt England ganz eindeutig den ihm so natürlichen Boden des Imperialismus und der Machtpolitik. Für Afrika gilt, was für England immer gilt: von da, wo es einmal seinen Fuß hingesetzt hat, wird es nach seiner alten Überlieferung nicht wieder fortgehen.

Was die Kolonialkämpfe betrifft, so konnte — wenn man mit etwa zwanzigfacher Übermacht kämpfte — Sir Harry Johnston, Spezialkommissar für Zentral-Afrika und Uganda, im „New Statesman" vom 28. 7. 1915 gut sagen:

> „Der Gang der Ereignisse wird zu mächtig sein. Australien wird die eroberten Gebiete nicht wieder loslassen, Japan wird Kiautschou, Südafrika Uama- und Damara-Land bis zur portugiesischen Grenze und Rhodesia den Caprivizipfel nicht wieder aufgeben wollen. Frankreich wird Ost-Togo und seinen Anteil an Deutsch-Kamerun festhalten. Und England wird wohl kaum Gewalt anwenden, um seine Tochternationen zur Rückgabe eroberter Gebiete zu zwingen. Auch Deutsch-Ostafrika wird schließlich von den Engländern erobert werden."

Neben dieser brüsken Aufteilung Afrikas stand ein sachlicher Vorschlag, den der „Economist" vom 31. 7. 1915 brachte. Er berichtete über einen Aufsatz in „Het Nieuws van den Dag" vom 20. 7. 1915, wonach von einer der neutralen Mächte der Weg geebnet werden sollte zur Geltendmachung des Kongovertrages von 1885.

In Artikel X der Kongoakte verpflichteten sich die Mächte zur Wahrung der Neutralität des Kongobeckens, in Artikel XI verpflichteten sich die Signatarmächte, im Kriegsfalle ihre Dienste zur Aufrechterhaltung von Artikel X anzubieten.

Nun weise ein Artikel der „Contemporary Review" von Harris nach, daß Artikel XI sich nicht nur auf den belgischen Kongo beziehe, sondern auf

das ganze Becken des Flusses, also auch auf einen großen Teil von Französisch-Kongo, auf ein Drittel von Portugiesisch-Angola und Teile von Deutsch-Ostafrika, Britisch-Afrika, Kamerun und Nigeria. Harris sähe „die einzige praktische territoriale Lösung in der Übertragung auf den ganzen Kontinent“ [76]). Daß solche Pläne im Grunde nie Englands Beifall finden konnten, beweist der Gang der Ereignisse. Englands Plan, seine kolonialimperialistischen Abrundungstendenzen nicht nur in Vorderasien zu verwirklichen, sondern auch sein Dominium in Afrika auszubauen, war der Erfüllung zu nahe, die Verwirklichung des kühnen Traumes Cecil Rhodes: Kairo-Kapstadt war nahezu verwirklicht, die Gewinnung Deutsch-Ostafrikas, des lästigen Keils zwischen den afrikanischen Kronkolonien und den Protektoraten stand vor der Tür.

Im „New Statesman“ vom 11. 8. und 25. 9. 1915 hören wir wiederum Sir Harry Johnston über die afrikanische Zukunft folgendes sagen:

> „Deutschland muß bei Friedensschluß aller seiner Kolonien beraubt werden.“

Und mahnend verlangt er für die zu gewinnenden Völker:

> „In Südafrika bis zum Sambesi müsse England lernen, sich mit dem schwarzen Elemente abzufinden und ihm allmählich dieselbe Freiheit zu gewähren, deren sich der schwarze Eingeborene in den amerikanischen Südstaaten erfreute“,

um dann mit Gentlemangeste fortzufahren:

> „England nimmt Deutschland 2 Millionen Quadratmeilen Kolonien ab, bietet aber dafür 13 Millionen Quadratmeilen englischen Territoriums an, bei dessen Entwicklung die Deutschen helfen können und in denen sie sich sicherlich zu patriotischen Angehörigen des britischen Weltreiches entwickeln werden.“

In seinem großen Aufsatz „Africa after the War“ in der „African World“ vom 5. 2. 1916 [77]) versuchte er dann, Englands Absichten als Vorbeugungsmaßnahmen gegen die deutsche Gefahr hinzustellen:

> „Deutschland als die vielleicht höchst gebildete Nation Europas in gewissen Richtungen hat immer den ungeheuren Wert Afrikas begriffen, und Afrika ist sein unmittelbares Ziel gewesen. Mit dem Reichtum Afrikas zu seiner Verfügung und mit der strategischen Stellung Afrikas als eines Ganzen würde Deutschland leicht der Herr der alten Welt . . .

76) Nr. 159, 11 der N. d. A.
77) Nr. 376, 4 der N. d. A.

. . . Die Verteidiger Deutschlands, die da behaupteten, daß Deutschland keinen rechten Platz an der Sonne erhalten habe, seien im Unrecht. England und Frankreich hätten die Gefahr erkannt, daß Deutschland den Plan gehabt habe, Zugang und Ausgang des Mittelmeeres zu beherrschen und die Verbindung zwischen Großbritannien und dem Kap der guten Hoffnung abzuschneiden. Und aus diesem Grunde könne der Verfasser des Artikels, sobald Deutschland von den Verbündeten geschlagen sei und die Friedensbedingungen diktiert würden, Deutschlands Flagge keinen Besitz auf afrikanischem Boden zusprechen, sowohl im Interesse der Welt als im Interesse der Eingeborenen Afrikas. . . .

Die gesamte Rechtspresse bildete einen Chor in der Ansicht über das Schicksal der deutschen Kolonien. Die „Fortnightly Review" vom Januar 1916 sagte:

„Deutschlands gesamte überseeische Besitzungen sind verwirkt."

Die „Pall Mall Gazette" vom 14. 7. 1916:

„Kolonien werden nicht wieder zurückgegeben."

Und in ihrer Ausgabe vom 8. und 9. 8. 1916 konnte man lesen:

„Es mag wohl staatsmännische Rücksichten geben, die man dem Volke nicht im voraus mitteilen kann, und die das Schicksal der deutschen Kolonien betreffen. Aber die vorherrschende Volksempfindung ist sicherlich, daß Deutschland jedes menschliche Recht verloren hat, über eine einzige Rute Landes außerhalb der eigenen endgültig festgesetzten Grenzen zu herrschen oder das Geschick eines einzigen menschlichen Wesens außerhalb seiner eigenen Rasse zu bestimmen. Dieses vorherrschende Gefühl darf nicht unausgesprochen bleiben, ehe es zu spät ist."

Oberstleutnant H. A. C. Yate äußerte begeistert in der Augustnummer 1916 des „Nineteenth Century":

„Der Gedanke daran, was unser afrikanisches Reich sein wird, wenn wir auf der Ostseite und im Süden Ägypten, den Sudan, Uganda, Britisch- und Deutsch-Ostafrika besitzen, ist erhebend. Wir können uns eine Union vorstellen, die mit der südafrikanischen zusammen vom Nildelta bis zur Südatlantik sich ausdehnt."

Hören wir noch eine gewichtige Stimme aus Afrika selbst. Laut „Daily Mail" vom 17. 8. 1916 sagte General Botha über Deutsch-Ostafrika:

„Der Krieg darf nicht enden, so lange noch ein Quadratfuß afrikanischen Geländes in deutschem Besitz ist. Die politische Zu-

kunft Afrikas wird der Friedensschluß entscheiden. Jedenfalls muß die deutsche Flagge vom afrikanischen Kontinent verschwinden [78])."

Auch die „National Review" vom September 1916 sprach von „einer Aufteilung der Kolonien unter die erobernden Mächte".

Sehr amüsant klingt, was der uns bereits bekannte Ellis Barker im „Nineteenth Century" vom Juni 1916 über den Wert der deutschen Kolonien für England zu sagen wußte:

„Großbritannien wird tatsächlich keine materielle Entschädigung erhalten, denn die deutschen Kolonien können kaum als solche angesehen werden. Es hat nur für Frieden gekämpft, nicht etwa für Landerwerb."

Der „New Statesman" sagte am 23. 9. 1916, daß

bezüglich der Kolonien in England zu Kriegsbeginn keinerlei Eroberungswunsch ihretwegen bestanden habe. Seitdem aber hätten sich die Dinge gewandelt. Beim Entscheid, ob sie wieder herausgegeben werden sollten, müßten die Dominions zu Rate gezogen werden. Australien und Neuseeland bei den Inseln im Stillen Ozean, die südafrikanische Union bei Südwestafrika . . . (Togo und Kamerun gingen mehr Frankreich an), bezüglich Ostafrikas habe die Union das Recht mitzureden. (Smuts.)

Der Erwerb (England) oder der Besitz (Deutschland) ausschließlicher Rechte an Eingeborenen-Gebiet sei eine Machtfrage.

Kriegsursache würde ihr Verlust für Deutschland niemals sein, da kolonialer Ehrgeiz in Deutschland nie feste Wurzel gefaßt habe. Vermutlich werde nach den Wünschen des Verbandes und der Dominions entschieden. Die ideale Lösung sei — wenigstens was das tropische Mittelafrika beträfe — dessen Neutralisierung und Verwaltung durch eine internationale Kommission zum Besten der ansässigen Rassen und der Kaufleute aller Völker, die gleiche Rechte haben müßten."

Hören wir nun auch noch die Stimmen, denen Englands Vorgehen in Afrika Unbehagen bereitete, und die nicht ohne weiteres mit Wegnahme und Verteilung des afrikanischen Besitzes Deutschlands einverstanden waren. Noch am 2. 10. 1915 hatte der oben angeführte „New Statesman" sich die Auffassung E. D. Morels, dessen sonstige politische Ansichten den seinen durchaus entgegenliefen, zu eigen gemacht:

„Die Absicht, den Deutschen die afrikanischen Kolonien wegzunehmen,

78) Nr. 535, 11 der N. d. A.

sei ethisch nicht zu rechtfertigen. Es sei unsinnig, einem Lande von solcher industriellen Kraft und Bevölkerungszahl das koloniale Betätigungsfeld zu beschneiden. England habe seine Hand auf einem Fünftel der Welt. Die Schutzzöllner seien die lautesten Schreier nach der Verdrängung Deutschlands aus Afrika."

Durch die höhnische Beurteilung einer Flugschrift im „Daily Expreß" vom 25. 8. 1916 hören wir die Ansicht vieler bedeutender englischer Männer über die afrikanische Frage. Unter den Zielen, die die Flugschrift aufstellte, stand an erster Stelle:

> „Rückgabe der Kolonien oder Gleichwertiges. Neuteilung Afrikas mit passenderen Grenzbestimmungen, die den Interessen der Eingeborenen Rechnung tragen."

Zu dieser Flugschrift bekannten sich u. a. Lord Courtney, G. P. Gooch, Sir Edwin Pears, Professor Eddington usw. Die „Nation" vom 9. 9. 1916 brachte folgende Forderung des liberalen Abgeordneten Arthur Ponsonby:

> „Grundsatz für die Schaffung eines neuen Europa müsse sein: Allgemeiner Verzicht auf das Eroberungsrecht, das Besitzrecht an besetzten Gebieten.
>
> Nur auf dem Wege von Verhandlungen sollten Grenzverschiebungen und Gebietsverteilungen vorgenommen werden.
>
> Auch vor dem kolonialen Gebiete dürfe mit dem Grundsatz nicht haltgemacht werden. Eine Neuverteilung von europäischem Besitz in Afrika solle zum Ausgleich von Ansprüchen an anderer Stelle nach einer klugen, auf internationale Versöhnung gerichteten Politik stattfinden."

Der Sozialist Robert Arch verlangte im Leitaufsatz der „Justice" vom 26. 10. 1916 in den „Bestimmungen über das Schicksal der deutschen Kolonien" eine „Abstimmung der Eingeborenen über die von ihnen gewünschte Schutzmacht, auch gegen den Willen der Dominions."

Der Vertrag von Versailles hat England sein zusammenhängendes Afrika geschenkt. Nach englischem Wollen ist das Schicksal Deutsch-Ostafrikas besiegelt, denn was Mandate in der Hand Englands bedeuten, darüber klären uns jüngste Äußerungen englischer Männer auf, die ich nach dem Aufsatz von H. W. Bauer in der „Deutschen Reichszeitung" vom 22. 9. 1927 zitierte. Danach hat der britische Kolonialminister Amery von der „Ewigkeit und Unverantwortlichkeit" der Mandate und ihrem „dauernden Verbleib unter der Ägide der britischen Krone" gesprochen und Lord Robert Cecil betonte, daß „Mandate, die einmal verliehen wurden, unwiderruflich sind".

Beherrschung der Weltwirtschaft.

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr wurde die wirtschaftliche Zukunft Englands erörtert und der Gedanke des Wirtschaftskampfes großgezogen. Der deutschen Politik wurden Weltherrschaftstendenzen zugeschrieben:

> „Wir blickten um uns und entdeckten die emporkommende kontinentale Macht. Wir schreiten sofort dazu weiter, in ihr einen Rivalen zu sehen, ihr zu mißtrauen und sie zu fürchten, und, praktische Geschäftsleute wie wir sind, benutzten wir schließlich die erste gute Gelegenheit, um ihr eins auf den Kopf zu geben [79])."

Sollten militärische und politische Erfolge zur endgültigen Niederlage des Gegners nicht genügen, so

> „wird sich England, wie in früheren Zeiten, in einem Wirtschaftskampf zu wehren wissen" [80]).

Die „Times" vom 11. 1. 1916 berichtete ausführlich über die Erörterungen im englischen Parlament am 10. 1. 1916 bezüglich der einzuschlagenden Wirtschaftspolitik jetzt und nach dem Kriege. Danach sollte dem von Deutschland geleiteten mitteleuropäischen Wirtschaftssystem [81]) ein westeuropäisches gegenübergestellt und möglichst an die Stelle des ersteren gesetzt werden. England und das britische Weltreich müßten der Mittelpunkt dieser Gruppierung sein. Selbst der liberale Abgeordnete, Sir A. Mond, der von dem „empfindlich geschwächten Deutschland nach dem Kriege" und von „Amerika als dem hauptsächlichsten Rivalen Englands" redete, sagte zum Schluß:

> „Deutschland wird nach dem Kriege von allen Angehörigen des britischen Weltreiches und seinen Verbündeten wirtschaftlich boykottiert werden."

Minister Runciman wies die Vorwürfe, daß man keine energischen Maßnahmen bezüglich der Ausschließung Deutschlands von den wichtigsten Erzeugnissen des englischen Weltreiches träfe, mit dem Hinweis zurück, daß die englische Liste „von Bannwaren die längste ist, die die Welt je gesehen hat".

> „Wir müssen nur darauf sehen, daß Deutschland nicht nach dem Friedensschluß . . . an einen neuen wirtschaftlichen Feldzug denkt."

---

79) Der liberale schottische Parlamentarier R. D. Denman am 9. 10. 1915 in einer Flugschrift „Auf dem Wege zum Frieden". Schulth. E. G. K. 1915. Bd. 2, S. 835.

80) „Daily Telegraph" vom 21. 12. 1915.

81) 1915 erschien Friedrich Naumanns Programm „Mitteleuropa".

Und neben der immerhin noch gelinden Tonart des Staatssekretärs des Inneren, Samuel:

> „Die Nation hat das entschiedene Gefühl, daß es unmöglich sein wird, nach dem Kriege wieder zu freundschaftlichen, gleiche Rechte gewährenden Handelsbeziehungen mit den jetzigen Feinden zurückzukehren [82])"

ließen die Worte des grobschlächtigen australischen Premierministers Hughes, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

> „Das deutsche Geschwür an unserm Handelskörper muß ausgeschnitten werden. Das zwingt uns zu einer Politik der Zerstörung [83])."

Er sah im Wirtschaftskampf „die wirksamste Waffe", die „Grundlagen zu zerstören, auf denen „die militärische Macht Deutschlands" beruht [84]).

Daneben wurden Stimmen laut, die offen aussprachen, daß alle kurzsichtigen und engherzigen Rechenmittelchen auf wirtschaftlichem Gebiete unzweckmäßig seien, daß sie überrannt würden durch den Drang nach internationaler Wirtschaftsgemeinschaft. So warnte einer der Hauptmitarbeiter des „Nineteenth Century", Arthur Shadwell, im Februarheft 1916 der Zeitschrift vor einem Wirtschaftskrieg, gerade wegen seiner Rückwirkungen auf die eigene Volkswirtschaft:

> „Er träfe nicht nur Deutschland, sondern England ebenso gut, denn die Folgen: angespanntere Arbeit, längere Arbeitszeit, geringerer Gewinn, niedrigere Löhne, weniger Vergnügen auf allen Gebieten seien in England weit weniger gut durchzuhalten als in Deutschland, das an härtere Arbeit und an niedrigere Löhne gewöhnt sei bei einem weit weniger behaglichen Leben . . . Der wirtschaftliche Erfolg beruhe in einem Vorbeugen des Wirtschaftskrieges, und das sei eben die Beendigung des Weltkrieges."

Dieses Hauptargument gegen einen Wirtschaftskrieg, daß eben bei der modernen weltwirtschaftlichen Struktur alle in Mitleidenschaft gezogen werden, wurde immer wieder von sachlich denkenden Wirtschaftspolitikern in den Vordergrund gerückt und wird uns bei der näheren Betrachtung der Einzelvorschläge zu einem Wirtschaftskampf immer wieder begegnen.

---

82) Am 15. 3. 1916 auf einem Essen der Reichshandelskammer. (Schulth. E. G. K. 1916. Bd. 2, S. 111.)

83) Ebenda.

84) In einer Rede in Manchester laut „Manchester Guardian" vom 27. 5. 1916.

Beschränkung oder Vernichtung der deutschen Schiffahrt.

Am 9. 9. 1914 äußerte Lloyd George vor einer Abordnung von Städtevertretern:

> „Die Meere gehören uns weiter und werden uns weiter gehören, und wir werden nicht nur unseren eigenen Handel vollkommen behalten, sondern auch einen großen Teil des feindlichen Handels hinzugewinnen [85])."

Wer aber den deutschen Handel gewinnen, d. h. mit andern Worten vernichten will, muß zunächst einmal die deutsche Schiffahrt vernichten. Die „Times" vom 22. 12. 1915 forderte, daß

> die deutsche und österreichische Flagge nicht auf der hohen See erscheinen dürfe, bis Deutschland seine Opfer entschädigt habe.

In der „Morning Post" vom 29. 12. 1915 verlangte ein gewisser Swinburne Sheldrake als ersten Schritt zur Unterbindung des deutschen Handels, das Beispiel Cromwells zu befolgen, nämlich: Einschränkung der deutschen Schiffahrt. Und dann hieß es weiter:

> „daß der Plan, alle Schiffe der jetzigen Feinde zu hindern, künftig zwischen Häfen Englands, der Kolonien und der Verbandsmächte zu verkehren, höchstens zu vorgeschriebenen Bedingungen, nicht genüge. „Jeder Aktionär von Schiffahrtsgesellschaften muß verpflichtet werden, den Namen des wirklichen Eigentümers der Aktien einzuschreiben, falsche Eintragungen sind mit Verlust der Aktien zu bestrafen." Zölle allein genügen nicht, den deutschen Handel zu vernichten. England, im Besitz aller Handelszentren und Weltmärkte, kann seine Zwecke nur wirksam erreichen durch Zertrümmerung der deutschen Überseeschiffahrt. Die australischen Gesetze, die das Anlaufen fremder Schiffe verhindern, sollten auf alle Länder des britischen Reiches und seiner Verbündeten ausgedehnt werden.
>
> Das bedeutete eine vollkommene Vernichtung der deutschen Handelswelt. Die Erdrosselung des deutschen Handels und Wohlstandes durch Verwehrung des Zutritts zu allen Häfen Englands und der Verbündeten bedeutet dasselbe, wie wenn eine britische Armee Berlin besetzt hält und die Verbündeten Faustpfänder in Form von deutschen Bahnen, Bergwerken und Wäldern in Händen hätten".

---

85) Schulth. E. G. K. 1914. Bd. 2, S. 574.

In ihrer Ausgabe vom 14. 10. 1916 verkehrte die „Morning Post" höhnisch das Wort Wilhelms II. in sein Gegenteil:

> „Deutschlands Zukunft liegt unter dem Wasser und nicht auf dem Wasser."

Im Januarheft 1916 der „Fortnightly Review" machte Charles Stuart die Forderungen des Liberalen Masterman [86]) zu den seinen, indem auch er verlangte:

> „Die deutsche Flotte wird entweder versenkt oder verfällt den Verbündeten."

Über die Bedeutung der Handelsflotte für England ließ sich Arnold White im „Daily Expreß" vom 19. 6. 1916 etwa folgendermaßen aus:

> „Die Handelsflotte ist das Lebensblut der englischen Interessen. Alle Größe Englands beruht auf den wirtschaftlichen Erfolgen der Handelsflotte. Die Offenhaltung des Ozeans ist Lebensbedingung für das Vereinigte Königreich, darum hat es mit Spanien, Frankreich, den Niederlanden gekämpft . . .
>
> Die Handelsflotte ist das Entscheidende. Kriegsflotten sind nur Mittel zum Zweck, Kriege nur Zwischenspiele. Das Leben einer Nation ist das, was es in Friedenszeiten führt . . .
>
> . . . Unser Dasein beruht darauf, daß wir Weltfrachtführer sind, und zwar der hauptsächlichste. Nur so kann Englands koloniale Arbeit durch Anglisierung seiner Kolonien gekrönt werden, womit der Welt ein Friedensjahrhundert beschert würde."

Die „Pall Mall Gazette" vom 14. 7. 1916 betonte, ebenfalls, daß Englands Übergewicht auf der Handelsflotte beruhe. Verschwände sie, dann sei es mit seiner Seemacht vorbei. Auf englischer Seite sei zu verzeichnen: Rückgang des Schiffbaues und die Verluste durch den U-Bootkrieg, Deutschland dagegen kaufe immerzu neue Schiffe, seine Schiffe lägen still, und würden so nicht abgenutzt. Dann wurde als Forderung das Schlagwort aufgestellt: „Tonne für Tonne", d. h. für die verlorenen englischen Schiffe. Da diese Formel allgemeinen Beifall gefunden habe, wie das Blatt betonte, reizte sie zu weiteren Forderungen, etwa: Deutschland müsse vielleicht auch gezwungen werden, neutrale Schiffe auf Kredit zu kaufen und sie England auszuhändigen als Teilzahlung der Kriegsentschädigung. Andere forderten „zwei Tonnen für eine". Die Politik des „Kiel für Kiel" wurde selbst von Leuten, die sonst nicht zu

86) „Daily Chronicle" vom 15. 11. 1915.

laut nach Vergeltungsmaßnahmen schrien, als gerecht empfunden. Das Blatt brachte es auf die Formel:

1. „Die deutsche Handelsflotte wird an den Verband abgegeben, soweit sie Schiffe von 4000 Tonnen und mehr umfaßt.
2. Die Kriegsflotte wird ausgeliefert oder zerstört."

Zu den Grundlagen eines Friedens, die der Bischof Welldon bei einem Fürbittegottesdienst aufzählte, gehörte u. a. auch, daß „die Überbleibsel der deutschen Flotte weggenommen werden" [87])."

Die „National Review" vom September 1916 verlangte ebenfalls:

1. „Auslieferung des ganzen Flottenbestandes.
2. Auslieferung von Handelsschiffen für die versenkten.
3. Auslieferung von Handelsschiffen als Ausgleich für die Schäden der Neutralen.
4. Alle gekaperten deutschen Handelsschiffe bleiben Eigentum des Verbandes".

Neben der Forderung des „British Australasian" vom 3. 8. 1916 [88]), daß der Suezkanal in Zukunft für deutsche Schiffe gesperrt werden müsse, stand ein ähnliches Verlangen im „Manchester Guardian" vom 11. 9. 1916:

„Trotzdem die deutsche Regierung vor dem Kriege 500 Suezkanalaktien erworben habe, müsse in Erwägung gezogen werden, während der nächsten 10 Friedensjahre deutsche und österreichische Schiffe von der Benutzung des Wasserweges auszuschließen. Begründung: abgesehen von der Frage der Schädigung durch den Handel müssen Deutschland und Österreich bestraft werden, weil sie die Türkei aufgehetzt haben, den Wasserweg zu behindern und zu schädigen."

Konservative Heißsporne gingen natürlich noch weiter. So wollte H. F. Wyatt in der „Morning Post" vom 18. 9. 1916

nichts von den bedauerlichen Forderungen des Flottenbundes wissen, der nur „Tonne für Tonne" und „Schiff für Schiff" als Vorbedingung für jede Friedensverhandlung verlange. Vielmehr sei ein Abkommen unter den Verbündeten zu treffen, wonach die Verteilung alles dessen, was von der deutschen Handels- und Kriegsflotte übrig bliebe, vorzunehmen sei.

Ein italienischer Berichterstatter, der damals in London weilende Giuseppe Bevione, gab in der „Gazette del Popolo" vom 18. 9. 1916 die in

87) „Manchester Guardian" vom 5. 8. 1916.
88) Nr. 550, 3 der N. d. A.

England allgemein gewordene Forderung „Tonne für Tonne" wieder und bezeichnete als öffentliche Stimmung:

> „Man würde vor der grausamsten Verstümmelung des deutschen Nationalbesitzes nicht Halt machen. Deutschland solle nach dem Kriege jede Möglichkeit genommen werden, den Weltmarkt zum Schaden der Industrie anderer Nationen zu beherrschen. Ein beträchtlicher Teil der Erdoberfläche sei damit für Deutschland gesperrt, auch wenn die andern Staaten sich nicht in vollem Umfang anschließen würden [89]).

Gegen die vorzeitigen öffentlichen Erörterungen des Grundsatzes „Tonne für Tonne" wandte der Marinesachverständige der „Daily News" in der Ausgabe vom 16. 12. 1916 ein:

> „Eine Menge wertvoller Handelsschiffe sei im Bau, sowohl in Deutschland als in Österreich. Diese Betätigung dürfe man nicht untergraben, man gelange so in den Besitz einer wertvollen Handelsflotte. (Vgl. S. 110.)

Im Erwerb dieser „wertvollen Handelsflotte" als eines Ersatzes für die versenkten Handelsschiffe sah Robert Arch „den Kern" einer möglichen „staatlichen Handelsflotte" [90]).

Gegner dieser Forderungen fanden sich wenige. Und tauchte eine Stimme auf wie beispielsweise die E. D. Morels, so wurde er als

> „eine dunkle Persönlichkeit bezeichnet, weil er Deutschlands Recht zum Bau einer starken Flotte als eines Mittels zur Befreiung von englischer Bevormundung anerkannte" [91]).

Zollkrieg.

Zweites Hauptkampfziel war der Zollkrieg. Da es sich dabei aber um Aufgabe alter englischer Wirtschaftsgrundsätze handelte, begegnen wir hier den heftigsten Auseinandersetzungen, Schutzzöllner und Freihändler traten auf den Plan und brachten Gründe und Gegengründe vor.

Gleich bei Kriegsbeginn erschienen in der „Evening News" fortlaufende Artikel, die bis in alle Einzelheiten führende Anleitung zur besten Bekämpfung des deutschen Handels brachten. Diese Artikel erschienen dann, weil sie so viel Anklang in England gefunden hatten, im Oktober 1915 in

89) Guis. Bevione, seit Anfang 1916 Korrespondent der „G. d. P.", schrieb viel beachtete politische Artikel.

90) „Justice" vom 26. 10. 1916.

91) „Daily Expreß" vom 2. 4. 1915.

London als Sammelbändchen unter dem Titel: „Krieg dem deutschen Handel", „in revidierter und verbesserter Form". Dieses Hetzbändchen wollte „die Kunstgriffe und Anschläge aufdecken", „mit denen der Feind" sein Netz über englische Handelsinteressen geworfen. Es wollte zeigen, „wie man ihm begegnen und wie man seinen Handel und seine Fabrikation bekämpfen kann". Deutschlands Aufstieg „vom Kleinen zum Großen" wurde als vorbildlich bezeichnet und empfohlen, „sich auch mit kleinen Aufträgen zu begnügen", auch „kleine Kunden zufriedenzustellen". „So wollen wir der Konkurrenz auf dem Weltmarkt entgegentreten." Nach diesen Vorbemerkungen von Sidney Whitman, dem Verfasser von „Imperial Germany", folgt der 1. Teil, betitelt „Die Übelstände". Er nennt eine ansehnliche Summe von Vergehen und Nachlässigkeit auf englischer Seite, von „Diebstahl, Betrügereien, unredlichen Geschäftsmethoden" auf deutscher Seite. Der 2. Teil des Wegweisers enthält „Die Heilmittel". U. a. wurde in „Ermangelung einer besseren Bezeichnung" ein Industrietrust vorgeschlagen, dem nur Briten angehören dürften, ebenso eine Industriebank zur Finanzierung britischer Industriezweige. „Das deutsche System industrieller Finanzierung in verbesserter Gestalt" sollte dabei Anwendung finden. Ein anderes „Heilmittel" ist überschrieben „Weshalb wir in der Erlernung fremder Sprachen mit den Deutschen wetteifern sollten", ein drittes „Volkstümliche Verkaufswoche als ein Hilfsmittel bei dem Feldzug" (gegen den deutschen Handel). Weiter wurde die Reorganisation der britischen Konsulate gefordert, von denen es heißt, sie wirkten auf den Besucher wie ein Schlafmittel. Reichskonsulate müßten zu „Wachttürmen des Welthandels" werden. Und die Forderungen gipfelten in dem Wunsche:

> „Mögen sie (die Verbündeten) alle einen Wall errichten, der das Eindringen deutscher Waren in ihr Land vereitelt und, den Bedürfnissen und Produktionsfähigkeiten jedes einzelnen Landes entsprechend, füreinander einen Vorzugstarif aufstellen." (S. 123 engl. Ausgabe.)

Um Richtlinien für Wirtschaftskampfmethoden festzulegen, fanden im Jahre 1916 jene bereits erwähnten Wirtschaftskonferenzen in Paris statt: die erste interparlamentarische von Delegierten der Handels- und Industriekreise vom 26. bis 28. März und die zweite amtlich beschickte vom 14. bis 17. Juni. Sie beschäftigten die öffentliche Meinung ausgiebig. Die Konservativen suchten dabei den Übergang zum Schutzzollsystem, die Liberalen wollten beim Freihandel bleiben, die Gemäßigten erblickten in

den Vorschlägen der Konferenzen nur einen Gegenzug gegen den von den Mittelmächten zuvor ausgesprochenen Gedanken eines „Mitteleuropäischen Handelsbundes". Hier mag die Stellungnahme der „Nation" vom 11. 12. 1915 eingeschaltet werden. Sie besprach die Frage des Mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes. Selbst wenn dieser nur Deutschland und Österreich-Ungarn umfasse, sei es das größte Freihandelsgebiet der Welt. Auch innerpolitisch bedeute er für Deutschland ungeheuer viel. Den Ackerbau müsse es zugunsten seiner Partner: Ungarn, Türkei, Balkan allmählich aufgeben, es würde so zu einem rein industriellen Staat. Englands Lage wäre recht ungünstig diesem Zollverein gegenüber, da es nicht einmal einen Zollverein zwischen sich und seinen Kolonien habe. Falsch wäre eine Orientierung der englischen Politik nach dem Schutzzoll hin. Endete aber der Krieg für Europa ohne wirkliche Befriedigung, dann würde der Krieg im Frieden durch wirtschaftlichen und sozialen Boykott weitergeführt. Europa bliebe in zwei feindliche Gruppen gespalten. Man solle aber nicht mutwillig auf Handelskriege lossteuern.

Die Regierung bekannte sich zwar auch zu einer Neuorientierung der britischen Handelspolitik, ließ aber die grundsätzliche Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, verschleiert.

Man wertete vielfach sowohl die interparlamentarische als auch die amtliche Wirtschaftskonferenz als Kundgebungen von mehr moralischer und praktischer Bedeutung. Wir hören verantwortliche Staatsmänner vor den Konferenzen von „unverbindlichen Erörterungen" sprechen, und nach den Konferenzen stellte man die Annahme der Beschlüsse als Verteidigungsmaßregeln gegen Deutschland hin, dessen ehrgeizigem Plan eines mitteleuropäischen Zollvereins, der es als Angreifer kennzeichne, man „mit wirksamen Vorkehrungen" begegnen müsse.

Der Schatzkanzler Mc. Kenna sagte in einer der Sitzungen am 29. Februar und 1. März 1916 der Vereinigten Handelskammern Großbritanniens u. a.:

> „Nicht Handel oder Sieg, sondern Handel und Sieg bedingen sich, da sie für England keine Gegensätze bedeuten. Der englische Handel ist die Grundlage von Englands Kraft, ist das wichtigste Mittel, seinen Kolonien und Verbündeten finanziell zu helfen . . .
>
> In dem Kampf, ob Schutzzoll oder Freihandel, mögen die theoretischen Anschauungen verschieden bleiben, aber der Grundsatz des Freihandels schließt nicht Regierungshilfe aus. Die Regierung will den Außenhandel fördern, damit die jetzt feindlichen Neben-

buhler nicht wieder die Vormacht im Außenhandel werden können wie in der Vergangenheit [92])."

Durch den „Economist" vom 4. 3. 1916 erfahren wir Näheres über die Verhandlungen, die, „vom Standpunkt des freihändlerischen Wirtschaftsblattes aus gesehen", ein lehrreiches Licht auf die wohlorganisierte Bewegung für den Umsturz des englischen Freihandelssystems werfen. Die Zeitung selbst unterschied 3 Gruppen in der Bewegung:

Die erste Gruppe: forderte Schutzzoll (Zoll auf fremde und koloniale Nahrungsmittel).

Ihre Anhänger brachten (laut „Morning Post" vom 8. 3. 1916) eine Resolution ein, die die Schaffung eines besonderen Handelsministeriums mit beratendem Ausschuß verlangte.

Ihre Gegner waren:

1. die Anhänger kolonialer Vorzugszölle,
2. Freihändler.

Die zweite Gruppe: waren die imperialistischen Führer kolonialer Vorzugszölle.

(Der Sache des Freihandels seien untreu geworden der Schatzkanzler Mc. Kenna, der sachverständige Statistiker der Freihandelspartei, Sir L. Chiozza Money, Lord Cromer, der „Spectator" und die „Westminster Gazette").

Die dritte Gruppe: waren die Inhaber von Amtsstellen und amtliche Journalisten. Der Bequemlichkeit halber nannte sie der „Economist" Prohibitionisten.

Der „Economist" selbst warnte vor dem Plan eines Wirtschaftsverbandes unter Ausschluß der Mittelmächte [93]).

Durch die „Morning Post" vom 8. 3. 1916 erfahren wir die Stellungnahme Asquiths. Er gab zu, daß in Anbetracht der gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und der verwickelteren Handelsbeziehungen ein besonderes Ministerium notwendig werden könnte, was aber sorgfältig erwogen werden müsse. Er erklärte sich für einen beratenden Ausschuß. Von praktischerer Bedeutung sei die Frage engerer Handelsbeziehungen im Reiche und mit den Verbündeten. Der Premierminister Australiens, Mr. Hughes, sei mit konkreten Vorschlägen gekommen, auch die Premiers der andern Dominions sollten gehört werden. Erst nach der Pariser Konferenz könne die Regierung dem Lande eine Politik vorschlagen.

92) Laut „Times" vom 1. 3. 1916.

93) Nr. 403, 1 der N. d. A.

Freihändler.

Diejenigen, die für Freihandel waren, mußten ohne weiteres Gegner eines Handelskrieges sein.

Durch den „Economist" vom 8. 1. 1916 erfahren wir die Stellungnahme des großen Eisenfachmannes, Sir Hugh Bell. Er war gegen „eine Eroberung des deutschen Handels", sah in dem schnellen Wohlhabendwerden aller Völker nach dem Kriege die besten Hoffnungen für die Zukunft:

> „Handel ist nicht Konflikt, sondern Zusammenwirken. Es heißt einen falschen Gedanken verewigen, wenn eine Organisation geschaffen werden soll, die irgendeiner Gruppe von Menschen und Völkern feindlich ist."

Er war der Überzeugung, daß nichts verhindern könnte, daß Deutschland sich wieder eine starke Stellung im Welthandel sichere [94]). Der bekannte englische Freihändler Hobson besprach im Februarheft 1916 der „Contemporary Review" den deutschen Plan eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes und den vom Vierverband dagegen gestellten Plan eines Vierverbands-Wirtschaftsblocks. Hobson hielt Naumanns Plan für unausführbar, weil erstens: „Österreich nach dem Kriege um wesentliche Stücke beschnitten" sein würde und zweitens: weil die skandinavischen Staaten sich ihre Handelsfreiheit nicht nehmen ließen, um sich Mitteleuropa anzuschließen. Er verurteilte scharf den britischen Plan, der von Rachegefühl diktiert sei. Für England sei Freihandel die vernünftigste Wirtschaftspolitik. Von Deutschland eine ungeheure Entschädigungssumme zu verlangen und es zugleich wirtschaftlich zu bekämpfen, sei unvernünftig. Auch der „Economist" vom 1. 4. 1916 griff aufs heftigste die Schutzzöllner an. Gerade die wachsende Zahlungsunfähigkeit Europas erfordere Freihandel, gerade im Interesse Englands, das nur so möglichst viel Handel an sich ziehen könne. Auf das Pariser Wirtschaftsprogramm müsse Freihandel gesetzt werden, und das Ersuchen an die Verbandsmächte, ihre Zölle herabzusetzen [95]). In einer späteren Nummer (29. 4. 1916) rühmte er dann die Äußerungen Bonar Laws über die bevorstehende amtliche Konferenz, die „keine Beschlüsse fassen, sondern nur freie Erörterungen" bringen sollte; Großbritannien, seine Kolonien und seine Bundesgenossen müßten in Handel und Geschäft ihre eigenen Gedanken verfolgen. Abgesehen von Hughes, dem australischen Premier, seien alle kolonialen Staatsmänner der Ansicht, daß ein britischer Schutzzolltarif eine künstliche

94) Nr. 322, 19 und 323, 20 der N. d. A.
95) Nr. 409, 2 der N. d. A.

Verringerung des englischen Überseehandels mit ihnen bedeute[96]). Am schärfsten gegen die vermuteten Pläne der Regierung äußerte sich der „Labour Leader" vom 9. 3. 1916. Er griff besonders Asquith an, bezeichnete, wie schon oft, dessen Dubliner Rede als Heuchelei, da er in einem Atem „von einer Gemeinsamkeit der europäischen Völker" spreche, die nur unter der Voraussetzung des Sieges der Verbündeten möglich sei und dabei an einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege denke, der dem Volke neben Krieg und Wehrzwang nun auch noch aufgezwungen werden sollte. Ausführliche Gründe gegen einen Zollkrieg brachte der „Economist" vom 11. 3. 1916. Er hob hervor, daß Zolltarifkrieg beiden Parteien Schaden brächte, denn an Stelle der Waren, die er treffen wolle, sei es nicht immer möglich, selbst erzeugte Waren zu setzen, er verbessere durchaus nicht die englische Kaufkraft auf dem Weltmarkt. Im Gegenteil würde er auf englische Kosten wahrscheinlich den Vereinigten Staaten helfen, außerdem verschließe ein Wirtschaftskrieg wertvolle Märkte in Deutschland. Selbst wenn er Erfolg brächte, vernichte er die finanziellen Grundlagen Deutschlands und mache es zum Zahlen von Schulden und Kriegsentschädigungen unfähig. Letzten Endes täte er höchstens ein paar Kapitalisten gut, aber nicht dem Volk als Ganzem[97]). Ein anderer Mitarbeiter derselben Nummer erinnerte daran, daß die Free Trade Union im Jahre 1907 festgestellt habe, daß Deutschland der beste Abnehmer für Kammgarne und Alpacagarne sei:

> „Es ist ebenfalls gut, sich zu erinnern, daß selbst auf der Höhe des Aufschwunges des deutschen Handels seine vom Zolltarif geschützten Arbeiter im Vergleich zu denen Großbritanniens unter dem Freihandel sehr schlecht fuhren."

Er schlug vor, von Deutschland zu fordern, daß es dem Handel der Verbandsmächte ewige Meistbegünstigung einräume. Auch die „Nation" vom 11. 3. 1916 warnte im Interesse der Webstoffindustrie vor einer gänzlichen Unterbindung des Handels mit Deutschland; der Seehandel der ganzen Ostküste würde ruiniert. Am 8. 4. 1916 hob das Blatt nüchtern hervor, man habe mit Deutschland Handel getrieben, nicht weil man es liebte, sondern weil man seine Waren brauchte. Und die gegenseitigen Bedürfnisse blieben nach dem Kriege fortbestehen. Ausführlich über die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, ließ sich Ramsay Macdonald im „Labour Leader" vom 30. 3. 1916 aus. Er bezeichnete das englische Pro-

96) Nr. 431, 2 der N. d. A.
97) Nr. 417, 1 der N. d. A.

gramm: Deutschland vom Weltmarkt abzuschneiden, Lahmlegung von Handel und Industrie, Unabhängigkeit vom deutschen Geist als unendliche Dummheit, Proklamationen und Beschlüsse von Verbündeten seien nicht imstande, Erzeugnisse und geistige Kräfte einer Nation vom Weltmarkte fernzuhalten. Ein Krieg nach dem Kriege bedeute ein ruheloses Europa, ein Schüren feindseliger Gesinnung zwischen den Völkern unehrliche Diplomatie. Der Kampf für den Schutzzoll sei eine Beleidigung und ein Verrat an den Feldsoldaten, denn er verhindere einen wirklichen Frieden auf der Grundlage bürgerlicher und demokratischer Freiheit. Die Schutzzollpolitik ruhe als Last auf dem arbeitenden Volke sowohl des verfehmten Deutschland als Englands. Beschränkung des freien Handels bedeute Beschränkung des freien Verbrauches, Deutschenhaß die Herabsetzung englischer Lebenshaltung. Die Welt der nicht den Verbandsmächten Zugehörigen sei zu groß. In Handel und Wissenschaft habe Deutschland der Welt noch vieles zu bieten, und die Menschheit würde es annehmen — trotz England. Eine wirtschaftliche Ächtung Deutschlands bedeute ein Blühen des Zwischenhandels der Neutralen; anstelle von London und Berlin als Hauptweltmärkten trete New York oder ein anderer Platz als Vermittler.

Ähnliche Gedankengänge verfolgten andere Vertreter freihändlerischer Bestrebungen. Sie werden uns durch die „Times" vom 7. 4. 1916 genannt. Danach haben sich in der Manchester Handelskammer Sir John Simon, der damalige Führer der Opposition im Unterhaus, Lord Bryce, Mr. Drummond Fraser über die Aussichten des Freihandels nach dem Kriege geäußert und gegen einen dauernden Tarifkrieg Front gemacht. Auch über die Debatte im Oberhaus am 11. 4. 1916 hören wir aus der „Times" vom 12. 4. 1916. Danach hob Lord Courtney die Schwierigkeiten hervor, die entständen, falls die Konferenz dazu kommen sollte, Vorzugszolltarife zu schaffen für die Kolonien und die Verbündeten und Ausschließungszölle für den Feind. Nur der Freihandel könne die durch den Krieg entstandenen Schäden wieder heilen [98]).

In den Tagen der amtlichen Wirtschaftskonferenz lebte die Erörterung neu auf. Der „New Statesman" vom 17. 6. 1916 wollte nichts vom Kriege nach dem Kriege wissen. Er forderte nur solche Vereinbarungen, die im Interesse englischer Wirtschaft lägen, ob Deutschland dabei geschädigt würde oder nicht. Niemals dürfe sich England über das hinaus binden, was dem Auftrage der Vertreter auf der Konferenz entspräche, nämlich: 1. Maßnahmen gegen den deutschen Absatz zu Schleuderpreisen,

98) Vgl. auch Schulth. E. G. K. 1916. Bd. 2, S. 120.

2. Schutz der Industrie der Verbandsmächte während der ersten Zeit nach dem Kriege.

Als dann die Beschlüsse der Konferenz, die unten S. 124 angeführt sind, bekannt wurden, platzten die Meinungen immer wieder aufeinander. Der „Daily Telegraph" vom 3. 8. 1916 berichtete mißbilligend, daß

> „der Führer der Opposition, John Simon, gegen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz sei, man wünsche keine Einmischung nach dem Kriege; von der „reconstruction period" wolle er nichts wissen, im Gegenteil, er verlange Rückkehr zur alten Handelspolitik und Freiheit für Deutschland zur Wiederaufnahme seiner alten „Durchdringungspolitik".

Und der „Daily Expreß" vom 25. 8. 1916 führte höhnisch die wirtschaftlichen Ziele jener uns bereits bekannten Flugschrift (vgl. S. 106) an, die u. a. verlangte:

1. Wirtschaftliche Gelegenheiten für deutschen Unternehmungsgeist in der Türkei.
2. Das Prinzip der offenen Tür, besonders in allen außereuropäischen Gebieten, die dem Einfluß der Kriegführenden unterstehen.
3. Daß berechtigten Ansprüchen der Mittelmächte und der andern europäischen Staaten auf Erleichterung der wirtschaftlichen Betätigung in noch unerschlossenen Ländern Rechnung zu tragen sei.

Ein Bericht der „Nation" vom 2. 9. 1916 begrüßte dagegen das Buch des bereits erwähnten bedeutenden englischen Nationalökonomen J. A. Hobson über den „neuen Protektionismus", worin dieser sich gegen die von Bonar Law selbst als rein gefühlsmäßig gekennzeichnete neue Richtung wandte. Hobsons Kritik an dem verbreiteten Urteil, wonach Deutschland im Frieden einen Handelskrieg geführt habe, ging dahin, daß sich die deutsche „Durchdringung" in ihren Beweggründen von der gleichen Arbeit des englischen Geldes nicht sonderlich unterscheide. Er betonte, daß die deutsche Geldanlage im Ausland sich nur auf ein Viertel der englischen belaufe, und daß es die weniger fortgeschrittenen europäischen Gebiete bevorzugt habe gegenüber England, das diese seiner Kolonien wegen vernachlässige. Es könnten politische Beweggründe mitgespielt haben, aber als Seitenstück zur deutschen militärischen Politik dürfe man das Ganze nicht betrachten. Was den geplanten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege beträfe, mit seiner fünffachen Zollabstufung: Kolonien — Verband — freundliche — unfreundliche Neutrale — Feinde, so triebe er wahrscheinlich die Vereinigten Staaten, Brasilien, Holland und Deutschland

einander in die Arme . . . Als den wertvollsten Teil der Hobsonschen Arbeit bezeichnete „Nation" selbst den der „aufbauenden Politik der offenen Tür" gewidmeten:

> „Der wirtschaftliche Kampf muß aus der Sphäre der Regelung durch Gewalt in ein System von internationalen Ausschüssen gebracht werden. Dazu aber ist eine Friedensliga notwendig, die nicht nur den negativen Charakter eines schiedsrichterlichen Amtes haben darf."

Zu den sachlichen Opponenten gegen einen Zollkrieg gehörte auch nach seinem Redaktionswechsel im Juli 1916 der „Economist". Seine Ausgabe vom 16. 9. 1916 zeigt, daß er nach wie vor freihändlerisch gesinnt war:

> „Es wird ein schlechter Abschluß eines Kampfes für ein hohes Ideal sein, wenn unsere Friedenspolitik es unsern Feinden auch nur möglich macht, daß wir Krieg geführt haben, um den deutschen Handel zu erobern. Selbst der Anschein eines Wunsches, Handelsverdienst aus dem Kriege zu ziehen, muß vermieden werden [99])."

Eine ähnliche Stellungnahme darf man wohl in der Hauptsache auch dem „New Statesman" zuschreiben, der seine sonstige politische Gegnerschaft ebenfalls mit „der Anwendung des Grundsatzes der offenen Tür im weitesten Sinne des Wortes" vereinigen konnte [100]).

Schutzzöllner.

Am 27. 3. 1915 setzte die „Morning Post" fest:

> „Der Freihandel mit Deutschland ist gefährlich, der Schutzzoll Selbstverteidigung."

Am 9. 7. 1915 stellte das Blatt die kühne Behauptung auf, Deutschland arbeite in seiner Ausfuhrindustrie auf Lager, um gleich nach dem Kriege England mit seinen Waren zu überschwemmen. Es verlangte darum eine überlegte Politik für „den wilden Handelskrieg, der dem gegenwärtigen Krieg mit den Waffen folgen" würde; „Nationale Handelspolitik" und eine „Gemeinsamkeit in der Schutzzollpolitik mit den Verbündeten". Ein andermal (18. 10. 1915) hieß es:

> „Unser Ziel muß sein, den deutschen Handel zu vernichten, weil eine Nation durch den Handel lebt und dieser Krieg um die Vorherrschaft durch den Handel entschieden werden wird. Wir sollten nicht nur an die Verteidigung unseres Handels nach dem Kriege

99) Nr. 575, 1 der N. d. A.
100) Ausgabe vom 23. 9. 1916.

denken, sondern unsere Märkte als Mittel benutzen, um Deutschland zu strafen. Dazu müssen wir im Verein mit unseren Verbündeten handeln. Die jetzigen Verbündeten sollten sich alle zusammentun und über eigene Zolltarife hinaus einen Strafzoll auf die gesamte deutsche Einfuhr nach dem Kriege erheben. Man sollte beginnen mit einem Strafzoll von 7 % und für jeden weiteren Kriegsmonat müßten ½ % zugeschlagen werden . . .

Es wäre für Deutschland nicht möglich, sich zu rächen, da Asien, Afrika und der Stille Ozean ihnen verschlossen sein werden . . . Die Mächte beherrschen industriell die unentwickelten Gebiete, die Hauptabnehmer für Fertigware sind. (Deutschland, das Land der Fertigware!) Alle können ohne Deutschland auskommen, nicht aber Deutschland ohne sie."

Auch der „Daily Telegraph" vom 1. 2. 1916 richtete in seinem Leitartikel eine Mahnung an den britischen Handel. Er verlangte: günstige Handelsbeziehungen mit den Verbündeten und den Verkehr mit Deutschland nur auf Grund eines Zolltarifs.

Man warb auf alle mögliche Art für den Schutzzoll. So erfahren wir durch die „Daily Mail" vom 14. 3. 1916, daß die Exchange Telegraph Company auf Grund eines Berichtes eines dänischen Geschäftsmannes folgendes verbreitete:

„Gleich nach Ausbruch des Krieges fand in Anwesenheit des Kaisers eine industrielle Konferenz statt, in der beschlossen wurde, die Fabriken weiter arbeiten zu lassen, die hergestellten Waren anzusammeln, nach dem Friedensschluß unter 10 vom Hundert unter dem Herstellungspreis auf den ausländischen Markt zu werfen und dafür Rohmaterialien einzutauschen. Am 1. 1. 1916 hatten sich etwa für 300 Millionen Pfd. Sterling Waren in den deutschen Fabriken angehäuft. Wenn Deutschland, wie man annehmen kann, an dem späteren Absatz dieser und anderer Waren 100 Millionen Pfd. verliert, so kommt diese Summe doch immer erst den Kriegskosten für einen Monat gleich. Der Krieg wird des Welthandels wegen geführt, und ein Monat Kriegskosten bedeutet gar nichts."

An dieselbe von der „Nation" vom 25. 3. 1916 als lächerliche Panik-Ente entlarvte „Nachricht" knüpfte der „Daily Expreß" vom 22. 3. 1916 die Bemerkung, daß deshalb auf der Wirtschaftskonferenz der Beschluß gefaßt werden müsse, daß

„keine deutschen Waren Deutschland verlassen dürfen, weder zu Lande noch zu Wasser, die nicht eine feste Abgabe erbringen zur

Abtragung der Kriegskosten des Verbandes, einschließlich der niedergezwungenen kleinen Völker".

Wie weit die schutzzöllnerische Agitation gegen den deutschen Handel schon gediehen war, beleuchtet ein Bericht der „Times" vom 16. 3. 1916. Bei der Wahl des Leiters der Handelskammer in Manchester wurden von 22 Kandidaten 18 gewählt, die sich verpflichtet hatten, auch nach dem Kriege alle Waren deutscher Herkunft tunlichst vom Markte auszuschließen. Die Neuwahl war nötig geworden, weil die alten Direktoren, die nicht vom Freihandel ablassen wollten, ihr Amt niedergelegt hatten. In ihrer Ausgabe vom 20. 3. 1916 äußerte die „Times" ihren Unwillen über die unsichere Haltung der Regierung, deren Erklärungen nichts besagten. Regierungsuntersuchungen, ob überhaupt ein Handelsprogramm erforderlich sei, müßten Beunruhigungen hervorrufen. Das Blatt übte heftige Kritik an Lloyd George, der jede Bindung Englands bezüglich eines Schutzzollsystems ablehnte. Er selbst hielt auch eine „Übertragung der Feindseligkeiten aus der militärischen in die wirtschaftliche Sphäre" durchaus nicht für erwünscht. England könne aber zu dieser wirtschaftlichen Offensive gezwungen werden. Es gebe beim Handelskrieg auch eine Defensive, da England bedacht sein müsse, „sich gegen die wirtschaftliche Durchdringung, eine spezifisch deutsche hinterhältige Methode", zu schützen.

Vor allem wurde scharfe Kritik an der Auswahl der Männer geübt, die an der amtlichen Konferenz teilnehmen sollten. So lehnte die „Daily Mail" vom 22. 3. 1916 den Handelsamtsvorsitzenden Runciman ab, da er schon jetzt nichts zur Unterbindung des feindlichen Handels in England täte. Auch die „Morning Post" vom 23. März erklärte, daß die Entsendung Runcimans die Unzufriedenheit erhöht habe. Der in der Kammer eingebrachte Antrag laute dahin, daß die Instruktion der von England zur Konferenz entsandten Vertreter dahin gehen sollte, zu erklären, daß die englische Regierung bereit sei, sofort mit den Dominions und den Verbündeten gemeinsam eine Handelspolitik einzuschlagen, die den Handel mit den Mittelmächten nach dem Kriege erschwere und auf der Grundlage von Vorzugsbehandlung der Glieder des britischen Reiches die engsten Handelsbeziehungen mit den verbündeten Mächten errichte. Daß aber die „Solidarität" auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen nicht ganz einfach sein dürfte, ging aus der „Times" vom 31. 3. 1916 hervor. Sie hob hervor, daß die Stellung Englands keineswegs klar sei, infolge der undeutlichen Regierungserklärung. Ein vollständiger Bruch mit dem Freihandelssystem würde ungern gesehen, denn Frankreich ziehe starken Vorteil aus der offenen Tür über den Kanal.

Der Kampf wurde nach dem Auftakt der interparlamentarischen Fühlungnahme im März immer heftiger, denn die amtliche Wirtschaftskonferenz sollte doch eine gewisse Entscheidung bringen. Bei der Erörterung, wer am besten die großbritannischen Interessen vertreten würde, trat die Persönlichkeit des australischen Ministerpräsidenten Hughes immer mehr in den Vordergrund. Die „Morning Post" vom 8. 4. 1916 behauptete, daß die Mehrheit des Mutterlandes hinter Hughes und seinen Schutzzoll-Politik-Forderungen stände. Der „Daily Telegraph" von demselben Tage triumphierte, daß Hughes „der beste Verfechter der Interessen aller Dominions" („Daily Telegraph" vom 24. 3. 1916), als Begleiter Bonar Laws und Runcimans der Konferenz „seine gründlichen Methoden der wirtschaftlichen Vernichtung" berichten würde. Die „Times" vom 8. 4. 1916 sah in ihm vor allem den Mann der Dominions, „wo noch keine diplomatischen Überlieferungen und Rücksichten den Blick behindern", einen Mann, „der die Kompliziertheiten der alten Welt unter die Füße bringen wird". Der Kernpunkt aber der Pariser Verhandlungen müsse immer wieder die Warnung „vor der furchtbaren deutschen Gefahr" sein, die man „von Grund auf vernichten müsse". Diese Gefahr suchte auch der Abgeordnete Sir L. Chiozza Money in der „Daily Mail" vom 10. 4. 1916 wieder recht begreiflich zu machen. Er wandte sich gegen die Politik der offenen Tür mit Deutschland, wie sie die Führer der U. of D. C. wünschten. Auch Lord Crewe wollte zwar keine Vergeltungsideen in die zukünftige Handelspolitik getragen wissen, aber er hielt es doch für „vielleicht" notwendig, „in Deutschland keine Bestellung mehr zu machen" [101]).

Einer der gründlichsten Befürworter des Handelskrieges gegen Deutschland war der Londoner Generalagent von Neu-Süd-Wales, B. R. Wise. Im Aprilheft 1916 der „National Review" führte er in einem Aufsatz etwa folgendes aus:

> „Deutschland muß in Zukunft nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und finanziell in Schach gehalten werden . . . Der Krieg hat die Idee des Kosmopolitismus diskreditiert, der Nationalstaat hat die Oberhand. Eines der Instrumente aber des streng nationalen Staates ist der Zoll. Nach dem Kriege wird jeder Einzelstaat des Verbandes vollste Zollsouveränität beanspruchen. Trotzdem aber kann der Verband wirtschaftlich gemeinsam gegen Deutschland vorgehen.

101) Am 11. April 1916 im Oberhaus (Schulth. E. G. K. 1916. Band 2, S. 120.)

Man muß auf deutsche Einfuhr eine besondere Zuschlagsgebühr für den gemeinsamen Verteidigungsfonds erheben. Damit aber Deutschland diese Wirkung der Einfuhrgebühr durch Tarifvergünstigungen nicht umgehen kann, muß der Friedensvertrag eine Klausel enthalten, der Tarifvergünstigungen auf deutschen Staatseisenbahnen für Ausfuhrgüter verbietet.

Ferner muß für Waren auf deutschen Schiffen eine Sondergebühr von 10 % erhoben werden. Eine zweite Klausel verbietet Deutschland Ausfuhr."

So redete und kämpfte man um die von England, Frankreich, Rußland, Italien, Portugal und Serbien amtlich beschickte Pariser Wirtschaftskonferenz, die in der Zeit vom 14. bis 17. Juni folgende Beschlüsse für die Kriegs- und Nachkriegszeit faßte:

„. . . beschließen die Verbündeten, eine Vereinbarung zu treffen, um einen Zeitraum festzusetzen, während dessen der Handel der feindlichen Mächte besonderen Bestimmungen unterworfen wird. Die Waren feindlichen Ursprungs sollen entweder verboten werden oder anderen wirksamen Vorkehrungen unterliegen.

Ferner: Ausschluß der feindlichen Mächte für einen gewissen Zeitraum von der Meistbegünstigung. Maßnahmen, um zu verhindern, daß gewisse, zur nationalen Verteidigung oder wirtschaftlichen Unabhängigkeit notwendige Industriezweige oder Berufe von feindlichen Untertanen in ihren (nämlich der Verbündeten) Gebieten betrieben werden[102])."

In dem letzteren Punkt begegnen uns die extremsten Forderungen. Die Regierung selbst hatte durch Errichtung des Foreign Trade Departement of the Foreign Office im Januar 1916 ein neues Gesetz über den Handel mit dem Feinde erlassen. Und nicht nur das Mutterland, auch die Dominions gingen scharf vor. So brachte die „Morning Post" vom 17. 1. 1916 ein Reutertelegramm aus Melbourne, wonach auf Veranlassung Hughes

„alle in Australien eingetragenen Gesellschaften innerhalb von 3 Monaten die deutschen Aktionäre, ob naturalisiert oder nicht, in den Listen zu löschen haben".

Die „Times" vom 20. 1. 1916 weiht uns dann in die Maßnahmen des neuen, von den liberalen wie von den konservativen Parteirednern begrüßten Gesetzes, das „die letzten Spuren deutschen Einflusses auf den englischen Handel" entfernen sollte. Die Maßnahmen müssen hier an-

102) Nach K. Jagow, „Daten des Weltkriegs". S. 61.

geführt werden, trotzdem sie zunächst nur für die Dauer des Krieges getroffen wurden, da — laut „Times“ — „alle Beschränkungen auch nach dem Kriege fortdauern sollen, solange eine neue Regierungsverfügung sie nicht aufhebt“. Als besonders wirksame Waffe führte das Blatt am 22. 1. 1916 folgende Punkte auf:

1. Das Handelsamt hat das Recht, Geschäfte feindlicher Personen oder Gesellschaften aufzulösen oder Handel zu verbieten . . .
2. Britische Gesellschaften sind von deutschen Aktionären zu befreien.
3. Alles feindliche Eigentum kann — auch Aktien und Beteiligungen jeder Art — verkauft werden.
4. Der Zwangsverwalter ist ermächtigt, alle feindlichen Patente, die bei Ausbruch des Krieges noch nicht endgültig verteilt waren, auf sich übertragen zu lassen. (Wichtig, da Munitionspatente darunter.)

Eine seltsame Mischung von Vernichtungswillen und wirtschaftlichen Selbstinteressen tritt uns in einem Bericht entgegen, den die „Morning Post“ am 11. 4. 1916 über die Jahresversammlung der Handelskammern für Bengalen am 1. 3. 1916 gab. Der Vorsitzende, Mr. F. H. Steward, dachte sich — im Namen aller Handelskammern in Indien — die künftige Regelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland etwa so:

„Allgemeine Veräußerung der deutschen Warenlager und Ausweisung der feindlichen Staatsangehörigen sofort nach Friedensschluß. „Da im Frieden 14,6 % der Gesamtausfuhr und 9,3 % der Gesamteinfuhr Indiens durch Deutschland mit 36 Millionen Pfund Sterling umgesetzt wurde, so wäre keine Politik zu empfehlen, die einen Handel mit Deutschland verhindere oder erschwere. Das Ideal sei: das „Geschäft“ mit Deutschland durch Engländer zu machen. Die Ein- und Ausfuhr müsse auf englischen Schiffen erfolgen. Vorübergehende Maßnahmen einer Beschränkung des Handels sei zu empfehlen, aber — läge es im Interesse des Gesamtreiches und Indiens, dann solle man die Deutschen zum Handel in Indien zulassen, doch unter Aufsicht und Steuerzahlung für die Aufsicht. „Sie dürfen kein Land besitzen, keine Banken, dürfen keine Handelsgesellschaften, Klubs oder gesellschaftliche Vereinigungen bilden.“

Ein Höchstmaß in Wirtschaftskampfforderungen brachte die Juninummer 1916 der „National Review“ [102a]). Um dem drohenden deutschen Zollverein

102a) Nr. 512, 1 der N. d. A.

wirksam zu begegnen und gleichzeitig hohe Entschädigungssummen zu erzielen, schlug sie vor:

1. „Kriegsschuldeinfuhrzoll auf alle deutschen und österreichischen Waren.
2. Kriegsschuldausfuhrzoll auf Rohmaterialien nach germanischen Reichen.
3. Kriegsschuldabgabe von allen deutschen und österreichischen Schiffen, die Häfen seefahrender Mächte aufsuchen."

Punkt 1 und 2 waren gedacht als Aufschläge auf die bestehenden Tarife. Diese Gebühren sollten eine Art „Dividende auf die Krigsschuld" sein. Sie sollten so lange erhoben werden, bis die Verbandsmächte die Überzeugung gewonnen hätten, daß die germanischen Völker den Weltfrieden nicht mehr störten.

Mit dem Ergebnis der Konferenz war man in diesem Lager nicht recht zufrieden. Daß Lord Crewe anstelle Runcimans teilgenommen hatte, wurde von den gemäßigten Schutzzöllnern mit gewisser Befriedigung begrüßt, bedeutete diese Wahl doch ein Abrücken vom Freihandel. Doch von den Extremisten wurden seine Vorbehalte mit Stirnrunzeln gebucht[103]). Als wirklich befriedigendes Ergebnis wurde die langerwünschte Verschärfung der Blockade begrüßt[104]). Die Erklärung Asquiths am 2. 8. 1916 im Unterhaus befriedigte natürlich auch wieder nicht. Er sagte über die Konferenz:

„Der Zweck der Beteiligung Englands an der Konferenz war:

1. Den Feind zu überzeugen, daß die Verbündeten entschlossen sind, den Krieg mit voller Einigkeit zu führen, auf dem wirtschaftlichen wie auf dem militärischen Boden.
2. Vorbereitungen für die Zeit nach dem Friedensschluß zu treffen[105])."

Was die stark auf schutzzöllnerische Wünsche eingehenden Beschlüsse anging, so suchte der liberale „Daily Chronicle" gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Am 3. 8. 1916 tröstete er sich damit, daß

„Abweichungen vom unbeschränkten Freihandelssystem nicht unbedingt im Schutzzolltarif münden müßten. Man brauche sich als Freihändler nicht zu schämen, Hauptgrundsätze fallen zu lassen, denn der Krieg habe unerforschte Erscheinungen gezeitigt."

---

103) „Morning Post" vom 21. 6. 1916.
104) „Daily Expreß" vom 21. 6. 1916.
105) Schulth. E. G. K. 1916. Bd. 2, S. 166.

Von einem „gierigen und aggressiven Handelskrieg" wollte das Blatt aber nichts wissen.

Durch die „Nation" vom 5. 8. 1916 erfahren wir Näheres über die Parlamentsdebatte vom 2. und 3. August. Sie gibt eine Charakteristik der Hauptvertreter der 3 Gruppen: Regierung — Schutzzoll — Freihandel. Von Asquith sagt sie, daß seine „Umschreibungen der Pariser Beschlüsse elastisch und drohend" seien:

> „Der große parlamentarische Hypnotiseur versteht es, seine eigene Partei einzuschläfern, wenn er deren Hauptgrundsätze aufgibt. Emphatische Wiederbetonung des Freihandelsdogmas! Die richtige Probe auf die Rede könne man in Parlament und Presse machen. Die Schutzzöllner sind zufrieden. Er habe vieles behauptet, ohne zu beweisen, so das Gerücht von Deutschlands Aufspeicherung der Waren, um sie nachher zu verschleudern.
>
> Daß man die Meistbegünstigungsklausel verweigere, bedeute Höchstzollsätze Deutschlands gegen den Verband. Die Gefahren einer derartigen Politik schienen auch Asquith zu dämmern, wenn er davon spräche, daß die Neutralen nicht getroffen werden sollten.

Churchill verteidigte die Pariser Politik und gebrauchte dabei das Argument ad hominem, daß, wenn das Preußentum niedergerungen und die Demokratie in Deutschland ans Ruder gekommen sei, die englische Politik „geändert werden" müsse. Vertreter des Freihandels waren Sir John Simon und Robertson. Die Arbeiterpartei war gespalten. Hodge gehörte zum schutzzöllnerischen Lager, Snowden betonte die Folgen einer dauernden Spaltung Europas in zwei feindliche Lager.

Derartigen Auslegungsversuchen der Asquithschen Erklärungen, wie sie die „Nation" gab, begegnete der Leitaufsatz der „Westminster Gazette" vom 11. August 1916, des Leiborgans Asquiths mit folgender, wohl als authentisch zu bewertenden Interpretation der parlamentarischen Erklärung:

> „Das Volk hat zu entscheiden, ob die Einfuhr von Deutschland völlig verboten oder ein sehr hoher Zoll darauf gelegt werden soll, wie noch kein Land zum Schutze seiner Industrie besessen hat. Ein gewöhnlicher Einfuhrzoll kann diese nicht zum Stillstand bringen. Aus Gründen der Sparsamkeit und Bequemlichkeit wird der Durchschnittsengländer kaufen, was er braucht, ohne Berücksichtigung des Ursprungslandes. Ein völliges Einfuhrverbot aber erscheint zweifelhaft in Hinsicht auf die internationale Lage des Handels. Es gibt allerdings „hohe Schutzzölle", die wirksam sein können, doch auch

da gilt es zu erwägen, ob das Schutzzollsystem bei dem internationalen Charakter des modernen Handels möglich ist."

Dieser Leitartikel bestätigt, was die „Nation" in der Kritik an der Asquithschen Darstellungs- und Wortkunst als elastisch bezeichnete.

Eine eindeutige Sprache redete beispielsweise der „Daily Telegraph" vom 3. 8. 1916:

„Die Maßnahmen für die „Wiederaufbauperiode" und die dauernde Friedensperiode muß sofort vorbereitet werden."

Bald wurden aber wieder Stimmen laut, daß vieles gegen einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Verbandsmächte spreche, deren Interessen z. T. weit auseinander gingen. Zunächst entbehren sie der geographischen Geschlossenheit des Wirtschaftsblocks der Mittelmächte. Ferner wäre Rußland zum Handel mit Deutschland gezwungen, da seine Hauptindustriezentren der deutschen und österreichischen Grenze nahe lägen und für seine landwirtschaftlichen Überschüsse das deutsche Absatzgebiet schwer zu ersetzen sei. Befriedigt stellte daher der „Daily Chronicle" vom 26. 7. 1916 fest, daß man in England allmählich zu überlegen anfange, daß das in Paris aufgestellte Wirtschaftsprogramm nicht für Rußland passe.

Ein zweites Hindernis lag im französischen Schutzzollsystem. Und noch andere Schwierigkeiten des Handelskrieges nach dem Kriege wurden erörtert. Zudem bewiesen Blockade und U-Bootkrieg täglich, in wie vielen Dingen England abhängig war. H. G. Wells gab in einer Reihe von Aufsätzen im „Daily Chronicle" eine echt englische Mischung von idealistischem Kosmopolitismus und Geschäftssinn:

Das englische Temperament hat eine Abneigung gegen verschlossene Türen. Im Freihandel Großbritanniens lag auch ein sehr starkes Element von pazifistischem Idealismus. Seine kleine Armee und sein Freihandel brachten in gleicher Weise seinen Glauben an die abnehmende Schärfe nationaler Gegensätze zum Ausdruck. Zwei Gedanken beschäftigen jetzt den englischen Geist:

1. die Wiederherstellung des englischen Industrie- und Handelssystems auf nationaler Grundlage;

2. die Ausdehnung des Systems auf die Verbündeten.

Der Geist des Engländers träumt von einem dauernden Staatensystem, das innerhalb eines riesigen, miteinander verbündeten Gebietes (einschließlich Asien und Afrika) Freihandel üben und sich Angriffen von außen gemeinsam entgegenstemmen würde . . .

da gilt es zu erwägen, ob das Schutzzollsystem bei dem internatio-

er ist aber unter dem Druck des deutschen Angriffs kriegerisch geworden . . .[106])."

Folglich forderte Wells:

„Gemeinsame Ausnutzung der Hilfsquellen der Welt zum Nutzen gemeinsamer Zivilisation und zur Aufrechterhaltung des Friedens[106])."

Eine nüchternere Auffassung als der „Dichter" Wells hatte der uns bereits bekannte Wirtschaftspraktiker Sir Hugh Bell, der in einem Interview folgendes äußerte:

„Die Frage des Krieges nach dem Kriege bedeutet für England Handelsschutz in einer oder der andern Form."

Er selbst glaube an Freihandel ohne irgendwelche Beschränkung. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen der Pariser Konferenz bedeuteten keine Lösung des Problems. Der deutsche Handel wäre nur „durch territoriale Eroberung zu erobern" oder nur „durch Ausrottung der Deutschen auszurotten".

„Den deutschen Handel zu erobern, gibt es eine bessere Methode: Billigere und bessere Artikel . . . Das einzige Mittel zum Siege ist die Erzeugung innerer Energie und nicht äußerliche Regierungsmaßnahmen[107])."

Industriekrieg.

Am 14. 8. 1914 sagte Burns in der Albert-Hall zu seinen Wählern:

„Der Krieg mit Festlandsstaaten ist für England ein ganz unmögliches Ding. Die englische Industrie ist auf die Ausfuhr nach dem Festland angewiesen, kann ohne ihn überhaupt nicht bestehen, da England selbst nicht ein Viertel von seinen industriellen Erzeugnissen abnehmen kann."

Derartige sachliche Einwände waren selten und wurden überrannt von denen, die Vernichtungswillen predigten, die nichts als einen „brutalen Konkurrenzkampf" wollten. In dem mit Ch. F. W. K. gezeichneten Briefe eines Engländers an einen Chilenen heißt es u. a.:

„. . . Die Ergebnisse des Konfliktes werden uns Nutzen bringen. Belgische, französische und russische Fabriken sind verwüstet, Deutschland und Österreich werden zugrunde gerichtet bleiben . . . folglich bleiben nur die englischen Fabriken übrig, um die Welt zu ver-

106) Ausgabe vom 18. 9. 1916.

107) Nr. 656, 20 der N. d. A. („Göteborgs Handels och Sjöfarts Tidning" vom 30. 11. / 1. 12. 1916.)

sorgen. Je größer Ruin und Verwüstung auf dem Festlande sind, umso positiver und größer werden die Vorteile für England sein.

Wir werden Herren des Welthandels sein, dafür wird die glänzende Zerstörungstätigkeit der Heere, die auf dem Festland Ehrenhändel ventilieren, sorgen[108])."

Zu den „strategischen Positionen des Weltmarktes", um die im „kommenden Kriege gestritten wird", in dem es „keinen Waffenstillstand, keine ehrenvolle Waffensenkung, keine Friedensverträge gibt", gehörte der Industriekrieg, der „bis zum Ende ausgefochten wird, ohne Pause und ohne Gnade"[109]).

Auf dem „Tage des britischen Reiches" in Moskau, sagte (laut „Rußkoje Slovo" vom 25. 5. 1916) der englische Botschafter Buchanan:

„Wir dürfen Deutschland in Zukunft nicht erlauben, uns so auszubeuten, wie es dies vor dem Kriege tat. In keinem Industriezweig darf es sich wieder Monopolstellungen schaffen[110])".

Aus der „Morning Post" vom 3. 6. 1916 erfahren wir, daß sich bereits „viele der führenden Industriefirmen zu dem Institute of Industry" zusammengeschlossen hatten, „einer Organisation, die als Kampfmittel im künftigen Wirtschaftskrieg" gebraucht werden sollte. In einem Programm das die „Times" vom 13. 6. 1916 aufstellte, wurde für die Zeit des „Wiederaufbaus" nach Einstellung der Feindseligkeiten und für den „Frieden" verlangt:

„Streben nach großen Handels- und Industrieverbänden für die Verbündeten zum Schutz gegen den deutschen Wettbewerb im eigenen Lande und in den neutralen Ländern."

Erreichbar dachte sich die „Times" ihren Vorschlag durch Zusammenwirken der Schlüsselindustrien der verbündeten Länder, um Erzeugung und Verkauf zu verbilligen, und dadurch, daß die Rohstoffe den Verbandsmächten vorbehalten bleiben.

Die Forderung, Elsaß-Lothringen an Frankreich abzutreten, gab Anlaß, sich über die Schädigung auszulassen, die Deutschlands Wirtschaft dadurch erfahren mußte. So hieß es im „Daily Expreß" am 21. 8. 1916:

„Lothringen ist ergiebige Quelle für die Geschoßerzeugung Deutschlands. Es ist tatsächlich der Schlüssel zu Deutschlands industrieller Entwicklung.

---

108) Datiert vom 10. 10. 1914, veröffentlicht als Protest in der in Santiago de Chile erscheinenden „Gazeta militar" vom 30. 12. 1914. (Nr. 14 der N. d. A.)

109) „Daily Telegraph" vom 4. 1. 1916.

110) Nr. 459, 4 der N. d. A.

Die Zurückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich löst das Problem nicht, da es immer noch von den deutschen Lieferungen abhängig bleibt.

Die einzige Möglichkeit, diese Schwierigkeiten zu überwinden, liegt in der Internationalisierung des Rheines und der benachbarten Wasserstraßen.

Auf diese Weise kann die britische Kohle in Wettbewerb mit der westfälischen treten, und nur so ist ein direkter Verkehr zwischen England und Lothringen möglich[111])."

Bei diesem Vorschlag wurde selbst die Rückfracht — Eisen — nicht vergessen.

Einen wohldurchdachten Angriff auf die deutsche Industrie brachte der schon oft erwähnte, aus Deutschland gebürtige Mitarbeiter des „Nineteenth Century", Ellis Barker (Eltzbacher) vor. In der Oktobernummer 1916 wollte er „die künftige Vormachtstellung Englands in der Industrie auf folgende Weise sichern:

„Deutschlands Niederlage wird zum Niedergang seiner mächtigsten Industrie führen, denn die Erwerbung Elsaß-Lothringens durch Frankreich wird Deutschland der Hauptmasse seines Eisenerzes berauben und Frankreich zum Eigentümer der größten Eisenerzlager machen. Für die Verhüttung könnte Frankreich die Saarkohlenlager dazu erwerben, besser aber — da diese Kohle zum Schmelzen sich wenig eignete — könnte es mit England im Bunde die Kohlenlager Westfalens ausbeuten. Damit beherrschten beide den Eisenhandel Europas, ja der Welt, denn Amerika würde damit in der Eisenindustrie weit hinter ihnen bleiben.

Die gleiche Melodie stimmte der Deutschenfresser Francis Gribble im Oktoberheft 1916 der „Edinburgh Review"[112]) an. Nach ihm aber „begnügen" sich Engländer und Franzosen mit dem Saarbecken. Da der Verband die Quelle der deutschen Kraft kenne, müsse die künftige Grenze Frankreich die Erzgruben samt den zur Erzverarbeitung nötigen Kohlengruben „zurückgeben". Man wollte also einerseits ein Abhängigkeitsverhältnis der deutschen Industrie, andererseits ein Sich-Unabhängigmachen von der deutschen Industrie. Man wollte im Wirtschaftskrieg der „deutschen Organisation eine englische entgegenstellen". Dabei wurde auch an ein Ausschalten des deutschen Kapitals gedacht. So sagte die „Morning Post" vom 2. 7. 1915:

111) Nr. 539, 2 der N. d. A.
112) Nr. 624, 1 der N. d. A.

„Italien hat unter der finanziellen Vergewaltigung Deutschlands sehr gelitten, seine Industrie ist noch heute in deutschen Krallen. Der Deutsche in Rußland ist unverschämt geworden, weil er sich als der Meister der russischen Finanzen fühlte.

Bis heute ist der deutsche Einfluß stark in unserm Lande ..."

Und „Daily News and Leader" vom 16. 3. 1916 sah eine „ausreichende Verteidigungswaffe gegen die deutschen Methoden" darin, „den Kredit zu gegenseitigem Schutze arbeiten zu lassen", statt von internationalen Geldleuten ausgebeutet zu werden. Die „National Review" vom April 1916 verlangte: keine Zulassung von Deutschen an den Börsen und Verbot des Handeltreibens deutscher Bankagenturen in den Verbandsländern.

Reorganisation des Reiches.

Schon vor dem Kriege bestanden in England Reichsreformpläne mit dem Ziel einer politischen und wirtschaftlichen Gesamtverfassung, die sowohl das Mutterland als auch die Dominions befriedigen sollten. Der Krieg bewies eine innere Einheit des Reichs. Aber da Kriegsbegeisterung ein Ausnahmezustand ist, dem auch wieder einmal Normalzeiten folgen, so blieb im Hintergrunde immer die große Sorge, ob diese Einheit von Dauer sei. Pläne wie: Konsolidierung des Weltreiches, aufbauende soziale Reformen, Wirtschaftsreformen usw. gewannen im Laufe des Krieges notwendigerweise immer mehr an Bedeutung.

Betrachten wir zunächst die Ziele allgemeiner Reichsreform, um dann mit der Behandlung wirtschaftlicher Reformen die Arbeit abzuschließen.

Im „Labour Leader" vom 25. 3. 1915 hob Keir Hardy hervor, daß man früher die Kolonien als einen Ballast angesehen habe. Britanniens Hauptsorge sei von jeher der Handel gewesen. Solange andere mehr gekauft hätten als die eigenen Kolonien, sei man gegen deren Schicksal gleichgültig geworden. Jetzt sei das Losungswort: Britisches Reich. Da man hoffe, nach der Vernichtung der deutschen Geschicklichkeit und Fähigkeit die reichen deutschen Märkte zu erobern, so rückten damit die Dominions wieder in den Vordergrund. Hier haben wir den rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt, gesehen mit den Augen des „Labour Leader" als einem Gegner jeglichen Wirtschaftskrieges überhaupt. Halten wir daneben die politische Betrachtungsweise eines der Gegner des Arbeiterblattes, der „Times", diesmal vom Standpunkte der Dominions gesehen. Sie behauptete, daß

„bei allen Kolonien ein starker Ton der Unzufriedenheit mit ihrer Stellung ganz abseits der Reichspolitik herrsche, und ein starkes Verlangen, gebührend zu Rate gezogen zu werden bei Friedensverhandlungen und künftigen Kriegen“ [113]).

In der „Morning Post“ vom 28. 12. 1915 zeigte sich dagegen die Verquickung von Wirtschaft und Politik. Es heißt dort u. a.:

„Das Ziel einer nationalen Politik ist die Stärke des britischen Reiches, deren Grundlage wirtschaftliche Unabhängigkeit ist. Diese ist zu erreichen durch die Erzeugung aller für das Dasein Englands wesentlichen Dinge unter seiner Aufsicht. Darum müssen die Selbstverwaltungskolonien als Teilhaber aufgenommen werden, indem man ihre Erzeugnisse an britischen Märkten bevorzugt. Britische Schiffe sollten zu einem Monopole des Reichsaustauschhandels verwendet werden, da dieses erstrebte Reichshandelssystem von der Seezufuhr abhängt.

Unsere Zollmauer sollte unseren Verbündeten gegenüber niedriger sein als unseren Feinden, unseren Selbstverwaltungskolonien gegenüber wieder niedriger als gegenüber unseren Verbündeten. Mit anderen Worten: Das britische Reich sollte in seinen Beziehungen zum Ausland eine Zolleinheit sein, es sollte so groß und stark sein, daß es von Deutschland nichts zu fürchten braucht. Aus solcher Stärke dauerhafter Friede! Eine solche Politik wird den Krieg gewinnen und Zukunft und Weltstellung sicherstellen.“

Gerade aus den Reihen der Industrie ertönte der Ruf nach einem „Bündnis des gesamten englischen Weltreichs zur Sicherung neuer Handelsbeziehungen“ [114]). Im „Daily Telegraph“ vom 1. 2. 1916 fand sich unter der Forderung: „Richtlinien zur Organisation des britischen Handels“ an erster Stelle: Enge Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande. Letzteren Wunsch äußerte auf einem Essen, das am 9. 3. 1916 zu Ehren des australischen Premierministers Hughes in London gegeben wurde, Bonar Law:

„Wir hoffen nach diesem Kriege ein Reich zu schaffen, das für alle Zeiten einheitlich aufgebaut ist [115])“.

Laut „Morning Post“ vom 7. 4. 1916 war auch Lord Crewe für „einen engeren politischen Zusammenschluß zwischen Mutterland und Kolonien“

113) Reichsnummer der „Times“ vom 22. 5. 1915.
114) „Times“ vom 27. 1. 1916.
115) Schulth. E. G. K. 1916. Bd. 2, S. 107.

und betonte, „daß die gegenwärtigen Zeitumstände zu einer gänzlichen Umwälzung der Handelsbeziehungen der Welt geeignet" seien.

Obwohl wir uns hier nur mit den Wirtschaftsfragen näher beschäftigen, so sei doch für den Geist dieser Erörterungen über Reichsreform angeführt ein ausführlicher Artikel der „Times" vom 24. 5. 1916 in ihrer Empire-Day-Ausgabe:

> „Es sei bisher keine dankbare Aufgabe gewesen, der Befürworter einer Reform des Reichssystems gewesen zu sein. Diesem Ziele standen entgegen: die gewohnheitsmäßige Trägheit des Volkes, dann die Tatsache, daß das „Reich" die Probe bestanden habe, trotz seiner starken Schwächen. Der Krieg habe diese geheimnisvolle Stärke erwiesen, er habe aber auch einen Hauptfehler enthüllt, nämlich, daß die Dominions das Hauptrecht entbehren: Sie haben wohl eigene Parlamente, eigene Gesetze, eigene Steuern, eigene innere Verwaltung, eigene Gerichtsverfassung, sie wählen ihre eigenen Richter, aber sie reden nicht mit über Krieg und Frieden, wie über auswärtige Politik überhaupt . . . . . Es ist durchaus unangebracht, zu meinen, daß das jetzige glänzende Zusammenhalten der Dominions mit Großbritannien bedeutet, sie würden mit ihrem jetzigen Anteil an der Reichsverwaltung immer zufrieden sein. Die Dominions fühlen sich als Nationen und wollen Gleichberechtigung. Sie kämpfen für britische Ideale. Um diese Ideale nach dem Kriege aufrechterhalten zu können, müssen sie bei der auswärtigen Politik mitsprechen können. Die Dominions wollen ihren Anteil an der Souveränität. Darum muß ein Reichs-Parlament geschaffen werden, das die Interessen der Dominions ebensogut vertritt wie das der Inseln . . ."

Dann malte die Zeitung geschickt die Gefahr einer anderen Lösung des Problems aus, nämlich einer Unabhängigkeitserklärung der Dominien, die für England „furchtbare" Folgen habe. Den Dominien wurde aber folgendes zu bedenken gegeben: daß sie damit dem Angriff jedes machthungrigen Landes ausgesetzt seien:

> „Eine geschriebene Verfassung des Reiches kann nicht mehr aufgeschoben werden, mag man auch dagegen einwenden, daß eine Verfassung nicht geschrieben werden darf, sondern organisch wachsen muß, daß jedes feste Schema ein Unglück sei, nicht der englischen Geschichte entspreche, sondern eine deutsche Einrichtung sei, die man dort Kultur nenne."

Wir hören von wirtschaftlichen Hemmungen, die einem Reichswirt-

schaftsbündnis im Wege waren. So sagte Lord Parker of Waddington im Aprilheft 1916 der „Quarterly Review“:

„Engere Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien sind wohl wünschenswert, aber schwer, da die Dominien Probleme zu lösen haben, die im Mutterlande nicht vorhanden sind. Sie können gerade in ihrer Handelspolitik ihre besondere Nationalität betonen.“

Als das Zweckmäßigste betrachtete er eine Vorzugszollbehandlung, die bei genügender fortgeschrittener Entwicklung der Kolonien dem Freihandel Platz zu machen hätte.

Der Volkswirtschaftler Harold Cox sprach von den wirtschaftlichen Gegensätzen, die zwischen Mutterland und Dominien bestünden:

„Frankreich und Rußland sind schutzzöllnerische Länder. Weniger ausgeprägt ist der gleiche Geist in den Dominien. Jede der Dominien wünscht die Industrie des Mutterlandes fernzuhalten, um die eigene zu entwickeln . . .[116]).“

Auch auf Seiten der Dominien waren zwei Strömungen festzustellen, wie ein „Times“-Bericht vom 4. 5. 1916 — nicht nur in Canada — feststellte. Die eine Richtung fürchtete „von einer Reichsföderation Verlust von Selbständigkeit und den Geist preußischer Autokratie“, die anderen waren „Freunde des engeren Zusammenschlusses“, da „eine Reichsorganisation ein Schutz für die Selbstregierung aller Teile des Reiches bedeute. Neben diesen politischen Meinungsverschiedenheiten traten die wirtschaftlichen Sonderwünsche der einzelnen Dominien hervor.

Der „Indiaman“[117]) (London) vom 25. 2. 1916 hob hervor, daß Indien als Agrarland jeden Markt für seine Rohstoffe brauche. Eine gemeinsame Zollvereinspolitik für sämtliche Verbandsländer sei ausgeschlossen, nicht einmal ein Zollverein zwischen England und seinen Kolonien sei möglich. „Keine Abschaffung kolonialer Schutzzölle!“ Der eben erwähnte Harold Cox sagte von Indien am 4. 6. 1916 in der „Sunday Times“:

„Indien verlangt Schutzzoll und wird in diesem Verlangen umso weniger abzuweisen sein, wenn das Mutterland zugunsten seiner eigenen Industrien ein Schutzzollsystem schaffen sollte. Beweise gibt es genug, wie schwer eine Verständigung im wirtschaftlichen Kampf gegen Deutschland sein wird.“

Was Canada betraf, so unterdrückte „The Round Table“ vom März 1915 trotz „der Begeisterung Canadas für den Krieg“ den Seufzer nicht:

116) „Sunday Times“ vom 4. 6. 1916. (Nr. 477, 1 III a der N. d. A.)
117) Nr. 363, 8 der N. d. A.

„Die Schließung des deutschen Absatzgebietes ist besonders unerwünscht gekommen, denn Canadas Außenhandel ist 1914/15 um 200 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahr gesunken[118])."

Lord Parker of Waddington sagte:

„Canada könnte sich sträuben, etwa nur die Kornkammer für das ganze Reich zu werden und auf weitere industrielle Entwicklung zu verzichten."

Dagegen geht aus einem Bericht der „Morning Post" vom 7. 3. 1916 hervor, daß der Vertreter Canadas, Sir George Perley, sich dafür geäußert habe, daß das Reich wirtschaftlich von außen unabhängig und sich selbst genügend gestaltet werden müsse. Canada sei für einen engeren Handel mit dem Mutterlande, habe bereits tarifmäßig englische Erzeugnisse bevorzugt, und seine Eisenbahnpolitik sei auf den Verkehr zwischen Osten und Westen eingestellt, um den Handel nicht nach den Vereinigten Staaten gravitieren zu lassen. Entweder müsse man enger zusammenwachsen oder weiter auseinandertreiben. Diesen Ausführungen Perleys schloß sich laut „M. P." vom 17. 3. 1916 der Vertreter Neu-Seelands, Sir Thomas Mackenzie, an. Durch die „Daily Mail" vom 9. 10. 1916 erfahren wir die Stellungnahme des Premierministers von Neu-Seeland, W. F. Massey. Er war für völlige Vernichtung Deutschlands und wollte seinen derzeitigen Aufenthalt in London benutzen, um mit der englischen Regierung Maßnahmen zu beraten, die bezüglich des Handels mit Deutschland nach dem Kriege zu treffen wären.

Am heftigsten platzten die Meinungen in Australien aufeinander. Der Ministerpräsident Hughes mit seiner politischen Einstellung ist uns genugsam bekannt. Laut „Daily News and Leader" vom 20. 3. 1916 meldete Reuter unter dem 18. 3. eine scharfe Kritik des Melbourner „Argus" an Hughes Reden. Das Blatt wollte nichts wissen von einer engeren organischen Verbindung zwischen Großbritannien und seinen Kolonien. Die Aussichten auf Unstimmigkeiten wüchsen in gleichem Maße, wie der Zusammenhang enger und genauer umschrieben würde. Ein Teil müsse immer dabei unzufrieden sein. Auch aus einem Bericht des „New Statesman" vom 3. 6. 1916 und aus Auszügen aus dem „Australian Worker" im „Economist" vom gleichen Datum geht hervor, daß das sozialistisch regierte Australien keineswegs bereit war, wirtschaftspolitische Bindungen einzugehen. Es hieß da u. a.:

---

118) Nr. 119 der N. d. A.

„Jetzt sind wir frei, wie die übrigen auf unserer Seite am Kriege beteiligten Staaten frei sind. Weder wir noch sie sind gesetzlich verpflichtet, einander irgendwie zu helfen, und gerade aus diesem Grunde kann man immer auf unsere Hilfe rechnen. Will man aber den beiderseitigen guten Willen nach staatsmännischer Art in gesetzliche Formen binden, versucht man, ihn aus unserer Gedanken- und Gefühlswelt weg in ein Reichsparlament, ein Reichskabinett oder zu einem politischen Oberkommissar zu bringen, so wird man alles zerstören, statt Erfolg zu haben. Die australische Arbeiterbewegung wird niemals ihre Zustimmung geben zu einer festeren Verbindung mit dem Mutterlande, wenn dadurch auch nur der geringste Teil des australischen Selbstbestimmungsrechts der Kontrolle anderer als australischer Hände anvertraut werden soll."

Auch das Melbourner „Age" vom 7. 7. 1916 äußerte sich gegen die Führer der Bewegung eines engeren Zusammenschlusses zwischen Mutterland und Kolonien dahin:

„Hughes selbst wird auf starken Widerstand gegen seine imperialistische Auffassung in Australien stoßen. Das britische Reich ist ohne künstliche Hilfe ganz natürlich das geworden, was es ist. Es überläßt allen seinen Gliedern völlige Selbständigkeit und Handlungsfreiheit. Es wird nur durch die gemeinsamen Gefühle und Ideale aller Reichsglieder zusammengehalten. Jede Änderung des losen Zusammenhangs fällt notwendigerweise zu unserm Nachteile aus. Das Recht politischer Vertretung im Reichsparlament bedeutet das Opfern politischer Freiheiten, die wir besitzen. Es bedeutet unbedeutendes Stimmrecht. Australien hat zureichendes Vertrauen zu Großbritannien, daß es keinen Krieg mit Angriffs- und Unterdrückungsabsichten führt. Die Dominien werden bei Friedensschluß schon zur richtigen Zeit zu Rate gezogen werden. Das australische Volk ist diesem Ideal des Zusammenschlusses ganz offen feindlich gestimmt [119])."

Aber neben den überwiegenden Gegnern einer verstärkten Bindung an die Politik des Mutterlandes gab es auch Anhänger der Hughesschen Reichs- und Wirtschaftskriegs-Politik. So sprach der „British Australasian" davon, daß „der deutsche Krebs, an dem Großbritannien so lange gelitten, ausgerottet" werden müsse [120]). Ähnliche Stimmungen wie sie in Austra-

119) Nr. 579, 12 der R. d. A.
120) Vom 3. 8. 1916. (Nr. 550, 3 der R. d. A.)

lien vorhanden waren und vor allem durch Hughes verkörpert wurden, machten sich auch in Südafrika geltend, wie die „African World" vom 29. 1. 1916 ausführte:

> „In Südafrika herrscht keine falsche Sentimentalität . . ., man hofft vielmehr mit südafrikanischer Gründlichkeit den Kampf gegen die deutsche Ware und den deutschen Kaufmann durchzuführen [121])."

Es gab auch hier wie in Australien Widerspruch. So erklärte sich der Eisenbahn- und Finanzminister im Kapparlament gegen den Antrag General Bothas, des Nachtreters Cecil Rhodes im britischen Imperialismus, der sich die Vernichtung des deutschen Handels nach dem Kriege zum Ziele gesetzt hatte [122]). Auch der ehemalige Minister Merriman war Gegner handelspolitischer Vereinbarungen, die eine Spitze gegen Deutschland haben sollten. Die Deutschen seien gute Kolonisten, und er selbst sei dafür verantwortlich, daß sich Tausende von Deutschen in Südafrika angesiedelt hätten. Auch General Hertzog und Jan de Waal waren der Ansicht Merrimans [123]).

Die Haltung der britischen Regierung in diesen kritischen Fragen war vorsichtig und suchte um die Schwierigkeiten herumzugehen. Indem sie immer wieder auf die gegnerischen Stimmen in ihrer Presse („Westminster Gazette") hinwies, zeigte sie damit nicht nur die Schwierigkeit der Lösung dieser Probleme an, sondern bekannte sich damit selbst im tiefsten Innern gegen extreme Maßnahmen. Ein Beispiel möge das erhellen. Die „Westminster Gazette" vom 27. 4. 1916 sagte u. a.:

> „Sowohl in Canada wie in Südafrika ist die Meinung sehr kritisch bezüglich der Äußerungen Hughes über die künftige britische Handelspolitik. Man ist, besonders in Geschäftskreisen, der Ansicht, daß eine wirtschaftliche Ächtung Deutschlands ein gänzlich unausführbarer Vorschlag ist. Denn wo blieben die Abnehmer für südafrikanische Wolle, Häute und Gerbstoffe, deren Hauptkonsument Deutschland gewesen ist, woher soll andererseits die Kapkolonie die chemischen Erzeugnisse und die Ersatzteile für Ackergerätschaften beziehen, wenn nicht aus Deutschland, dem Lande der Fertigware."

---

121) Nr. 417, 1 der N. d. A.

122) Laut „Times" vom 13. 4. 1916.

123) Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 19. 4. 1916. (Nr. 420, 11 der N. d. A.)

Wirtschaftliche Hebung des Mutterlandes.

Der Weltkrieg hatte England gezwungen, die Idee „einer großen Wirtschaftlichkeit zum gemeinen Besten" (H. G. Wells) zu verwirklichen. Im Verlaufe des Krieges wurde der Staat immer mehr zum Syndikat, indem er Schiffe, Eisenbahnen, Kohlen, Metallschätze, mechanische Industrien usw. seiner Oberleitung unterstellte. Im Kriege wurde die Abhängigkeit Großbritanniens von andern Ländern, zumal vom Deutschland (Rohstoffe und Fertigware) klar. Deshalb mußte sein Ziel sein: wirtschaftliche Unabhängigkeit oder — wie die Entschließung der Tagung der Vereinigten Großbritannischen Handelskammern laut „Times" vom 1. 6. 1916 es schlagwortkräftig ausdrückte —: „Der Leitsatz für die ganze englische wirtschaftliche Zukunft muß lauten: Auf eigenem Boden und in eigenen Fabriken für die eigenen Bedürfnisse sorgen". Das alles aber für das Reich, nicht die Nation, um damit zu dokumentieren, daß das englische Weltreich für jedes wirtschaftliche Programm eine Einheit bilden muß.

Die erkannte Abhängigkeit Englands forderte vor allem die Vertreter jenes liberalen wirtschaftlichen Grundsatzes in die Schranken, die in der Förderung der eigenen Wirtschaftszweige die beste Kampfmethode sehen. Die „Westminster Gazette" vom 16. 3. 1915 enthielt einen Artikel des uns bereits bekannten Statistikers der Freihandelspartei, Chiozza Money, (vgl. S. 115), der England vorwarf,

> „in fast jedem neuen Handels- und Industriezweig nachgefolgt und nicht vorangegangen zu sein. Es müßten wie in Deutschland wissenschaftliche (und künstlerische) Methoden angewandt werden. Die englische Industrie dürfe in Zukunft nicht mehr übertroffen werden. Es seien daher erforderlich:
>
> 1. Mehr Kapitalsanlage zu Hause, keine Auswanderung des Kapitals, die eine nationale Gefahr bedeute.
> 2. Reorganisation und Ordnung des inneren Verkehrssystems.
> 3. Reform der Erziehung.
> 4. Liberales Banksystem.
> 5. Staatsfürsorge für die Industrie (Industrieministerien)".

Reorganisation auf allen Gebieten war die Losung. Der „Manchester Guardian" vom 4. 8. 1915 hob vor allem die Bedeutung der industriellen Selbstversorgung hervor:

> „Für uns ist dieser Krieg nur ein industrielles Problem, das in den Fabriken Englands gelöst wird. Wir müssen uns aus einer

reinen Seemacht in eine amphibische Macht, groß zu Wasser und zu Lande, verwandeln."

Und am Ende dieser Entwicklung der eigenen Industrie und der Vernichtung der deutschen Industriemonopole, die — „dank der Teilnahme Englands am Kriege möglich sein wird" —, sah ein Mitarbeiter für Maschinenwesen des „Daily Telegraph" vom 16. 8. 1915 ein bisher nicht erträumtes Zukunftsbild:

„Wenn Deutschland ganz zerschmettert ist, was ja nicht ausbleiben kann, wird der Maschinenwelthandel noch in zwei Händen sein, in Englands und Amerikas. England wird die Werkstatt der Welt werden, denn an dieses werden alle verwüsteten Länder mit ihrem riesigen Bedarf an Maschinen und deren Teilen herantreten . . . Sicherlich hat ein so weit blickender Mann wie der Munitionsminister (Lloyd George), als er sich zum Bau von 26 riesigen nationalen Munitionsfabriken entschloß, schon an mehr gedacht als an die Herstellung der zur Zerschmetterung des Feindes nötigen Munition. Er sorgte damit schon für eine bisher nicht erträumte Entwicklung des Handels nach dem Kriege."

Um aber dieses Zukunftsbild in der Tat erreichen zu können, verlangte der „Daily Telegraph" in seinen Ausgaben vom 21. 1. und 1. 2. 1916:

1. Aufräumen mit alten Ideen und Praktiken.
2. Angestrengte Geistesarbeit und Zielbewußtheit.
3. Bessere Fühlungnahme der Konsularbeamten mit dem Handel . . .

Bei diesem Blatt lag das Bestreben, durch ein Loblied auf Deutschlands Organisationstalent zu wirken. Hervorgehoben wurden dessen Energie, Zucht, Gründlichkeit, straffe Sparsamkeit, reichliche Ausnutzung des Kredits, beständige Regierungsfürsorge, Ausnutzung der geistigen Kräfte für das Wirtschaftsleben, die Erziehung liefere dem Lande einen Reichtum an technischen Fähigkeiten und geschulter Geisteskraft, Schulen und Universitäten seien vorbildlich[124]). Die „Times" vom 2. 2. 1916 wußte unter der Überschrift: „Unheilvolle Vernachlässigung der Naturwissenschaften" von der Mahnung 36 englischer Naturwissenschaftler zu berichten, die betonten, daß die Fehlschläge seit dem Kriege zum großen Teil auf dem Mangel an naturwissenschaftlicher Bildung beruhten. Sie forderte daher:

1. Mangelhafte Kenntnis naturwissenschaftlicher Grundwahrheiten ebenso zu bewerten wie mangelnde Kenntnis der Orthographie und Grammatik.

124) Ähnliche Gedanken in „M. P." vom 17. 4. 1916 und „Daily Expreß" vom 16. 5. 1916.

2. Eine Vertretung von Entdeckern und Erfindern im englischen Geheimen Staatsrat.

Auch der gründliche Kenner afrikanischer Verhältnisse, der oft zitierte Sir Harry Johnston, verlangte in der „African World" vom 5. 2. 1916:

„die Gründung besserer wissenschaftlicher Institute zur Erforschung Afrikas in botanischer, mineralogischer, zoologischer, ethnologischer und linguistischer Beziehung" [125]).

Die „Morning Post" vom 19. 3. 1916 brachte Vorschläge eines Mitarbeiters zur antideutschen Liga, der gerade die entgegengesetzte Methode verfolgte wie beispielsweise der „Daily Telegraph". Er sang nicht das Loblied der deutschen Wissenschaft. Im Gegenteil wurde hervorgehoben, daß „die trügerische Ansicht ausgemerzt" werden müsse, daß „deutsche Methoden in Wissenschaft und Unterricht den englischen überlegen" seien. Ferner solle die „Verwendung der deutschen Arbeit ein Ende finden". Gerade in der Ablehnung der deutschen Arbeit stand diese Auffassung ganz im Gegensatz zu der bereits früher erwähnten Johnstons und Leuten wie Ellis Barker, die eine Art Arbeitsimperialismus vertraten, der dem Gegner erst das Land wegnimmt, um ihn dann mit gönnerhafter Anmaßung einzuladen, in den geraubten Besitzungen (Afrikas) die beneidenswerte Rolle des Kulturdüngers zu übernehmen, denn „es wäre durchaus unvernünftig, die betriebsamen Deutschen von unsern inländischen und kolonialen Märkten auszuschließen", doch „die Kolonien . . . müssen unsere Kolonien oder solche unserer Verbündeten sein" [126]).

Der „Daily Telegraph" vom 22. 3. 1916 berichtete über eine Versammlung der Organisation der englischen Eisen-, Stahl- und Maschinen-Industrie in Manchester unter dem Vorsitze des Lord Mayors. Der Redner, E. Elder, betonte, daß England sich durch verständige Organisation und Mitwirkung aller berufenen Faktoren: Politiker, Finanzmänner, Fabrikanten und Wähler — unbedingt den Vorrang in der Eisen-, Stahl- und Maschinen-Industrie und der chemischen Industrie sichern und dafür schon jetzt alles tun müsse. Da die Regierung die Schaffung eines Handelsministeriums abgelehnt habe, müsse sich die Industrie aus eigener Kraft organisieren, um gerüstet zu sein.

Laut „Morning Post" vom 23. 3. 1916 und 26. 4. hatten sich gebildet:

1. Ein Ausschuß für Eisen-, Stahl- und Maschinen-Industrie, unter dem Vorsitz von Sir Clarendon Hyde mit A. Balfour, Sir Hugh Bell, A. J. Hobson u. a. m.

125) Nr. 380, 9 und 376, 4 der N. d. A.

126) Im „New Statesman" vom 28. 7. 1915.

2. Der Ausschuß für Schiffahrt und Schiffbauindustrie.
3. Der Ausschuß für Webstoffindustrie.
4. Der Ausschuß für elektrische Industrie.

Vor allem wollte man sich in Zukunft auch von der deutschen Farbstoffindustrie unabhängig machen. Aus dem „Manchester Guardian" vom 28. 3. 1916 erfahren wir den Inhalt eines Vortrags des öfters erwähnten Sir Hugh Bell, den dieser vor dem Political Economy-Club gehalten hat. Er hob darin besonders den Schrei der Farbstoffindustrie nach Schutzzoll hervor. Die britische Farbstoffindustrie könne auch ohne Regierungshilfe den Deutschen den Handel wegnehmen, wenn sie bessere und billigere Farben als Deutschland herstelle. Das sei ein weniger heroisches, aber ein gesunderes Mittel als nach der Staatshilfe zu rufen. Deutschlands Handel töten zu wollen, sei ein ähnliches Unterfangen als „wenn man einen Vogel fangen wollte, indem man einen Teil des Weltalls mit einem Netz überspannte". Ferner würde eine Untersuchung wohl ergeben, daß Deutschland billig nach England und England teuer nach Deutschland geliefert habe, was keinen schlechten Handel für England bedeutet habe [127]). Auch der „Economist" vom 4. 11. 1916 möge hier wegen der Gleichartigkeit der Auffassung zitiert werden:

> „Die Erfolge, die der deutsche Handel im Wettbewerb mit uns errungen hat, sind keineswegs so überwältigend, wie es manche unserer Jeremiasse behaupten, und, soweit sie vorhanden sind, sind sie in der Hauptsache der Erfolg harter Arbeit, sorgfältiger Beobachtung von Einzelheiten und einer Geneigtheit, zu einem geringeren Gewinnsatze zu arbeiten. Generationen von Wohlstand hatten uns satt gemacht und in diesen Punkten schwach. Sorgfalt und Energie bei dem Wiederaufbau der englischen Handelsstellung!
>
> Gesetzgeberische Maßregeln zum Zwecke der Fernhaltung feindlichen Einflusses können nicht mehr als oberflächliche Wirkung haben [128])."

127) Nr. 417, 1 der N. d. A.
128) Nr. 629, 4 der N. d. A.

Schlußwort.

Es wurde zu zeigen versucht, was die öffentliche Meinung Englands in den beiden ersten Kriegsjahren an Kriegszielen aufstellte und wie sie ihre Forderungen begründete [129]). Obgleich eine solche „Meinung" ein Proteus ist, der sich in unzähligen Verwandlungen darstellt, bietet sie doch ein wahreres Spiegelbild des Willens der Nation als irgendein Staatsdokument. Brooke-Canby mag Recht behalten, wenn er in seinen „War Aims and Peace Ideals" sagt:

> „Die Wahrheit über diesen Krieg und alle Kriege, ihrer Ziele und Ideale ist eher zu finden in den freien Äußerungen von Privatpersonen als in den Staatsdokumenten, die gewiß ihre historische Bedeutung haben, aber in der Regel geschrieben werden, um einem bestimmten Zweck zu dienen oder ein Ziel zu erreichen, die aber weder die Kriegsziele noch die zugrunde liegenden Handlungen beim Konflikte der Völker, deren Ideale sie scheinbar ausdrücken, mit vollkommener Aufrichtigkeit darstellen."

129) Das während der Drucklegung erschienene aufschlußreiche Buch von Walter Zimmermann, Die englische Presse zum Ausbruch des Weltkriegs (Berlin 1928) konnte leider nicht mehr benutzt werden.

Register

Die Zahlen bedeuten die Seiten

A.

„African World" 103, 138, 141.
„Age" (Melbourne) 187.
Amery 106.
Angell, Norman 34, 45, 87, 91.
Arch, Robert 106, 112.
„Argus" (Melbourne) 136.
Asquith, Herbert H. 3, 4, 6, 8, 9, 13, 16, 19, 22, 27, 29, 43, 44, 51, 56, 64, 65, 79, 80, 81, 86, 88, 101, 115, 117, 126, 127, 128.
„Australian Worker" 136.
„Avanti" 15.

B.

Balfour, Arthur 27, 34, 35, 37, 39, 84, 91, 141.
Ballin 6, 60.
Bassermann 6.
Bauer H. W. 106.
Bell, Sir Hugh 116, 129, 141, 142.
Bertie 96.
Bethmann-Hollweg 8, 64.
Bevione, Guiseppe 111, 112.
Bismarck 11, 21, 26, 86, 95.
Bissing 58.
Bonar Law 27, 116, 119, 123, 133.
Botha 104, 138.
Brassey, Lord Loreburn 39, 81.
Briand 86.
„British Australasian" 111, 137.
Brooke-Canby 143.
Bryce, Viscount 19, 118.
Buchanan, Sir George 3, 79, 130.
Bülow 58.
Burne-Jones 88.
Burns 10, 129.
Byles, Sir Will. 16.

C.

„Candid Quarterly Review" 1, 6, 63.
Carcano 75.
Carlyle 87.
Carson, Sir Edw. 27, 71.
Cecil, Robert 62, 75, 106.
Chamberlain, Austen 27.
Chiozza-Money, Sir L. 115, 123, 139.
Churchill, Winston 3, 27, 127.
Clarendon-Hyde 141.
Clifford 31.
„Contemporary Review" 50, 53, 102, 116.
Courtney, Lord 3, 39, 106, 118.
Cox, Harold 74, 135.
Crewe, Lord 23, 123, 126, 133.
Cromer, Lord 19, 51, 56, 81, 91, 115.
Cromwell 87, 109.
Curzon, Lord 27.

D.

„Daily Chronicle" 14, 20, 25, 31, 44, 50, 51, 56, 59, 60, 65, 68, 74, 80, 81, 89, 95, 97, 110, 126, 128.
„Daily Expreß" 6, 39, 49, 106, 110, 112, 119, 121, 126, 130, 140.
„Daily Mail" 6, 49, 50, 104, 121, 122, 123, 136.
„Daily News and Leader" 6, 32, 71, 90, 112, 132, 136.
„Daily Telegraph" 5, 55, 61, 85, 94, 107. 119, 121, 123, 128, 130, 133, 136, 140, 141.
Denman R. D. 107.
Desmond 67, 68, 81.
Dibelius, Wilh. 84, 88.
Dickinson 48.
Drummond-Fraser 118.

E.

Earp, Oswald 40.
„Eclair du Midi" 15.
„Economist" 6, 38, 39, 71, 81, 102, 115, 116, 117, 120, 136, 142.
„Edingburgh Review" 55, 69, 74, 131.
Eddington, Professor 106.
Elder, E. 141.
Ellis Barker (Elzbacher) 17, 95, 97, 105 131, 141.
„English Review" 6, 14.
Evans, Sir Arthur 70.
„Evening Mail" (New York) 93.
„Evening News" 112.
„Evening Standard" 26.

F.

Falkenhayn 60.
„Financial News“ 6, 24, 56, 57, 58, 66.
„Fortnightly Review“ 6, 20, 57, 71, 72, 73, 77, 78, 94, 99, 104, 110.

G.

„Gazeta militar“ (Santiago) 130.
„Göteborgs Handels och Sjöfarts Tidning“ 129.
Garwin J. L. 94.
„Gazetta del Popolo“ 111, 112.
Georg VII. 101.
„Giornale d'Italia“ 74, 99.
Gladstone 8.
Gooch S. P. 39, 106.
Graevenitz 60.
Gribble, Francis 53, 55, 59, 131.
Greenwood G. G. 20, 50, 57, 81.
Grey, Sir Edward 3, 4, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 16, 20, 23, 27, 28, 29, 31, 33, 34, 36, 37, 38, 41, 43, 44, 45, 61, 62, 63, 67, 71, 73, 76, 78, 85, 92, 95, 96, 97.

H.

Haldane, Viscount 13, 19, 30, 48.
Hardy Keir 132.
Harris 102, 103.
Harrison, Sir Fred 50.
Henderson 36.
Hertzog 130.
„Het Niews van den Dag“ 102.
Hobson J. A. 116, 119, 123, 124, 141.
Hodge, John 35, 127.
House, Colonel 4, 44.
Hughes (Amerika) 45.
Hughes (Australien) 108, 115, 116, 123, 124, 133, 136, 137, 138.
Huysmans 36.

J.

„Indiaman“ 93, 135.
Inge Dr. 59.
Jagow, Kurt 71, 124.
Johnston, Sir H. H. 53, 102, 103, 141.
„Justice“ 106, 112.

K.

King 61.
Kitchener 49, 72.
„Kjöbenhavn“ 67, 68.
Krapf 54.
Krüger 86.
Krupp 60.

L.

„Labour Leader“ 6, 10, 11, 12, 29, 31, 34, 36, 70, 78, 79, 87, 90, 117, 132.
Lansdowne, Lord 27.
Lawson, Sir Wilfr. 31.
Lloyd George 3, 5, 6, 13, 18, 19, 21, 22, 25, 27, 28, 29, 31, 66, 109, 122, 140.

M.

Macdonald, Ramsay 1, 34, 35, 62, 117.
Mc Kenna 27, 114, 115.
Mackenzie, Sir Thomas 136.
Madras, Bischof von 45.
„Manchester Guardian“ 2, 6, 19, 22, 37, 50, 53, 68, 76, 83, 84, 93, 108, 111, 139, 140, 142.
Massey W. F. 136.
Masterman C. F. G. 20, 50, 57, 65, 81, 97, 110.
Mauch, Karl 54.
Merriman 138.
Miljukow 75, 79.
Milner, Lord 84.
Mond, Sir Arthur 107.
Morel, E. D. 34, 105, 112.
Morgan, J. H. 24.
Morley 10.
„Morning Post“ 4, 5, 12, 13, 25, 27, 35, 36, 37, 39, 45, 49, 57, 59, 70, 72, 75, 79, 80, 83, 90, 96, 109, 110, 111, 115, 120, 122, 123, 124, 125, 126, 130, 131, 133, 136, 140, 141.
Morris, William 88.
Murray, Gilbert 29.
Murray, Stuart 92.
Mussolini 75.

N.

„Nation“ 5, 6, 21, 26, 30, 34, 36, 40, 42, 44, 46, 49, 50, 57, 65, 70, 80, 81, 94, 106, 114, 117, 119, 120, 121, 127, 128, 131.
„National Review“ 39, 48, 52, 53, 55, 58, 59, 60, 66, 72, 78, 97, 105, 111, 123, 125, 132.
Naumann, Friedr. 1, 107, 116.
„Near East“ 67, 100.
Newbolt, Walton 90.
„New York Times“ 84.
„New Statesman“ 6, 17, 26, 30, 40, 51, 52, 54, 56, 59, 66, 68, 74, 87, 97, 100, 101, 102, 103, 105, 118, 120, 136, 141.
„Nieuwe Rotterdamsche Courant“ 72, 138.
„Nineteenth Century“ 5, 46, 50, 52, 53, 57, 59, 65, 66, 70, 76, 77, 84, 86, 91, 92, 95, 97, 104, 105, 108, 131.
„Nowoje Wremja“ 79.

O.

Outhwaite 61.

P.

„Pall Mall Gazette“ 6, 11, 21, 24, 49, 59, 104, 110.
Palmerstone, Lord 12.
Pares, Bern 55.
Peares, Sir Edwin 106.
Perley, Sir George 136.
Piggot, Sir Francis 91.
Pitt 9.
Poincaré 41.
Ponsonby, Arthur 8, 34, 37, 62, 81, 106.
„Popolo d'Italia“ 75.
Price-Bell (Chicago News“) 20, 43.
Price Crawford 95.

Q.

„Quarterly Review“ 135.

R.

Ratneri 75.
Rathenau 60.
Rebmann 60.
Rees, Sir J. A. 50, 72, 73, 78.
Reventlow 60.
Repington 23.
Rhodes, Cecil 88, 103, 138.
Rickett, Sir Compton 49, 127.
„Rjetsch“ 78.
Robertson J. M. 58, 127.
„Reichszeitung“, Deutsche 106.
Rodd, Sir Rennell 71.
Roosevelt, Theodor 16, 37, 43.
„Round Table“ 135.
Runciman 27, 75, 107, 122, 123, 126.
Ruskin, John 88.
„Rußkoje Slowo“ 130.

S.

Sasanoff, Sergei 75, 76.
Samuel 108.
„Scotsman“ 56.
Seton-Watson 14, 69, 70.
Shadwell, Arthur 108.
Shaw, Bern 85.
Sheldrake, Swinburne 109.
Simon, Sir John 118, 119, 127.
Smuts 105.
Snowden, Sir Phil. 79, 127.
„Spectator“ 6, 20, 21, 25, 51, 54, 56, 81, 91, 115.
„Standard“ 11.
„Statist“ 6, 17, 66, 69, 72, 74.
Steed H. W. 54, 69, 74.
Steward, F. H. 125.
Stuart, Charles 20, 110.
Stürmer 80, 86.
„Sunday Times“ 135.

T.

„Temps“ 86.
Thyssen, August 60.
„Times“ 2, 5, 16, 19, 21, 23, 28, 32, 33, 34, 35, 38, 54, 74, 80, 85, 89, 90, 101, 107, 109, 114, 118, 122, 123, 124, 125, 130, 132, 133, 134, 135, 138, 139, 140.
Toynbee, Arnold 50.
Trepow 80.
Trevelyan 10, 34.
„Truth“ 95.

U.

„United Empire“ 94.
„United Preß of America“ 21.

V.

Vandervelde 36.

W.

Waal, Jan de 138.
Waddington, Lord Parker of 135, 136.
„War Budget“ 50, 72, 78.
Welldon 111.
Wells H. G. 14, 29, 30, 44, 89, 128, 129, 139.
White, Arnold 110.
Whitman, Sidney 113.
Wilkinson, Spencer 85.
Wilson, Woodrow 4, 45.
Wise, B. R. 123.
„Westminster Gazette“ 6, 85, 92, 115, 127, 138, 139.
Wright, Hugberg 29.
Wyatt, H. F. 111.

Y.

Yate, H. A. C. 104.

Lebenslauf.

Ich wurde am 16. Dezember 1891 als Tochter des Werkmeisters Fritz Recktenwald und seiner Frau Charlotte, geb. Assion, ev. Konfession, in Saarbrücken geboren, besuchte bis 1903 die Volksschule, von 1903—1909 die private höhere Mädchenschule von A. Kablé, von 1909—1913 das städtische Auguste-Viktoria-Oberlyzeum in Saarbrücken. Am 6. März 1912 bestand ich die wissenschaftliche Reifeprüfung, am 10. Februar 1913 die Lehramtsprüfung. Von Ostern 1913 bis Ostern 1914 war ich an der privaten höheren Mädchenschule in Sobernheim a. Nahe tätig, von Ostern 1914 bis 1919 an der kommunalen höheren Mädchenschule in Dillingen a. Saar, von wo ich am 12. Mai 1919 wegen deutscher Gesinnung von der französischen Besatzungsbehörde ausgewiesen wurde. Durch das Fürsorgeamt für die Beamten der gefährdeten Grenzgebiete erhielt ich zunächst die kommissarische Verwaltung einer Lehrerinnenstelle an der ev. Volksschule in Dinslaken-Lohberg und wurde dann fest angestellt. Von 1919—1921 war ich in Dinslaken. Im Oktober 1921 ließ ich mich zum Studium beurlauben. Ich studierte vom W.-S. 1921 bis S.-S. 1923 in Berlin, vom W.-S. 1923 bis W.-S. 1927 in Bonn, und zwar: Geschichte, Englisch und Philosophie. Für die Förderung vorliegender Arbeit bin ich Herrn Prof. Dr. Fritz Kern zu Dank verpflichtet. Tag der Promotion: 15. Dezember 1928.

Friederike Recktenwald.